



BBE

**Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement**



INTEGRATIONSFÖRDERUNG DURCH ELTERNVEREINE UND ELTERNNETZWERKE

Ein Beitrag von Migrantenorganisationen in Ost- und Westdeutschland

Dokumentation zur Fachtagung am 7. und 8. Mai 2011 in Halle/Saale

Förderer

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Robert Bosch **Stiftung**

Inhalt

- 3 Vorwort
PD Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- 5 Grußwort zur Tagungseröffnung
Susi Möbbeck, Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt
- 7 Grußworte aus der Stadt Halle
Petra Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration der Stadt Halle
Dagmar Szabados, Oberbürgermeisterin der Stadt Halle
- 11 Ziele der Tagung - eine Einführung
Prof. Dr. Siglinde Naumann, Fachhochschule Nordhausen
- 14 Ziele und Erwartungen aus Sicht von Migrantenorganisationen
Dr. Karamba Diaby, Vorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates
- 17 Elternnetzwerke: ihre Bedeutung für Bildungserfolge und Integration
Prof. Dr. Jesus Hernández Aristu, Universidad Pública de Navarra
- 23 Interkulturelle Öffnung: Erfahrungen, Konzepte und Methoden
Antonio Diaz, Bund spanischer Elternvereine
- 26 Elternarbeit in Ostdeutschland – Erfahrungen aus dem Projekt „Hand in Hand“
Daniel López Álvarez, Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf e.V.)
- 29 Russischsprachige Elternnetzwerke: Erfahrungen aus der Anfangsphase
Dr. Jürgen Bärsch, Phönix Köln
- 32 Talkrunde: Elternarbeit in Ost- und Westdeutschland
- 37 Welt-Café: Erfahrungen zu Konzepten und Methoden aus Sicht der Elternnetzwerke
- 48 Arbeitsgruppen 1-6: Unterschiedliche Dimensionen der Elternarbeit
- 65 Abschlusstalk: Elternnetzwerke zur Integrationsförderung –
Entwicklung, Vernetzung und Förderung
- 74 Arbeitsgruppe Migration/Integration des BBE
- 75 Weitere Materialien

Impressum

Herausgeber: Bundesnetzwerk Bürgergesellschaftliches Engagement (BBE), Geschäftsstelle
Michaelkirchstr. 17/18
10179 Berlin
Internet: www.b-b-e.de

V.i.S.d.P: PD Dr. Ansgar Klein (BBE)
Redaktion: Prof. Dr. Siglinde Naumann

Layout & Satz: Regina Vierkant
Fotos: Regina Vierkant
Druck: Garcia GmbH, Leverkusen

Arbeitsgruppe Migration/Integration des BBE

Sprecherin: Susanne Huth: susanne.huth@inbas-sozialforschung.de
Stv. Sprecherin: Prof. Dr. Siglinde Naumann: naumann@fh-nordhausen.de
Stv. Sprecher: Sebastian Beck: sbeck@vhw.de

Berlin, September 2011

ISBN 978-3-9814731-0-0



Vorwort

Migrantenorganisationen leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Integration von zugewanderten Menschen. Eine zentrale Dimension für das Gelingen von Integrationsprozessen ist der Zugang zu Bildung und die Verteilung von Bildungschancen. Insbesondere migrantische Elternorganisationen haben eine hohe Bedeutung für die Partizipation von Familien mit Migrationshintergrund am Bildungssystem. Beispiele guter Praxis existieren sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern.

Seit 2006 veranstaltet das Bundesnetzwerk Bürgerchaftliches Engagement (BBE) jährlich bundesweite Fachtagungen für Migrantenorganisationen, die als Plattform für den Austausch von Erfahrungen und die Weiterentwicklung von Handlungskonzepten genutzt werden. Nachdem in den vergangenen Jahren Qualifizierungsbedarfe von Migrantenorganisationen, ihr Zugang zu öffentlichen Ressourcen und Förderungen, die Besonderheiten von Migrantenorganisationen in den neuen Ländern und ihre Netzwerkbildung im Mittelpunkt standen, widmete sich die Veranstaltung am 7./8. Mai 2011 in Halle an der Saale der Bedeutung von Elternvereinen und Elternnetzwerken für Bildungserfolg und Integration.

Dieses Thema ist dem BBE gerade vor dem Hintergrund der Ergebnisse der PISA-Studien ein wichtiges Anliegen. Die PISA-Studien haben deutlich gemacht, dass die Chancen im deutschen Bildungssystem ungleich verteilt sind: Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind nach wie vor die Verlierer des deutschen Bildungssystems! Die soziale Lage schlägt deutlich auf den Bildungserfolg durch und beeinflusst so die Zukunftschancen der Betroffenen wesentlich. Diese Ungleichverteilung der Bildungschancen ist ein zentrales Thema vieler Migrantenorganisationen, die als Anlaufstelle und Interessenvertretung von Migrantinnen und Migranten eine wichtige Bedeutung für deren Beteiligung am Bildungssystem haben.

Daher ist auch die bundesweite Vernetzung der Elternarbeit von Migrantenorganisationen besonders bedeutsam, denn gerade im Bildungsbereich trägt sie entscheidend zur Durchsetzungskraft ihrer Anliegen bei. Vernetzung ist jedoch mit unterschiedlichen Anforderungen und Herausforderungen verbunden. Die gezielte Zusammenführung der Erfahrungen und Kompetenzen unterschiedlicher Migrantenorganisationen sowie mit Organisationen der deutschen Mehrheitsgesellschaft ist dabei wesentlich, um Wirkung und Einfluss ihrer Arbeit zu verbessern.

Mit der diesjährigen MO-Tagung ist das BBE einen ersten Schritt in Richtung der Vernetzungsberatung gegangen. Das BBE verfolgte mit der Tagung das Ziel, das Chancenpotential von Elternvereinen und -netzwerken aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten und den Erfahrungsaustausch von Migrantenorganisationen in der Elternnetzwerkarbeit zu unterstützen. Dabei sollten zugleich Handlungsansätze für eine verbesserte Vernetzung geschärft und eine noch bessere Wirksamkeit der Elternarbeit von Migrantenorganisationen angeregt werden, um so ihre Selbsthilfepotentiale als wichtige Akteure für Integrationsprozesse zu stärken. Im Mittelpunkt der Tagung standen Konzepte und Methoden der Elternarbeit von Migrantenorganisationen, der interkulturellen Öffnung sowie Perspektiven einer bundesweiten Vernetzung und die Frage, welcher Ressourcen und Rahmenbedingungen es bedarf, um die Kooperation von Migrantenorganisationen wirkungsvoll voranzubringen.

Die Fachtagung richtete sich an Migrantenorganisationen aus Sachsen-Anhalt und dem gesamten Bundesgebiet, an Bildungsträger, Elternorganisationen, Förderer sowie an Politik und Verwaltung. 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den genannten Gebieten diskutierten an den zwei Tagen diese Fragen und berieten über Entwicklungsperspektiven in

Vorwort

der gemeinsamen Arbeit. Veranstalter der Fachtagung waren das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) über seine Arbeitsgruppe 5 "Migration/Integration", die Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt, die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ in Halle und das Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt.

Die Tagung wurde gefördert vom Bundesministerium des Innern/ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der Robert Bosch Stiftung, denen unser herzlicher Dank für die Weiterführung der nun schon seit Jahren etablierten Zusammenarbeit im Rahmen der MO-Tagungsreihe gilt.

Besonderer Dank gilt der AG 5, die die Fachtagung konzeptionell vorbereitet hat, insbesondere Prof. Dr. Siglinde Naumann und Dr. Karamba Diaby für die engagierte Unterstützung bei der Vorbereitung sowie für die Durchführung und Moderation der Veranstaltung, Katrin Gewecke und Björn Schulz für die gelungene Tagungsorganisation und -koordination und Regina Vierkant für die fotografische Begleitung der Tagung sowie Satz und Layout der Tagungsdokumentation.

PD Dr. Ansgar Klein

Geschäftsführer Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)



Susi Möbbeck, Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt

Grußwort zur Tagungseröffnung

Sehr geehrte Frau Prof. Naumann, sehr geehrter Herr Dr. Diaby, sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich sehr, dass Ihre diesjährige Fachtagung in Sachsen-Anhalt stattfindet und damit nach der Tagung 2008 in Potsdam zum zweiten Mal in kurzer Zeit der Blick auch auf die ostdeutsche Integrationssituation gerichtet wird. Ich überbringe Ihnen sehr herzliche Grüße der Landesregierung und insbesondere von Sozialminister Norbert Bischoff, der gerne heute die Konferenz eröffnet hätte, aber aufgrund einer anderen Terminverpflichtung verhindert ist.

Bildung ist eine elementare Voraussetzung für das Gelingen von Integration und Deutschland ist eines der Länder, in denen Bildungschancen sehr ungleich verteilt sind. Kaum in einem anderen Land hängen Bildungschancen so stark vom sozialen Status und den Bildungsvoraussetzungen der Eltern ab. Zugewanderte sind in Deutschland öfter arbeitslos, müssen häufiger soziale Leistungen in Anspruch nehmen und haben niedrigere Einkommen. Daher haben viele Kinder aus zugewanderten Familien in unserem Bildungssystem schlechtere Startchancen.

Erste Aufgabe von Politik muss es daher sein, auf die soziale Schieflage unseres Bildungssystems Antworten zu geben und dafür zu sorgen, dass Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft bessere Bildungschancen erhalten. Die neu gewählte Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat sich in dieser Hinsicht einiges vorgenommen, von dem nach meiner Überzeugung die Kinder mit Migrationshintergrund in ganz besonderer Weise profitieren werden. Ich möchte zwei Punkte nennen:

1. Das Land Sachsen-Anhalt wird den Ganztagsanspruch auf einen Platz in einer Kindereinrichtung für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr wieder einführen und damit insbesondere den Kindern von

erwerbslosen Eltern wieder die Chance eröffnen, an allen Bildungsangeboten in den Kindereinrichtungen unseres Landes teilzuhaben.

2. Das Land wird überall dort, wo Eltern und Lehrer das wollen, die Chance eröffnen, dass ein längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder in Gemeinschaftsschulen ermöglicht wird, die alle Bildungsabschlüsse bis zum Abitur anbieten.

Beide Vorhaben werden Kindern aus zugewanderten Familien bessere Bildungschancen eröffnen, weil die frühzeitige Teilnahme an Bildungsangeboten für diese Kinder besonders wichtig ist, um Sprache zu lernen, soziale Integration zu ermöglichen und Isolation zu vermeiden und weil das längere gemeinsame Lernen die Bildungsselektion nach sozialer Herkunft ebenso vermindert wie die diskriminierende Selektion.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe diese Beispiele angeführt, weil ich denke, dass es zunächst Aufgabe von Politik ist, für annähernd gleiche Bildungschancen für alle zu sorgen und eine individuelle Förderung von Kindern verschiedenster Herkunft sicherzustellen.

Ganz sicher ist aber auch, dass ein öffentliches Bildungsangebot durch Engagement von Eltern und Familien ergänzt werden muss, um jedem Kind nach seinen individuellen Voraussetzungen die bestmögliche Förderung zukommen zu lassen. Und wir wissen ja inzwischen auch, dass dies oftmals gerade in Familien mit geringen materiellen und Bildungsressourcen nicht im gleichen Maße erfolgt wie in bildungsnahen Elternhäusern. Umgekehrt wird aber auch ein Schuh draus: Wo Eltern sich engagieren, sich vernetzen und selbstbewusst die Kooperation mit den Bildungseinrichtungen suchen, können sie enorm viel zum Bildungserfolg ihrer Kinder beitragen – auch dann, wenn sie selber keinen Doktor-Titel tragen.

Ein beeindruckendes Beispiel dafür bieten in unserem Land die vietnamesischen Familien, die oftmals selber als Vertragsarbeitnehmer in die DDR gekommen sind, heute häufig unter sehr harten Arbeitsbedingungen zum Beispiel in der Gastronomie tätig sind und obendrein ihre Kinder intensiv auf ihrem Bildungsweg begleiten. Nicht nur im Hinblick auf deren schulischen Erfolg in Deutschland, sondern oft auch noch im Hinblick auf die Pflege der Herkunftskultur mit Sprachkursen, Tanzgruppen etc. Gerade bei den vietnamesischen Kindern zeigt sich der Einfluss dieses Engagements in herausragender Weise. In Sachsen-Anhalt gehen rund 70% aller vietnamesischen Kinder zum Gymnasium. Viele von ihnen erbringen außerordentliche Einzelleistungen bei Sportwettkämpfen, Matheolympiaden etc. Nun ist sicher auch in den vietnamesischen Familien nicht überall eitel Sonnenschein. Eltern und Kinder berichten ja auch von starken Konflikten zwischen strenger, hierarchischer Familientradition und dem Alltagsleben in Deutschland, von starkem Leistungsdruck, der den Kindern für den gewünschten Bildungsaufstieg aufgebürdet wird. Worum es aber geht, ist, dass die vietnamesische Community wirklich eindrucksvoll zeigt, welchen Einfluss Elternengagement haben kann.

Elternengagement kann unglaublich vielfältig sein und engagierte Eltern stehen immer wieder vor neuen Hürden. Zugewanderte Eltern machen dabei sicher oft ähnliche Erfahrungen und es gibt kaum etwas, das besser hilft als Austausch. Ich bin selber sehr gespannt auf diesen Austausch insbesondere im Hinblick auf die unterschiedlichen Erfahrungen, die zugewanderte Eltern in den ost- und westdeutschen Ländern gemacht haben.

In Ostdeutschland liegt der Migrationsanteil ja nur bei etwa einem Fünftel der westdeutschen Länder. In Sachsen-Anhalt leben knapp 2% Ausländerinnen und Ausländer und rund 4% Menschen mit Migrationshintergrund. Gleichzeitig haben wir eine ganz andere Migrationsstruktur mit Schwerpunkt aus Osteuropa und Asien und einem deutlich höheren Bildungsstatus bei den Zugewanderten. So verfügen rund 20% aller Zugewanderten über einen akademischen Abschluss, der freilich oft nicht anerkannt ist. Bundesweit sind es nur rund 10%. Diese wenigen Stichworte machen schon deutlich, dass die Rahmenbedingungen für das Engagement von Migrantenorganisationen und Elternvereinen Zugewandelter ganz andere sind als in den westdeutschen Ländern.

Um so mehr sind wir stolz darauf, dass wir inzwischen ein Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt haben, das mehr als 60 Selbstorga-

nisationen zusammenführt, als politische Interessenvertretung Zugewandelter auftritt und sich intensiv um die Gründung, Aktivierung und Qualifizierung von Selbstorganisationen kümmert.

Der Austausch zwischen Ost und West wird also sicher nicht einseitig und wir können wechselseitig etwas lernen. Wenn ich das Tagungsprogramm recht verstehe, soll der Austausch auch zu konkreten Anregungen führen für die Förderung von Elternarbeit und Elternnetzwerken Zugewandelter und für eine Verstärkung der bundesweiten Vernetzung. Ich wünsche Ihnen bei diesen Beratungen viel Erfolg und bin sicher, dass aus der Elternarbeit Zugewandelter auch viele politische Impulse hervorgehen können.

Ich würde mir jedenfalls sehr wünschen, dass bei der nächsten „Integrationsdebatte“ nicht nur die zu Wort kommen, die die Defizite immer nur bei den Zugewanderten suchen, sondern, dass die engagierten Selbstorganisationen und Elternnetzwerke Zugewandelter dann selbstbewusst ihre Stimme erheben, ihre Integrationsbeiträge darstellen und ihre Erwartungen an Politik und Mehrheitsgesellschaft artikulieren.

In diesem Sinne wünsche ich der Fachtagung einen impulsreichen und produktiven Verlauf.



Petra Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration der Stadt Halle (Saale)

Grußwort

Werte Gäste, liebe Netzwerkmitglieder,

auch ich möchte Sie recht herzlich in unserer Stadt Halle begrüßen. Bereits heute Nachmittag in den Gesprächsrunden wurde festgestellt, und ich kann das als Integrationsbeauftragte nur bestätigen, dass die kommunale Integrationsarbeit stets im Mittelpunkt des Prozesses einer gelungenen Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Migrationsnetzwerken steht.

In den Begrüßungsreden und Vorträgen wurden bereits wesentliche und wichtige Aspekte zum Thema „Elternvereine und Elternarbeit“ benannt. Es wurde die Zusammenarbeit vor Ort mit den Vereinen, in den Nachbarschaften, in den Schulen, in den Kindertagesstätten hervorgehoben und es wurde festgestellt, dass der Erfolg einer gemeinsamen Kommunikation nur auf Augenhöhe gelingen kann.

Warum ist Kommunikation auf Augenhöhe nicht immer möglich? Worin liegen die Ursachen? Gestatten Sie mir ein offenes Wort. Oft werden die nicht ausreichenden Sprachkenntnisse von Migrantinnen und Migranten als ein Maßstab von Desinteresse und einem eingeschränkten Integrationswillen dargestellt, obwohl von mangelnden deutschen Sprachkenntnissen weder auf fehlenden Integrationswillen noch auf Interesselosigkeit geschlossen werden kann. Im Allgemeinen werden Sprachdefizite als das größte Integrationshemmnis dargestellt, dabei werden die sozialen und kulturellen Verständigungsschwierigkeiten, die häufig viel größer sein können und sehr viel größere Folgen haben können unterschätzt. Oder man spricht von unzureichender Beteiligung der Eltern mit Migrationshintergrund z.B. an schulischen Belangen und argumentiert, dass die Bildungsferne der Eltern dafür verantwortlich ist.

Wenn diese Argumentationen auch öffentlichkeitswirksam verbreitet werden, erlangen sie den Status von

Tatsachen und werden zu Alltagsinterpretationen. Diesen Alltagsinterpretationen können wir nur entgegen wirken, wenn Migrantinnen und Migranten sich eine hörbare Stimme geben. Dies hängt nicht nur von der Einstellung und Öffnung der Mehrheitsgesellschaft ab, sondern auch von der aktiven Beteiligung von Migrantinnen und Migranten. Die positiven Beispiele die heute Nachmittag genannt wurden machten es deutlich.

Ich danke dem Veranstalter, dass die heutige Tagung in Halle stattfindet und auch unsere Stadt von den Erkenntnissen aus den Arbeitsgruppen profitieren kann. Festzustellen ist, dass Migrantinnen und Migranten nicht immer die Möglichkeit haben bzw. diese Möglichkeit auch nicht immer nutzen, ihre Sicht der Dinge darzulegen. Elternvereine, Elterninitiativen, Elternräte oder Netzwerke können diesen Problemen sehr gut entgegenwirken.

Fragen wir doch einmal die Migranten selbst, was sie bewegt und welche Erwartungshaltungen sie haben. Haben sie die gleichen Erwartungen, Vorstellungen oder auch das Wissen wie wir über unsere Bildungssysteme? Sehen Migrantinnen und Migranten wirklich eine Notwendigkeit darin, Elternnetzwerke zu gründen oder ist es eher der Wunsch der Aufnahmegesellschaft, da Netzwerke, Arbeitsgruppen, Arbeitskreise als Arbeitsmethode oft genutzt werden und ihnen eine große Bedeutung zugesprochen wird. Kennen oder erkennen Migrantinnen und Migranten die Bedeutung von Elternarbeit, Elternvereine, Elternräte oder Elternnetzwerken. Wenn ja, gibt es genügend Unterstützung und Ansprechpartner zur Umsetzung dieser Ziele? Und schon an diesem Punkt beginnt Kommunikation auf Augenhöhe nicht immer zu funktionieren. Welche Möglichkeiten haben wir? Sie als Fachleute in diesem Saal kennen alle die folgende Aussage:

Die Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten sollen mehr genutzt werden und ich spreche hier nicht

nur von Sprachkompetenzen für Übersetzungen, sondern von personellen Ressourcen. Ich spreche von Personalentwicklung, auch im kommunalen Bereich, um eine effektivere Unterstützung für die Umsetzung von Arbeitsaufgaben in den Bereichen der Integration und Migration zu gewährleisten.

Wer versteht die Kulturgruppen besser, als die Kulturgruppen sich selbst? Wie kann man bestehenden Kommunikationsdefiziten/ Wissensdefiziten entgegenwirken, ohne die Mitwirkung der Kulturgruppen? Die Lebenswelten einer Kulturgruppe dürfen nicht auf einen Vertreter für alle Kulturgruppen minimiert werden. Der Aufbau von Elternnetzwerken im Migrationsbereich heißt für mich gleichzeitig auch interkulturelle Elternarbeit. Grundvoraussetzung dafür ist Partizipation und Partizipation heißt Respekt.

Jeder Mensch möchte respektvoll behandelt werden. Das klingt zwar banal, ist aber eine grundlegende Voraussetzung für Partizipation, egal in welchem Bereich man ansetzt. Dabei ist es sehr wichtig, Eltern in gleicher Augenhöhe zu begegnen und ihre Erwartungen und Nöte ernst zu nehmen. Erfahrungen haben mir gezeigt, dass es für eine erfolgreiche Elternarbeit nicht ausreicht, sich nur auf eine Maßnahme zu konzentrieren sondern verschiedene Bereiche zu betrachten, um auch Nachhaltigkeit und Erfolg zu garantieren.

Hilfreich dabei können sein:

- Angebote zur soziokulturellen Integration für die Stärkung von Erziehungskompetenzen
- Der Aufbau eines lokalen Adressen-Verzeichnisses von Elternvereinen und Zusammenstellung ihrer Aktivitäten
- Der Austausch von Best Practice Modellen

Drei Modelle möchte ich aus Halle kurz benennen:

In Halle hatten wir ein 3-jähriges Förderprojekt, genannt „Kulturmittler“. 45 Migrantinnen und Migranten aus 15 Nationen wurden ausgebildet und z.B. in Ämtern, Behörden, Gesundheitseinrichtungen und in der Elternarbeit eingesetzt. Dieses Projekt konnte große Erfolge nachweisen, doch leider konnte es nach der Förderung nicht weiter unterstützt werden.

Das Projekt „Stadtteilmütter und Stadtteinväter“: Das besondere an diesem Projekt ist, dass nicht nur Frauen sondern auch Männer hauptamtlich und in unterschiedlichen Stadtgebieten arbeiten (Stadtgebiete mit einem hohen Migrationsanteil) und ihren Arbeitsplatz haben. Dabei liegt der Schwerpunkt ihrer

Tätigkeit auf Elternarbeit/ individueller Begleitung und Betreuung von Familien.

Das Projekt „Irgendwie Anders“. Hier handelt es sich ein Elternprojekt im Ehrenamt, wobei Eltern und Erzieherinnen in Kindertagesstätten zusammen arbeiten. Dabei geht es nicht nur um Integration und Toleranz, sondern auch um Freundschaft und darum, zu erkennen, dass jeder Mensch anders und einzigartig ist. Gestaltet und entwickelt wurde dieses Projekt nach dem Kinderbuch „Irgendwie Anders“ von Chris Riddell und Kathryn Cave.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine kurze Anmerkung. Ich freue mich sehr, dass sehr viele Teilnehmende der Fachtagung Personen mit Migrationshintergrund sind. Das zeigt deutlich, dass wir „Miteinander“ und nicht „Übereinander“ sprechen wollen.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit:

Starke Eltern – die die Elternarbeit aufbauen bzw. fortführen und starke Kinder, die von dieser Elternarbeit profitieren können und ich wünsche mir für uns, eine starke Gesellschaft die die Migrations- Integrationsaufgaben als wichtige Querschnittsaufgabe anerkennt und danach handelt.

Ich hoffe, dass Sie mit guten Eindrücken, vielen Anregungen und Erlebnissen unsere Stadt Halle in Erinnerung behalten. Mit einem Textausschnitt des Kinderbuches „Irgendwie Anders“ möchte ich meine Ausführungen beenden: „Sie waren verschieden, aber vertrugen sich. Und wenn einmal jemand an die Tür klopfte, der wirklich sehr merkwürdig aussah, dann sagten sie nicht ‚Du bist nicht wie wir‘ oder ‚Du gehörst nicht zu uns‘. Sie rückten einfach ein bisschen zusammen.“

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.



Dagmar Szabados, Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale)

Grußwort

In Halle leben ca. 9000 Ausländer, das sind 3,9% der Gesamtbevölkerung, die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund ist wesentlich höher, insgesamt 7%. Die Migrationsarbeit hat sich in den vergangenen Jahren in Halle deutlich verändert und weiterentwickelt.

2002 entstand ein Integrationsnetzwerk, heute arbeiten über 1000 Mitglieder im Netzwerk, davon haben 35 Mitglieder einen Migrationshintergrund. 2006 beschloss unser Stadtrat ein Arbeitspapier „Leitbild der kulturellen Vielfalt“. Es bündelt alle Teilziele unter einem strategischen Ziel und beinhaltet eine Selbstverpflichtung der Organisation und ihrer Mitglieder, künftig alles zu tun, dieses Ziel zu erreichen. Halle ist von großer kultureller Vielfalt geprägt. Es leben 135 Nationalitäten in unserer Stadt. Die größten Gruppen kommen aus Vietnam, Russland, der Türkei, der Ukraine und aus dem Irak.

Integrationsarbeit heißt: In Augenhöhe miteinander leben, kommunizieren, arbeiten und auch verändern.

Neben deutschen Vereinen und Verbänden, Bildungsträgern und Unternehmen sind die wichtigsten Kooperationspartner das „Bündnis Migrantenorganisationen“, der Ausländerbeirat, die städtische Beauftragte für Migration und Integration, die eine koordinierende Aufgabe im Integrationsprozess wahrnimmt. Der Kontakt und die Kooperation mit Migrantenorganisationen und Initiativen sind die wichtigsten und notwendigsten Voraussetzungen, wenn man ehrlich gemeinsam etwas verändern will.

Halle ging diesen Weg und schloss 2006 mit dem gegründeten „Bündnis Migrantenorganisationen“ eine Kooperationsvereinbarung zur „Interkulturellen Woche“ ab. Im Bündnis arbeiten 24 Mitglieder aus unterschiedlichsten ethnischen Bevölkerungsgruppen mit.

Arbeitsschwerpunkte des Bündnisses: Gegenseitiges Kennenlernen und gegenseitige Unterstützung; vernetzte Projekte entwickeln; langfristige, nachhaltige und vertrauensvolle Zusammenarbeit ist der Grundstein für einen gemeinsamen Erfolg; Unterstützung von Elternbildung und Sprachförderung; aber auch die Unterstützung von Elternarbeit in den Schulen und in den Kindergärten, Stärkung von Elternkompetenzen.

Elternbildung, Elternarbeit, Elternkompetenzen, das ist seit Jahren immer wieder das Thema in den Bereichen der Familienbildung. Kinder- und Jugendarbeit, Schulen, Kindergärten, aber auch Sport- und Freizeitangebote spielen dabei eine große Rolle. Der Zugang von Migrationsfamilien in vorhandene Strukturen der Elternarbeit (z.B. Elternbeiräte) ist oftmals gegeben, jedoch stellt sich die Frage: Ist dieser Zugang bekannt? Wird er genutzt? Wenn nein, warum nicht?

Deshalb müssen wir Voraussetzungen initiieren:

1. Schaffung von Angeboten und Projekten der Weiterbildung, die gemeinsam mit Migrantenorganisationen entwickelt werden und bei denen Eltern zum einen in Erziehungs- und Bildungsfragen qualifiziert und zum anderen für mehr Engagement in Schulen oder Kindertagesstätten oder in der Kommune motiviert werden.
2. Fachkräfte müssen lernen, Eltern mit Migrationshintergrund ernst zu nehmen. Sie sind ebenfalls Expertinnen und Experten für die Erziehung ihrer Kinder.
3. Es geht auch um mehr als die bloße Beteiligung an den Mitwirkungsgremien. Im Kern geht es um die Entwicklung einer neuen Form der Zusammenarbeit von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern, Eltern und Migrantenorganisationen in gegenseitiger Anerkennung.

Szabados - Grußwort

Welche Zukunftsthemen der Eltern- und Familienbildung im Hinblick auf die Anforderungen sollten Beachtung finden, ohne dass die Zuwanderungssituation in den einzelnen Bundesländern/ Städten und Gemeinden außer Acht gelassen wird? Der Blick auf die unterschiedlichen Entwicklungen (z.B. in den Stadtteilen einer Kommune) ist die Grundlage, um bedarfsgerechte Unterstützungs- und Fördermaßnahmen zu installieren. Folgende Best Practice – Projekte gibt es in unserer Stadt:

- Stadtteilmütter & Stadtteinväter
- Von A bis Z – Projektwerkstatt für Migrantenorganisationen
- Qualifizierung von Migranten als Kulturmittler
- Integration ab der ersten Lebensstunde (Willkommensbroschüre für Neugeborene in sechs Sprachen)
- Hand in Hand – Kita ohne Rassismus

Liebe Gäste, am 1. Mai haben wir in einem breiten Bündnis aller demokratischen Kräfte erneut unter Beweis gestellt: Halle ist bunt statt braun. Wir verstehen das kulturelle Miteinander als besten Weg zur Weiterentwicklung unserer Zivilgesellschaft. Diese Fachtagung ist ein ganz wichtiger Meilenstein in unserem Bemühen, Integration im Alltag zu organisieren und wirklich zu leben.



Prof. Dr. Siglinde Naumann, Fachhochschule Nordhausen

Ziele der Tagung – eine Einführung

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte Sie als stellvertretende Sprecherin unserer Arbeitsgruppe 5 „Migration/Integration“ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement zu unserer diesjährigen Tagung „Integrationsförderung durch Elternvereine und Elternnetzwerke“ willkommen heißen.

Die Arbeitsgruppe 5 „Migration/Integration“ ist eine der insgesamt neun inhaltlichen Arbeitsgruppen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. Wir verfolgen das Ziel, bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten zu stärken und sein vielfältiges Chancenpotential für unsere Gesellschaft zu unterstützen.

Gesellschaftliche Integrationsprozesse betreffen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. So lag es auf der Hand, unsere Ziele gemeinsam mit den Migrantenorganisationen zu verfolgen. Insbesondere in den neuen Bundesländern agieren viele von ihnen ausschließlich ehrenamtlich und auf lokaler Ebene. Damit ihre Ressourcen, Erfahrungen und Anregungen für die gemeinsame Weiterentwicklung einer aktiven Zivilgesellschaft fruchtbar werden können, wurde die Idee entwickelt und umgesetzt, eine jährliche Plattform für Menschen und Organisationen, die mit den Querschnittsthemen Migration und Integration befasst sind, ins Leben zu rufen. Im Mittelpunkt der Veranstaltungsreihe stehen die Vernetzung und die gemeinsame Bearbeitung von inhaltlichen Themen, die von den Migrantenorganisationen angeregt werden. Von diesen Tagungen gingen vielfältige fachliche Impulse zur Weiterentwicklung von Integrations- und Inklusionsansätzen in Organisationen, in lokalen und überregionalen Zusammenhängen aus.

Der erste Workshop 2006 in Oberhausen wurde vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW und vom Bundesamt

für Migration und Flüchtlinge gefördert, das auch die Folgeveranstaltungen finanzierte. Hier fand ein erster Austausch statt und es wurden die Weiterbildungsbedarfe von Migrantenorganisationen eruiert. Dieses erste Forum war der Auftakt für weitere Diskussionsprozesse über die Rolle und Möglichkeiten von MO.

2007 ging es in Nürnberg um die Frage, wie die Weiterbildung der Heterogenität von MO gerecht werden und wie sie zu ihrem Empowerment beitragen kann. Diese Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern und dem Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit in Nürnberg durchgeführt. Deutlich wurde, es bedarf passgenau zugeschnittener Lernarrangements, die auf die spezifischen Herausforderungen der Gruppen abgestimmt sind. Ein anderer Strang der Diskussion betonte, dass in Migrantenorganisationen in alltagsweltlich strukturierten Lernkontexten und durch institutionalisierte Lernangebote auf unterschiedlichen Ebenen sehr viel gelernt wird. Ob Perspektivendivergenzen in den Organisationen nun zum Ausgangspunkt für Veränderungen bisheriger Lebensorientierungen werden können, also Bildungsprozesse angeregt werden, hängt davon ab, ob sich die Beteiligten mit unvertrauten Sichtweisen und Orientierungen auseinander setzen. Vielfalt und Differenz werden in der Regel dann als Potential wahrgenommen, wenn sie mit Anerkennungsbeziehungen verknüpft sind¹.

Im Jahr 2008 fand die Veranstaltung erstmals in einem neuen Bundesland statt. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen von Migrantenorganisationen in Ost- und Westdeutschland standen 2008 in Potsdam ebenso zentral wie Überlegungen zu Förderkonzepten, die Migrantenorganisationen als selbstbewusste Akteure der Zivilgesellschaft akzentuieren. Ein wichtiger Baustein für die Förderung von Migrantenorganisationen sind die strukturellen Rahmenbedingungen. Während einige Bundesländer sehr viel Wert darauf legen, die

Modalitäten für Projektförderungen so zu gestalten, dass sich Migrantenorganisationen daran beteiligen können, gibt es auch nach wie vor Bundesländer, die lediglich eine Anteilsfinanzierung für Integrationsprojekte bereit stellen, wobei nicht vorgesehen ist, dass der Eigenanteil durch das ehrenamtliche Engagement der Initiativen erbracht werden kann. D.h. Initiativen ohne Eigenmittel sind hier chancenlos².

Migrantenorganisationen in den neuen Bundesländern können nicht, wie die Organisationen in den alten Bundesländern, auf langjährige Engagementerfahrungen zurückgreifen. Wir finden hier häufig kleinere Vereine, die mit spezifischen Herausforderungen zu kämpfen haben. Dazu gehört eine hohe Fluktuation: Auf Grund mangelnder Arbeitsmöglichkeiten ist eine hohe Anzahl von Zugewanderten in die alten Bundesländer weiter gezogen, nachdem sie einen gefestigten Aufenthaltsstatus erreicht haben. Eine Situation, die sich auf Grund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels vielleicht demnächst ändern wird, denn die neuen Bundesländer brauchen Zuwanderung. Sie erlangen mit ihrem Engagement zunehmend öffentliche Anerkennung, allerdings werden sie auch noch häufig „übersehen“.

2009 ging es in Rheinland Pfalz um die Netzwerkarbeit. Deutlich wurde, Netzwerke bergen Chancenpotentiale für eine lokale und überregionale Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe, andererseits ist eine produktive Netzwerkarbeit jedoch nicht voraussetzungslos und bedarf eines hohen persönlichen und zeitlichen Engagements der Akteure.

In diesem Jahr sind wir zum zweiten Mal in einem neuen Bundesland. Ich hoffe sehr, dass von dieser Veranstaltung ein besonderes Signal der Anerkennung für die Leistungen der hier tätigen Migrantenorganisationen ausgeht. In den neuen Bundesländern leben weniger Zugewanderte als in Westdeutschland, jedoch gehört die überwiegende Mehrheit der 1. Generation an. Zu uns gekommen sind Eltern und Kinder³. Die meisten Eltern haben zwar einen hohen Bildungsstand, sprechen aber noch nicht so gut deutsch. Sie müssen lernen, sich in der neuen Umgebung zu orientieren. Dazu gehören die Auseinandersetzung mit dem Schulsystem, dem Gesundheitssystem und dem Arbeitsmarkt. Der Bezug zu unserem Tagungsthema liegt auf der Hand, denn wir sind längst nicht bei einer selbstverständlichen Inklusion der Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte in die Funktionssysteme unserer Gesellschaft angelangt.

Die Politik ist aufgerufen, inklusionsförderliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Bildungs- und Gesundheitsorganisationen sind herausgefordert, sich

der Vielfalt zu öffnen und auch die Hochschulen in den neuen Ländern sind gefragt, daran mit zuwirken, ein zuwanderungsfreundliches Klima zu schaffen, z. B. durch die Förderung der Kompetenzen von Studierenden mit einer Migrationsgeschichte und durch eine stärkere Akzentuierung integrationsrelevanter Themen. Wir haben in Nordhausen damit begonnen. Nach der Reakkreditierung gibt es den Wahlbereich Diversity und wir haben hochschulübergreifend einen Diversityausschuss gegründet, in dem sich auch der Präsident der Hochschule regelmäßig engagiert.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Bildung ist ein zentraler Schlüssel zur Partizipation und beginnt in der Kindheit. Mit dieser Tagung wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass sich bestehende Elterngruppen festigen und weiter entwickeln und dass weitere Initiativen entstehen, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Dr. Jesus Hernández Aristu von der Universität Pública de Navarra wird unsere inhaltliche Diskussion zu diesem Punkt weiter anregen. Er hat die spanischen Elternvereine der Anfangszeit mit Bezug auf die Pädagogik von Paolo Freire konzeptionell begleitet und war in dieser Zeit an der Fachhochschule Niederrhein tätig. Nach einer Kaffeepause lädt Nuran Yigit, die Sprecherin des Migrationsrates Berlin-Brandenburg, in ein Welt-Café ein. Sie haben dann Gelegenheit, mit Aktiven aus unterschiedlichen Elterngruppen und auch miteinander ins Gespräch zu kommen.

Im Anschluss wird Antonio Diaz beschreiben, wie es dem Bund der spanischen Elternvereine gelungen ist, sich interkulturell zu öffnen. Im Anschluss richten wir unseren Blick auf Ostdeutschland. Daniel López Álvarez und Herr Nguyen Tuy werden über ihre Erfahrungen mit der Elternarbeit in Sachsen Anhalt berichten. Dann kommen Sie zu Wort. Wir haben eine offen moderierte Diskussion des Publikums mit den Vortragenden des heutigen Tages vorgesehen. Am Abend sind wir zu einem Empfang der Oberbürgermeisterin und der Integrationsbeauftragten der Stadt Halle eingeladen.

Morgen beginnen wir mit einem Vortrag von Dr. Jürgen Bärsch, der die Erfahrungen aus der Anfangsphase des Bundesverbandes der russischsprachigen Eltern beleuchtet wird. Im Anschluss sind in den sechs parallelen Arbeitsgruppen ihre Erfahrungen gefragt. Dann geht es zum Abschlusstalk, moderiert von Dr. Ansgar Klein, dem Geschäftsführer des BBE mit Petra Heß, der Ausländerbeauftragten Thüringens, Berrin Alpbek von der Föderation türkischer Elternvereine, Herrn Nguyen Quoc Hung von der Arbeitsgemeinschaft vietnamesischer Unternehmer, Ralf

Kletsch vom Bundeselternrat, Agnes Heuvelmann vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW und mit Frank Brunhorn vom Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Ich möchte mich bei allen „unsichtbaren“ Helferinnen und Helfern für die Vorarbeit zu dieser Veranstaltung bedanken, insbesondere bei Katrin Gewecke und Björn Schulz vom BBE, und wünsche uns eine erfolgreiche Tagung.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Naumann, S. (2010): Bildungsprozesse in bürgerschaftlichen Initiativen. Wiesbaden 2010
- 2 Vgl. Naumann, S. (2011): Migrantenorganisationen – Träger des Engagements von Migrantinnen und Migranten. In: Klein, A./ Leif, T./ Rohwerder, J.(Hrsg.): Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 02/2011: „Einwanderer in der Zivilgesellschaft – Zum Stand von Partizipation und Selbstorganisation“, Stuttgart
- 3 Weiss, K. (2008): Ressourcen von und Herausforderungen für MO in Ost- und Westdeutschland. in: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.) Integrationsförderung durch Migrantenorganisationen. Dokumentation zur Fachtagung am 11. und 12. Oktober 2008 in Potsdam. Eigenpublikation, S. 6-7



Dr. Karamba Diaby, Vorsitzender des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats

Ziele und Erwartungen aus Sicht von Migrantenorganisationen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen und bedanke mich an dieser Stelle ganz herzlich bei meinen Mitstreiter/innen der AG 5 des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement für die gute Kooperation im Rahmen dieser Tagung zum Thema „Integrationsförderung durch Elternvereine und Elternnetzwerke ein Beitrag von Migrantenorganisationen in Ost- und Westdeutschland“. Ich habe das Glück, seit 2008 bei den jährlich stattfindenden Fachtagungen der AG 5 der BBE kontinuierlich dabei gewesen zu sein. Das ist ein gutes Zeichen für die Kontinuität der Zusammenarbeit mit dem BBE. Als Mitglied der AG 5 schätze ich diese Zusammenarbeit sehr, weil sie einen entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung des gemeinsamen Zieles leistet, nämlich die Förderung und Weiterentwicklung der Migrantenorganisationen mit dem Fokus auf den Erfahrungsaustausch Ost-West.

Besonders freut es mich, dass diese vierte Veranstaltung der AG 5 der BBE hier bei uns in Halle stattfindet, somit nach Potsdam das zweite Mal in Ostdeutschland. Sachsen-Anhalt ist ein sehr guter Ort für diese Veranstaltung, denn wir haben trotz geringem Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund (nur knapp 5%) ein sehr hohes Maß bürgerschaftlichen Engagements in diesem Bereich. Hier möchte ich drei Beispiele kurz benennen:

- Wir haben in Sachsen-Anhalt das Landesnetzwerk der MO (LAMSA) seit 2008, dessen Mitgliederzahl innerhalb von 2 Jahren von 42 auf 60 angewachsen ist. Viele Mitglieder sind in ihren jeweiligen Kommunen engagiert u. a. im Ausländerbeirat Halle und im Beirat für Migration und Integration der Landeshauptstadt Magdeburg, im Bündnis der MO in Halle sowie in den regionalen Integrationsnetzwerken.

- Das LAMSA kooperiert erfolgreich mit vielen Organisationen der Mehrheitsgesellschaft im Rahmen von Integrations- und Qualifizierungsprojekten. Eins davon ist das Projekt „Family“ in Kooperation mit dem DRK Landesverband Sachsen-Anhalt. Dieses Projekt wird im Rahmen dieser Tagung noch vorgestellt.
- Es gibt seit über einem Jahr den Landesintegrationsbeirat. Dieser besteht aus 33 Mitgliedern, davon haben 9 Mitglieder einen Migrationshintergrund.

Neben den Migration- und Integrationsbeiräten existieren bundesweit 20.000 - 30.000 MO¹. Viele von Ihnen sind in Dachverbänden organisiert. In dieser Hinsicht spielt der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat eine wichtige Schlüsselrolle im Integrationsprozess.

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (B.Z.I.) ist der Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften der kommunalen Ausländer- und Integrationsbeiräte. Über ihn werden über 320 demokratisch gewählte Ausländerbeiräte in 13 Bundesländern und somit bislang etwa 4,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland repräsentiert. Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat als politische Interessenvertretung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland steht als Ansprechpartner der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates zur Verfügung. Er arbeitet mit allen gesellschaftlich relevanten Organisationen auf der Bundesebene zusammen. Unsere Mitglieder arbeiten an der Basis und sind in vielen Fällen die ersten Ansprechpartner für viele MigrantInnen und ihre Familien in den Kommunen.

Somit sind die Beiräte und MO eine Brücke zwischen verschiedenen kulturellen und gesellschaftlichen Gruppen. Auch wenn sie in der öffentlichen Wahrnehmung oft nicht die Beachtung finden, die

sie verdienen und ihre Rolle als Motor für Integration oft hinterfragt wird, gelten sie immer noch als wichtiger Mittler zwischen Migranten, ihren Familien bzw. Migrantinnen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft wie Politik, Wirtschaft und Verwaltung.

Viele unserer Organisationen haben tagtäglich mit den Fragen der Bildungschancen ihrer Kinder zu tun, einige engagieren sich sehr stark in diesem Bereich. Ein Beweis dafür ist der große Zuspruch zu dieser Tagung. Überfliegt man die Teilnehmerliste, sieht man, dass von insgesamt 155 Anwesenden ca. 70% der Teilnehmer/innen und ca. 75% der Referent/innen und Moderator/innen offensichtlich Migrationshintergrund besitzen. In viele Kommunen insbesondere in den alten Bundesländern übernehmen Migrantinnenorganisationen Aufgaben, die früher von öffentlichen Organisationen oder von Wohlfahrtsverbänden bearbeitet wurden, darunter auch der Bereich der Familienarbeit. Aus all diesen Gründen fühlen wir uns direkt angesprochen, wenn es darum geht, gemeinsam die Gestaltung zielfördernder Bedingungen für Integrations- und Sprachkurse zu verwirklichen.

Die Bedeutung von Elternvertretungen und der Beitrag von Migrantenorganisationen

Ich finde es sehr gut, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen, denn wir lesen sehr oft darüber, dass in den westdeutschen Bundesländern spanische Kinder am erfolgreichsten sind und als Erklärung wird das Engagement der Elternverbände genannt. In den neuen Bundesländern wird hingegen häufig der Erfolg vietnamesischer Kinder erwähnt. Das Besondere ist aber, dass wir dabei kaum Elternverbände von Vietnamesen haben. Also muss es ein „Geheimnis Ost“ geben. Wie sieht dieses Geheimnis aus?

Wenn diese Tagung dazu beiträgt eine Antwort zu finden, haben wir viel erreicht. Meine Damen und Herren, es ist allgemein bekannt, dass die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in das deutsche Schulsystem bislang nicht vollständig gelungen ist: ²

- Schüler mit Migrationshintergrund werden durch das deutsche Schulsystem immer noch benachteiligt.
- Der Anteil der Lehrkräfte mit Migrationshintergrund ist deutlich geringer als der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund sowie der Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund insgesamt. Eltern mit

Migrationshintergrund sind in Elternvertretungen an Schulen unterrepräsentiert.

- Eine stärkere Beteiligung von Bürgern mit Migrationshintergrund wäre jedoch im Sinne einer echten partizipativen Schulkultur von großer Bedeutung.

Ich würde mich freuen, wenn es uns gelingt im Rahmen dieser Tagung über folgende Fragen nach zu denken und zu diskutieren:

- Was wurde bisher in diesem Bereich erreicht?
- Welche Erfahrungen aus Ost- und Westdeutschland liegen vor?
- Was hindert die Partizipation von Elternverbänden und Vereinen?
- Welche Konsequenzen leiten sich angesichts des demographischen Wandels für unser Anliegen ab?
- Welche Strategien lassen sich entwickeln, um eine echte Partizipation zu erreichen?

Mein Wunsch ist es, mit dieser Tagung einen Grundstein für einen Bundesverband zu legen, der als legitimierter Ansprechpartner für die Bundesregierung fungieren kann. An Themen mangelt es bekanntlich nicht: Stichwort Familienzusammenführung. Trotz des genannten positiven Ansatzes des NIP führen die vor einem Jahr verabschiedeten Änderungen des Zuwanderungsgesetzes zu erheblichen Verschlechterungen der Familienzusammenführung. Nach diesem Gesetz besteht der Zwang, vor der Einreise Sprachkenntnisse nachzuweisen. Damit wird künftig Familiennachzug de facto verhindert und der grundgesetzliche Schutz von Ehe und Familie wird damit außer Kraft gesetzt. Künftig soll der Nachzug zu deutschen oder ausländischen Ehegatten an den Nachweis von Deutschkenntnissen schon vor der Einreise nach Deutschland geknüpft sein. Diese Bedingung wird für die meisten Betroffenen aber nicht erfüllbar sein, da der Erwerb von Sprachkenntnissen im Ausland oft nur gegen Bezahlung und nur in den großen Städten möglich ist. Das Grundrecht auf ein Leben in der Familieneinheit soll zu einem Vorrecht für Privilegierte werden. Hinzu kommt eine Ungleichbehandlung, wenn die Partner aus Ländern wie der Türkei beispielsweise die erforderlichen Sprachkenntnisse nachweisen müssen aber nicht die Partner, die aus Amerika oder Japan stammen.

In diesem Sinne wünsche ich uns gutes Gelingen, erfolgreiche Diskussionen und eine schöne Zeit in unserer schönen Saalestadt.

Anmerkungen

- 1 Türkische Gemeinde in Deutschland (2010): Die politische Teilhabe von Einwanderern und Einwanderinnen in den Integrationsbeiräten der Bundesländer. Berlin. c.d.b. Concept Druckhaus Berlin GmbH.
- 2 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): Expertise Elternvertreter mit Migrationshintergrund an Schulen. Abschlussbericht. Nürnberg. <http://www.integration-in-deutschland.de/Shared-Docs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Sonstige/expertise-elternvertreter-migrationshintergr und,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/expertise-elternvertreter-migrationshintergrund.pdf>. Abgerufen am 28.07.2011.



Prof. Dr. Jesus Hernández Arístu, Universidad Pública de Navarra

Elternnetzwerke: ihre Bedeutung für Bildungserfolge und Integration

Sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kolleginnen,

Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die freundliche Einladung des BBE und der Kollegin Siglinde Nauman bedanken, dass ich an dieser Tagung teilnehmen darf. Es ist mir eine große Ehre, nach fast 30 Jahren, nach meiner Tätigkeit als Referent für Schule und Erwachsenenbildung der Spanischen Katholischen Missionen in Deutschland, zu Ihnen sprechen zu dürfen. Durch diese Arbeit bin ich mit den Themen der Elternbildung und den Elternorganisationen sowie mit der Bedeutung der Elternnetzwerke für die Bildungserfolge und Integration vertraut.

In der Tat, als ich 1982 Bonn verlassen habe, konnte ich auf 10.000 organisierte Familien mit ca. 16.000 Kindern von den etwa 175.000 Spanier/innen zurückblicken, die damals noch in der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland lebten und arbeiteten. Als junger Sozialpädagoge und Erwachsenenbildner hatte ich die Prinzipien von Paolo Freires Pädagogik auf die Situation der Migrantenfamilien anzuwenden versucht und dies, wie manche Studierenden der Sozialen Arbeit, der Sozialen Pädagogik und der Erwachsenenbildung in jeweiligen Abschlussarbeiten in Aachen, Düsseldorf und Frankfurt meinten, mit Erfolg. Ein kleines Buch von mir aus dem Jahre 1977 stellt auch meine Versuche dar, pädagogisch mit Eltern zu arbeiten¹.

Eine der besten Ehrungen, die ich jemals bekommen habe und die mich sehr stolz macht, ist die Ehrung des Bundes der Spanischen Elternvereine. Diese wurde mir 1998 erwiesen. Die Eltern schrieben in der Ehrung, die sich auf meine frühere Arbeit mit ihnen bezogen hat, folgenden Text: „Mit Ihren Fragen und Ihrem Zuhören haben Sie den Migrantenfamilien geholfen ihr Wort zu erheben und dazu beigetragen, effizient unsere Organisationen zu konsolidieren.“ In Form einer Fussnote folgt ein kurzes Zitat vom dem

spanischen, in Frankreich nach dem Bürgerkrieg exilierten Dichter Machado. Es heisst: „Willst du einen Dialog halten: Frage erst, dann höre zu.“

Doch es ist nicht meine Absicht, Ihnen von früheren Zeiten melancholische Geschichten zu erzählen, vielmehr möchte ich Ihnen meine jetzigen Reflexionen zur Diskussion und zum dialogischen Austausch anbieten. Ich möchte, anders ausgedrückt, die Grundzüge einer von mir formulierten reflexiven Sozialpädagogik, angewandt auf die Elternarbeit mit Migrantenfamilien, mit Ihnen teilen.

Zum Begriff von Integration: Inklusion und soziale Integration

Lassen Sie mich bitte kurz beschreiben, was das Konzept Integration meint.

Das Wort ist in aller Munde. Es wird oft darüber geredet und das Wort wird strapaziert, wenn nicht zeredet. Dazu möchte ich Ihnen mein Konzept der Integration an Hand der soziologischen Ausführungen des deutschen Soziologen und Politologen Prof. Jürgen Habermas darstellen. Jürgen Habermas ist übrigens auch Träger des Friedenspreises 2009 der Stiftung Brunet unserer Landesuniversität von Navarra.

Ihm danke ich für die Unterscheidung, die er zwischen dem *System* und der *Lebenswelt* macht. Nach seiner Aussage können wir die Gesellschaft aus zwei Perspektiven betrachten. Aus der einen Perspektive betrachtet der Sozialwissenschaftler die Gesellschaft als ein System, das als solches über die strategische Kommunikation, zweckrational über drei Subsysteme funktioniert:

Über das Subsystem Macht, den ganzen Komplex der Politik, das Subsystem Geld, zu dem auch der Komplex des Arbeitsmarkts gehört und das dritte Subsystem

der vielfältigen Bürokratie sowie die Gesamtheit aller administrativen Verfahren und Prozesse. Über diese drei Subsysteme in ihrem Zusammenspiel nehmen die Bürger/innen an den Grundrechten teil.

Es handelt sich also um einen Zeit- und Sozialraum der garantierten Rechte und Pflichten aller in einem geographischen, staatlich determinierten Raum. Es handelt sich um die staatlich begründeten und garantierten Rechte der Bürger/innen auf Erziehung, auf Sicherheit, auf Gesundheit, auf Gerechtigkeit, auf Arbeit, auf Wohnung und auf gerechte Behandlung durch und mit Hilfe der öffentlichen Administrationen.

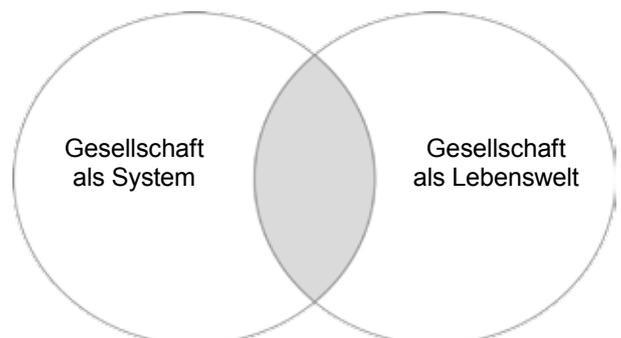
Die garantierte Teilhabe der Bürger/innen an diesen drei Subsystemen nenne ich *Inklusion*. Dies gilt für alle und für jede/n Bürger/in bzw. Menschen überhaupt, die sich in einem bestimmten Moment an einem bestimmten Ort befinden. Die meisten solcher Rechte sind im Grundgesetz bzw. in der universalen Deklaration der Menschen-Rechte der UNO verankert: wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf das Verlassen des eigenen Landes, auf die Freiheit des Denkens, der Religion etc. Es handelt sich um ein Minimum an Rechten, die für Alle und für Jeden in jeder Situation gelten, also auch für die ausländischen Menschen, unabhängig davon, ob sie Papiere haben oder nicht, ob sie eine andere Kultur, Religion oder politische Auffassung haben. Das ist eine wichtige Form von Integration, die allerorts und zu allen Zeiten allen Menschen vom Staat gewährleistet werden sollte. Und diese Form von Integration nenne ich *sozial-systemische Inklusion*, oder *einfach Inklusion*.

Der Gegenpol Exklusion bedeutet in diesem Sinne die Nichtteilhabe an Werten und Ressourcen der Gesellschaft als System, aus welchen Gründen auch immer. Damit entstehen Dysfunktionalitäten, wie etwa Arbeitslosigkeit. Wenn man diese Überlegung auf eine/n ausländische/n Bürger/in bezieht, wäre dies etwa der Entzug von Aufenthalts-, Gesundheits-, Bildungs- und Wohnrechten. Über die Folge dieser Exklusion können wir uns später unterhalten.

Die andere Perspektive ist die der *Lebenswelt*. Die Gesellschaft beruht nicht nur auf Rechten und Pflichten, sondern auch auf persönlichen, kulturellen, nachbarschaftlichen sowie familiären Beziehungen und Zusammenhängen. Es ist nicht ganz das Gleiche, aber dennoch nahe an den persönlichen Lebensstilen, Beziehungen und Lebensauffassungen, die mit anderen geteilt werden. Die Lebenswelt ist der Raum für gegenseitige Kommunikation, für die Lebenssolidarität, die gegenseitige Stütze und dergleichen mehr. Das Ziel der lebensweltlichen Kommunikation

ist das Gelingen der persönlichen Beziehungen, das Entstehen menschlicher Netzwerke, der nachbarschaftlichen Hilfe und gegenseitigen Unterstützung, wohlthuender familiärer Lebensbedingungen und des gemeinsamen Feierns und Spielens. Das Gelingen dieses sozialen Netzwerks nenne ich soziale, *lebensweltliche Integration*, oder einfach *Integration*. Ein sozialintegrierter Mensch erfährt in seinem lebensweltlichen Raum das Gefühl der Zugehörigkeit.

Auch hier können Dysfunktionalitäten entstehen, die oft zur *Marginalisierung* von Menschen in Wohngebieten, Stadtteilen oder Wohnstrassen, Wohnblöcken und Familien, als Individuum, als Gruppe oder als Kollektiv führen. Also ist es wichtig, diese Unterscheidung zwischen dem System und der Lebenswelt zu machen, denn daraus entstehen verschiedene und unterschiedliche Formen der Gesellschaftsanalyse. Das ermöglicht uns, verschiedene und unterschiedliche Strategien der Inklusion bzw. der Integration zu verfolgen. Diese doppelte Perspektive ist zwar unterschiedlich und sie erlaubt uns unterschiedliche Wahrnehmungen und Kommunikationsstrategien, doch es handelt sich um verschiedene Sichtweisen auf unsere Gesellschaft, die uns die Möglichkeiten geben unterschiedliche Handlungsdynamiken zu entwickeln – wobei, wie Habermas betont, das System dazu tendiert, die Lebenswelt zu kolonialisieren. Das heißt, das System zwingt der Lebenswelt seine Herrschaft auf. Doch wir halten an dieser Unterscheidung fest, denn sie ermöglicht es uns, verschiedene Strategien zu entwerfen, um jeweils unterschiedliche Ziele in unseren Organisationen und sozialen Bewegungen anzustreben.



Aus dieser doppelten Betrachtungsweise können wir z.B. feststellen, dass nicht alle, die systemisch integriert bzw. in unserem Konzept inkludiert werden, unbedingt sozial lebensweltlich integriert sind. So kann sich z.B. ein Roma oder ein ausländischer Arbeitnehmer seiner Arbeit und seines Einkommens erfreuen und dennoch in der Nachbarschaft schief angeguckt werden und isoliert in seiner Lebenswelt ein marginalisiertes Dasein führen müssen oder wollen. Und

umgekehrt kann jemand, der sich in seiner Lebenswelt, seiner Gemeinschaft, seiner Verwandtschaft und seiner Nachbarschaft und Familie gut und zugehörig fühlt, systemisch exkludiert sein, z.B. ein/e Arbeitslose(r), der/die sich aber in seiner Gemeinde, in seiner Familie, in der Nachbarschaft eines guten Ansehens erfreut.

Doch oft finden wir in unseren Gemeinden, Städten und Regionen Menschen, die unter einer doppelten Dysfunktionalität einzeln, als Gruppe oder als Kollektiv leiden. Ausländer zu sein ist für viele Menschen keine gute Visitenkarte und daraus kann Exklusion (z.B. keine Arbeit zu finden) und auch Marginalisierung entstehen. In der Lebenswelt bedeutet dies z.B., in der Nachbarschaft „schief“ angesehen zu werden. Wenn das System und die Lebenswelt beide zugleich dysfunktional werden, entsteht eine problembeladene Zwischenzone, in der wir bestimmte Menschen und Menschengruppen in ganz Europa finden. Diese werden doppelt belastet. Zum einen sind sie Exkludierte im System und zum anderen Marginalisierte in der Lebenswelt. Dieses wird im folgenden Bild dargestellt:



Aus dieser doppelten Perspektive entsteht eine doppelte Herausforderung für die Sozialpolitik, für die sozialen Dienste und für das sozialpädagogische Handeln überhaupt. Diese werde ich hier kurz unter besonderer Berücksichtigung der Elternorganisationen und damit verbunden der Schulung der ausländischen Kinder und ihres Erfolgs in Schule und Ausbildung genauer betrachten.

Elternvereine als Bürgerorganisationen erfüllen eine doppelte Aufgabe

Wir können Elternorganisationen als Selbsthilfeorganisationen definieren, die den Auftrag des Grundrechtes der Eltern zur Bestimmung der Erziehung ihrer Kinder zu erfüllen haben. Nach Artikel 26. 3. der Charta Magna der Grundrechte zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO haben Eltern das vorrangige Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll. Dieses

Grundrecht wird in allen Grundgesetzen demokratischer Staaten als fundamental angesehen und anerkannt. So steht z. B. in Deutschland in Artikel 6.1 und 6.2 des Grundgesetzes:

- (1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
- (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

In Spanien heißt es im Artikel 27 der sogenannten Konstitution, unseres Grundgesetzes: Die öffentliche Macht soll das Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder garantieren.

Damit wird den Eltern ein Recht zugesprochen, aber zugleich eine Pflicht aufgebürdet. Wenn die Elternschaft einer Schule oder eines Stadtteils sich in Vereinen organisiert, hat sie insofern damit einfach einen strategischen Schritt getan, um das vom Staat zugesprochene Recht auszuüben und die entsprechende Pflicht zu erfüllen.

Mit solchen Organisationen können die Eltern einerseits das Recht der Kinder auf Erziehung garantieren. Nach unserer Terminologie bedeutet dies ihre Teilnahme an den Ressourcen des Staates (der Gesellschaft als System) und die Verwirklichung der Interessen der Eltern. Die Eltern üben dadurch ihre Macht zum Wohle der Kinder aus. Andererseits können die Eltern auf Grund ihrer Nähe zur Schule bzw. zur erzieherischen Umwelt dazu beitragen, die Bedingungen der Schule zu verbessern, miteinander Informationen auszutauschen und Aktivitäten zu organisieren.

Anders ausgedrückt können die Eltern dadurch die Lebenswelt der Kinder und der Familien überhaupt durch ein gemeinsames Lernen reicher gestalten, z.B. durch gemeinsame Feiern, wobei neue Beziehungen, Kontakte oder Bekanntschaften auf lokaler bzw. auf Stadtteilebene entstehen können. Somit können solche Elternschaften auch auf lebensweltlicher Ebene ihren Beitrag zum Wohle der Kinder und der Familien leisten.

Ausländische Familien zwischen Kultur, Erziehungsauftrag und familiären Traditionen

Im Familienleben spiegelt sich zweifellos die Gesellschaft wieder, zu der man gehört. Nirgends wird Tradition so beibehalten wie es im familiären Rahmen der Fall ist. Familie wird als etwas Besonderes, als privat und intim betrachtet. Darum lässt man Fremde

nicht gern hineinsehen. Was da geschieht, steht unter dem Gesetz der Diskretion, wenn nicht gar der Geheimhaltung. Es herrschen strenge Regeln im Familienleben. Das geschieht allerorts, aber besonders in traditionsgebundenen Gesellschaften, aus denen vielfach ausländische Familien kommen, die in den europäischen Aufnahmeländern leben und arbeiten.

Als Familien in einer pluralistisch entwickelten und enttraditionalisierten Gesellschaft stehen solche ausländischen Familien aber unter dem Ordnungssystem der herrschenden Gesellschaft. Einerseits fühlen sie sich dem Pluralismus und den anerkannten Familienrechten verpflichtet, andererseits aber den unterschiedlichen Rechten und Verordnungen, die aus der Tradition kommen. Diese doppelte Verpflichtung ist nicht immer leicht miteinander zu vereinbaren. Einerseits müssen Eltern ihre Kinder nach ihren eigenen Familienlebensstilen, Traditionen, Regeln etc. erziehen. Zugleich sind sie aber verpflichtet, den Verordnungen des jeweiligen Aufnahmelandes wie dessen Lebensstil zu folgen und die daraus resultierenden Anforderungen an die Kinder, die sich in einer pluralistischen Gesellschaft zurecht finden sollen, zu erfüllen. Daraus entsteht schon von vornherein genug Stoff für Konflikte, Entscheidungen, Widersprüche, Zweifel etc.

Was für Familien des Aufnahmelandes normal und selbstverständlich ist, muss nicht für Familien der Fall sein, die aus anderen Kulturen stammen und umgekehrt. Dafür gibt es genügend Beispiele. Unterschiedliche Erziehungsmuster für Jungen und Mädchen, Heiratsfreiheit für Frauen, unterschiedliche Erwartungen an die schulischen Leistungen von Jungen oder Mädchen. Viele ausländische Familien fühlen sich in ihrer Familienstruktur, in ihrem Familienlebensstil, in ihren Familienbeziehungen etc. durch die andersartigen Familienauffassungen, Familienstile und Familienverhältnisse der mehrheitlichen Bevölkerung bedroht.

Die in ihrer Lebensauffassung bedrohten Familien tendieren zum Rückzug in ihre vier Wände, in ihre gleichgesinnten Gruppen, Nationalitäten und Kulturen. Denn was für manche Inländer Ghettos sind, kann für Familien ausländischer Bürger/innen eine lebensrettende, identitätsschützende Strategie darstellen, die allerdings zu Isolierung, Ghettoisierung und Marginalisierung führen kann und oft auch zu Armut, Arbeitslosigkeit und zum Scheitern aller Hoffnungen, Ziele und Wünsche, die sie mit ihrer Migration verbunden haben.

Lokale Elternvereine und Elternorganisationen dienen als Plattform zur Wahrung der Identität und als Stützpunkt, um Einfluss auf die Erziehung und

Bildung ihrer Kinder zu nehmen. Darum gehört die Gründung von Elternvereinen und Elternorganisationen ausländischer Arbeitnehmer/innen bzw. Bürger/innen aus system- und lebensweltlichen Perspektiven zu einer entscheidenden alternativen Strategie.

Aus dieser Überlegung entsteht folgendes Bild:

Es ist notwendig, für die problematische Zwischenzone eine entsprechende Antwort zu entwickeln. Dazu gehört zweifellos die Gründung von Elternorganisationen und ihre Vernetzung mit anderen lokalen Vereinigungen, was wir einfach mit Vernetzung bezeichnen.



Organisationen/Netzwerk
Erziehung und Bildung

Elternorganisationen können folgende Aufgaben erfüllen:

- Identitätszuflucht gewähren und Identitätspflege für Eltern und ihre Kinder. Was individuell schwierig ist, gelingt leichter in Gruppen. Sie entwickeln dabei ein Wir-Gefühl. Sprache, Gebräuche, Sitten etc. lassen sich leichter ausüben und öffentlich zeigen. Man braucht nicht zu schauen, ob jemand böse schaut, wenn man die fremden Sprachen spricht, man braucht sich nicht des Geruches der Speisen zu schämen. Im Gegenteil, man sollte stolz auf die eigene Küche, Kleidung und Sprache sein.
- Es kann auch der Austausch über Probleme, Lösungen und von Informationen stattfinden.
- Man kann eigene Musik reproduzieren, selbst singen.
- Demokratie kann ebenso ausgeübt werden, durch Wahlen der Repräsentanten in der Schule oder im Stadtrat und auf jeden Fall in der eigenen Organisation.
- Solche Organisationen können auch als Plattform für sozialarbeiterisches Handeln angesehen werden.

- Über Themen wie z.B. die Schulmöglichkeiten für die Kinder zu sprechen, führt zur Aufklärung über Vor- und Nachteile der verschiedenen Schulmodelle. Ängste lassen sich überwinden, Meinungsbildung und Bewusstmachung ist möglich, z.B. dass man zusammen Ziele erreichen kann, die für den Einzelnen fast unmöglich zu erreichen sind. Letztlich können aus solchen Organisationen auch Initiativen werden, z.B. für die Betreuung der Kinder, wenn die Eltern nicht zu Hause sind, oder dass man sich anderen Initiativen anschließt, die Hausaufgabenhilfe anbieten.
- Solche Vereine können auch Druck zur Durchsetzung von Interessen ausüben.
- Letztlich können sich solche Organisationen mit anderen lokalen Gruppierungen verbinden, etwa mit Sportvereinen, Stadtteilgruppen oder -organisationen, Bürger/inneninitiativen und bei Straßenfesten und dergleichen mitwirken. Diese Organisationen tragen dazu bei, mehr gemeinsame Erfahrungen zu machen. Sie können ebenso eine Mediationsfunktion untereinander übernehmen wie auch zu anderen Organisationen, sozialen Schichten etc.

Die spanischen Elternorganisationen (als Beispiel)

Betrachtet man die Herausbildung von Elternorganisationen in den Spanischen Gemeinden der siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, die zerstreut über die ganze ehemalige Bundesrepublik lebten und arbeiteten, so können wir aus den verfolgten Strategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Spanier/innen in Deutschland und für deren Erfolg im schulischen und in sozialen Bereich fünf Aspekte hervorheben:

1. Gründung von lokalen Organisationen (vor allen Elternorganisationen, aber auch Frauen- oder Jugendvereinen) und ihre Vernetzung auf Bundesebene und auf europäischer Ebene.
2. Die Ausbildung von Führungskräften für die organisierten Eltern und Vereine. Führen, so wissen wir heute besser als damals, kann und soll gelernt werden.
3. Elternbildung, aber auch Frauen- und Jugendbildung durch Seminare, Wochenendkurse, Vorträge und Tagungen etc.
4. Das Elternblatt (Carta a los Padres), eine kleine Zeitschrift mit wichtigen Informationen für die Eltern, mit Meinungsaustausch und dem Echo der Organisationen.
5. Ein dialogisches und demokratisches Konzept von Bildung, Leiten und Lernen. Dieses Konzept stützte sich auf die pädagogischen, didaktischen und

politischen Prinzipien der Pädagogik Paulo Freires. Nach Freire findet ein Dialog der Menschen über ein Objekt statt, das als Vermittler für eine Kommunikation gilt. Bei diesem Objekt handelt es sich um die konkreten Situationen der Lernenden. Durch Bewusstmachung nehmen die Lernenden ihr Leben gemeinsam in ihre eigene Hand.

Ende des Jahres 2000 stammten 80% der spanischen Kinder in Deutschland aus gemischten Ehen. Ähnliches gilt auch für Frankreich, wo 70% der eingewanderten spanischen Frauen und 65% der eingewanderten spanischen Männer Einheimische geheiratet haben. Im Schuljahr 2002/2003 besuchten im gesamten Bundesgebiet 28,3% der spanischen Schüler/innen eine Hauptschule (deutsche Schüler/innen: 18,6%), 24,2% eine Realschule (deutsche Schüler/innen: 24,5%), 26,6% ein Gymnasium (deutsche Schüler/innen: 32,3%). Würde man auch die Schülerinnen und Schüler mit einem spanischen Migrationshintergrund einbeziehen, ergäbe sich ein noch besseres Bild. Aber schon aus dieser Statistik wird deutlich, dass die Verteilung der spanischen Schüler/innen auf die Schularten am ehesten mit der der Deutschen zu vergleichen ist.²

Im Jahr 2002 waren 5,3% der in Deutschland geborenen Schüler/innen mit spanischer Staatsangehörigkeit als Studierende eingeschrieben, dreimal mehr z.B. als italienische Studierende. Spanische Schüler/innen nehmen zu 97,2 % am muttersprachlichen Unterricht teil, dreimal häufiger als italienische Schüler/innen. *Siehe Abb. 1, S. 22*

Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend können wir behaupten, dass die Gründung von Elternorganisationen und ihre Vernetzung miteinander und mit anderen Organisationen eine gute Möglichkeit zur Inklusion und Integration ausländischer Familien und ihrer Kinder in Deutschland und Europa sein kann.

Wie ich neulich in einem Buch der Hochschule Niederrhein geschrieben habe: „Das Verständnis miteinander entsteht aus der „Horizontenverschmelzung“, das heißt aus dem Blick in die Zukunft, in der alle Unterschiede zur Verflochtenheit führen, oder wenn mal will, aus der gemeinschaftlichen Erfahrung, was wiederum erst möglich ist in der Übereinkunft miteinander in Raum und Zeit.“⁴

Heutzutage teilen wir RAUM und ZEIT miteinander, indem wir zur gleichen Zeit an gleichen Orten leben, umgeben von allerlei Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft. Doch es geht nun um die Zukunft

Aller, in der sich niemand „fremd“ fühlt, nicht dazu gehörig. Die Kluft untereinander, die gewalttätige Auseinandersetzung ist genauso gegeben wie das friedliche Miteinander, das gegenseitige Lernen, das Leben Miteinander, wie Sloterdijk sinngemäß sagt:

Die Regenerierung des Menschen durch die Menschen setzt einen Raum des Zusammenlebens voraus, der die Einweihung einer neuen Zeit bedeuten würde.

Dieses gemeinsame Zusammenleben beruht auf der Basis der Netzwerkgründung. Netzwerke sind eher in der Lage, den Schwierigkeiten standzuhalten und politisch aktiv zu werden, für Rechte und Pflichterfüllung zu kämpfen und den Menschen im Alltagsleben das Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln.

Ich danke Ihnen!

Anmerkungen

- 1 Hernández, J.: Pädagogik des Seins: Paulo Freires praktische Theorie einer emanzipatorischen Erwachsenenbildung, Achenbach, Lollar 1977.
- 2 Vergl. den Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland vom August 2005, S. 51 und S. 572
- 3 Auffällig ist die erhöhte Prozentzahl der spanischen Sonderschüler im Schuljahr 2004/05 im Vergleich zum Schuljahr davor. Die absoluten Zahlen der Sonderschüler in beiden Schuljahren waren 123 im Schuljahr 2003/04 und 431 im Schuljahr 2004/05. Fachkräfte der spanischen Community führen diese Verschlechterung auf Probleme der schulischen Integration von spanischen Kindern in Nordrhein-Westfalen zurück, die aus Familien

stammen, die in jüngster Zeit zugewandert sind, noch wenig mit dem deutschen Schulsystem vertraut sind, zu den sozialen Netzwerken der Spanier noch nicht Kontakt aufgebaut haben und sich demzufolge nicht gegen die Zuweisung ihrer Kinder in Sonderschulen wehren können.

- 4 Hernández, J.: Spannungsfeld Interkulturalität. Eine dialogische Perspektive. In: Sabine Krönchen (Hrsg.): Vielfalt & Exklusion. Herausforderungen an die Praxis und Ausbildung in der Sozialen Arbeit und Kulturpädagogik. Band 51, Hochschule Niederrhein, Sozial Wesen für Sozialwesen, Mönchengladbach 2010, S. 126.

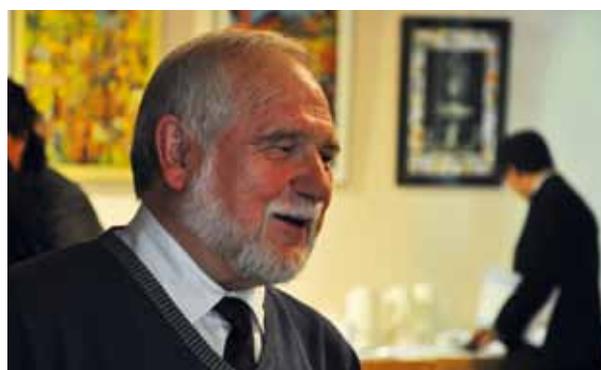


Abb. 1

	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Sonderschule
Ausländer/innen (n = 462 755)	43,8	18,9	13,9	
Spanische Schüler/innen Bund (n = 4 188)	28,3	24	2	26,6
Spanische Schüler/innen Nordrhein-Westfalen Schuljahr 2003/04 (n = 1 686)	11,5	11,0	10,4	3,5
Spanische Schüler/innen Nordrhein-Westfalen Schuljahr 2004/05 (n = 1432)	10,9	3,2	10,7	12,6 (!) ³
Deutsche (n = 4 882 478)	18,6	24,5	32,3	

Quellen: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland vom August 2005 sowie die statistische Übersicht Nr. 344 vom Mai 2004 des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen. (Übernommen aus Jose Sanchez Otero, Spanische Einwanderung nach Deutschland, unveröffentlichtes Manuskript 2005).

Antonio Diaz, Bund spanischer Elternvereine

Interkulturelle Öffnung: Erfahrungen, Konzepte und Methoden

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich im Namen des Bundes Spanischer Elternvereine für die Einladung zu dieser Veranstaltung bedanken.

Gestatten Sie mir, zu Beginn meines Vortrages zu versuchen, die Stimmung dieser Veranstaltung einzufangen. Wir MO-Vertreter haben uns auf den Weg gemacht, miteinander und mit der Aufnahmegesellschaft zu kommunizieren. Wir haben die Realität und Problemlage erkannt und wissen, dass wir ein Teil der Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme sind. Wir haben unsere Kompetenzen erkannt und haben längst die Marionettenfäden, die uns gehalten haben, durchgeschnitten. Die Menschen fangen an zu erkennen, trotz aller Schwierigkeiten, dass wir aufgerufen und aufgefordert sind, uns auszutauschen und uns zunächst jeder für sich und dann in der jeweiligen Community und später als Ganzes ständig zu hinterfragen: Was ist gut an meiner Kultur und Identität? Was will ich bewahren und was will aufgeben? Was behindert unser Zusammenleben, was fördert es? Tagungen wie diese und die täglich weiter wachsende Zusammenarbeit von MO und MO-Vertreter/innen und mit Vertreter/innen der Aufnahmegesellschaft zeigen, dass wir, trotz aller Schwierigkeiten, auf einem sehr guten Weg sind.

Blicken wir zurück auf die Zeit vor einigen Jahren, als es noch keine Schulpflicht für Gastarbeiterkinder gab, als diese in Nationalklassen gesteckt wurden und es fast unmöglich war, einen Kindergartenplatz zu bekommen. Wenn wir uns die Situation heute anschauen, trotz aller Schwierigkeiten, hat sich in den letzten 40 Jahren sehr viel bewegt. Vieles ist mittlerweile selbstverständlich geworden, so zweifelt keiner mehr daran, wie wichtig der Kindergarten für die Integration und Entwicklung eines Kindes ist. Ebenso zweifelt niemand mit gesundem Menschenverstand mehr daran,

dass es für die gesunde Entwicklung eines Kindes, welches in einem interkulturellen und mehrsprachigen Kontext aufwächst, zwingend notwendig ist, eine interkulturelle und mehrsprachige Bildung in den entsprechenden Institutionen und Lebenswelten zu erleben.

Damals, als die Generation meiner Eltern nach Deutschland kam, sagten sie und mit ihnen sehr viele Menschen aus Andalusien, Baskenland, Asturien, Galizien: „Wir möchten, dass unsere Kinder Spanisch lernen, damit sie sich z.B. mit ihren Verwandten in der Heimat unterhalten können oder sich bei einer möglichen Rückkehr nach Spanien wieder eingliedern können.“

Gleichzeitig sagten sich diese Migranten: „Wir möchten, dass unsere Kinder hier die beste Schulbildung genießen, die möglich ist! Meine Tochter soll keine Toiletten putzen!“

Ein ganz natürlicher Wunsch von Eltern, doch im damaligen Kontext von Nationalklassen und der Vorstellung, dass diese Kinder bzw. diese Familien hier nur zu Gast sind, unvorstellbar. Deshalb gestatten Sie mir, einen Augenblick innezuhalten und die Leistung dieser Gastarbeiter zu ehren, dieser Menschen, die zu uns nach Deutschland kamen, aus Andalusien, Galicien, Baskenland oder Cuzco, Lima, Rabat, Nador, Anatolien, Istanbul, und die es geschafft haben, zunächst die „Spanier“ und später erfreulicherweise auch andere Communities, eine Generation von Kindern großzuziehen, die u.a. sagen: „Wir sind Dortmunder und Andalusier aus Westfalen“. Wir ehren die Leistung dieser Gründergeneration, indem wir den Stab übernehmen und uns weiter für die Rechte auf eine interkulturelle und mehrsprachige Bildung und Erziehung einsetzen. Wir dürfen bei dieser Arbeit nicht vergessen, dass sich damit gleichzeitig die Familie integriert und dass bei der Förderung, Bildung und Emanzipation keiner zurückgelassen werden kann.

Die spanischen Elternvereine erkannten z.B. sehr früh, wie wichtig die Förderung und Emanzipation von Frauen ist und trugen dem Rechnung, indem sie die Förderung der Frauen unterstützten. Das bedeutete, die Frauen mussten aus der Küche heraus und an die „Front“, d.h. in die Vorstände der Vereine, Schulpflegschaften, etc. Hier sei beispielhaft erwähnt die Arbeit, die von Prof. Jesus Hernández in der spanischsprachigen Mission in Dortmund angestoßen wurde. So konnte dort eine Gruppe spanischsprachiger Frauen, von denen viele nicht oder kaum lesen und schreiben konnten, in einem langen Prozess dazu motiviert werden, mutig und selbstbewusst z.B. in der Schule, vor Lehrern und Politikern aufzutreten. Die Gruppe besteht heute noch, die Themen sind vielfältiger geworden und neue Herausforderungen sind hinzugekommen. Die Betroffenen erkannten sehr schnell, dass die Jugendlichen gefördert werden müssen, aber auch die Älteren emanzipiert werden müssen, damit sie in der fremden neuen Heimat integriert werden können. Hier sei auf das Projekt „Adentro“ hingewiesen und auf ein Programm, in dem spanischsprachige Senioren lernen, sich einzumischen und ihr Leben als Senioren in fremder Heimat selbstverantwortlich zu leben und ihr Alter aktiv zu gestalten. Hierzu sei erwähnt, dass sich alle Projekte und Arbeiten der AEF und des Bundes der spanischen Elternvereine (Adentro, Impulso, Schlaue Kinder Starke Eltern) der Methodologie der emanzipatorischen Eltern- bzw. Familienarbeit verpflichtet fühlen. Sie wurden mit und von den Betroffenen selbst erarbeitet.

Die Frauen bzw. Mütter erkannten weiterhin, dass nur die Familie gemeinsam voranschreiten kann, dass Frauen und Männer sich emanzipieren müssen und dass alle Generationen mitgenommen werden müssen, nach dem Motto: In einer aufbrechenden Karawane bestimmt der langsamste Esel das Marschtempo.

Eine kurze Darstellung der Geschichte der Spanier:

- 1962: Anwerbeabkommen – erste Spanier kommen nach Deutschland. Ihre nachkommenden Kinder werden in Nationalklassen gesteckt.
- Ende der 1960ziger Jahre: Gründung der ersten Elternvereine; Unterstützung und Förderung der Eltern mit dem Ziel bestmöglicher Integration der Kinder in das deutsche Schulsystem/bestmöglicher Schulerfolg – bei gleichzeitiger Beibehaltung der Herkunftskultur und Muttersprache.
- 1973: 70% der spanischen Kinder schaffen keinen Schulabschluss. Gründung der AEF (spanische Weiterbildungsakademie) mit Weiterbildungsangeboten für Spanier. Diese Angebote gab es damals weder im Herkunftsland noch in der Aufnahmegesellschaft.

- 2002/2003 – eine Studie belegt: Die spanischen Kinder sind die Gewinner im Deutschen Schulsystem, 70% aller Jugendliche erreichen mindestens die Fachoberschulreife.

Dr. Lefringhausen, der erste Integrationsbeauftragte des Landes NRW, verstand sofort, dass die Politik die Rahmenbedingungen und Räume schaffen muss, in denen Akteure sich begegnen und austauschen können, um den Prozess der Integration in einer von Diversity und Heterogenität gekennzeichneten Gesellschaft vorzutreiben. Er beauftragte den Bund Spanischer Elternvereine, die Aufgabe und Herausforderung anzunehmen, zu versuchen den Erfolg der Spanier auf andere Gruppen zu übertragen.

Der Bund Spanischer Elternvereine nahm die Herausforderung an, denn er wusste, dass Erfolg übertragbar ist, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und bestimmte Prozesse initiiert werden können. So wurde das interkulturelle Projekt „Schlaue Kinder Starke Eltern“ mit der gleichnamigen Methode entwickelt und erfolgreich durchgeführt. (Informationen unter: aef-confederacion@t-online.de). Eine Methode, entwickelt aus der Praxis und Theorie der Elternvereine, die wiederum von den Lehren des Pädagogen Paolo Freire geleitet und inspiriert wurde.

Parallel dazu fingen die Organisationen / Elternvereine an, zusammen zu arbeiten mit der Erkenntnis: Wir können zusammen arbeiten, denn es gibt Themen, die uns alle betreffen und die uns einen, z.B. die Zukunft unserer Kinder – Schule, Bildung, Aufwachsen und Zusammenleben in einer von Diversity geprägten Gesellschaft, Interkulturalität im Bildungssystem, Mehrsprachigkeit als Reichtum und als *condicio-sine-qua-non* zu betrachten und nicht als Behinderung.

Ferner stellten die Beteiligten fest, dass jede Community oder Gruppe ihr eigenes Tempo braucht, um mit anderen Organisationen zusammenarbeiten zu können. Die Gespräche über gemeinsame Themen und Inhalte führten dazu, dass einige Vertreter/innen von Elternorganisationen auf die Idee kamen, enger zusammenzuarbeiten. So entstand die Idee des Elternnetzwerkes NRW (2004), die von der damaligen NRW-Landesregierung, vor allem von ihrem damaligen Integrationsbeauftragten Dr. Lefringhausen, aufgegriffen wurde. Es wurden Räume geschaffen und Mittel bereitgestellt, um sich zu treffen und auszutauschen. Damit wurde die Anerkennung der Integrationsleistung der MO und ihrer Vertreter/innen sichtbar. So begann die Arbeit und man traf sich an verschiedenen Orten, in Vereinen, um sich vor Ort auszutauschen und die Probleme, aber

auch die interkulturellen Reichtümer kennenzulernen. Dabei bestimmten die beteiligten Eltern und Organisationen die Themen und Inhalte. In diesem Rahmen war und ist die Zusammenarbeit mit Organisationen, Institutionen, Ministerien sowie Wohlfahrtsverbänden eine Selbstverständlichkeit, sie ist von allen erwünscht und zeigt, dass die Migranten in dieser Gesellschaft angekommen sind. (Mehr über das Elternnetzwerk in dem Beitrag „Die Zukunft der Kinder eint alle“, nachzulesen unter <http://www.islamische-zeitung.de/?id=9797>)

Seit ca. eineinhalb Jahren führt die AEF das Projekt „Elternbrücke“ in Dortmund durch. Ziel des Projektes ist es, eine „Brücke“ zu bauen zwischen Eltern mit Migrationshintergrund und den Schulen, die ihre Kinder besuchen. Die Eltern sollen dabei kennenlernen, wie Schule in Deutschland funktioniert, was und wie dort gelernt wird, was die Schule von den Eltern erwartet und was Eltern von der Schule erwarten können und wie sie ihre Kinder in diesem System unterstützen können. Inzwischen gibt es in verschiedenen Schulen und Vereinen/Moscheen Gruppen von Müttern (und auch Vätern), die sich treffen und gemeinsam planen/lernen und organisieren und dabei auch Spaß haben. Eine Gruppe z.B. hat schon alle Museen in Dortmund besucht, Ausflüge gemacht und Informationsveranstaltungen über die verschiedensten Themen organisiert. Dabei bestimmt jede Gruppe selber, was sie unternehmen/lernen möchte und welche Themen für sie wichtig sind. Aus den Erfahrungen der kurz dargestellten Projekte, der Organisationsentwicklung und meiner persönlicher Erfahrung seien hier zusammenfassend einige „Gelingfaktoren“ oder Notwendigkeiten für ein interkulturelles Networking genannt. Zusammenfassend sind folgende Kriterien festzuhalten:

- Gemeinsame Ausgangslage und Themen verbinden.
- Die Eltern /Betroffenen sind die Experten ihrer Community.
- Methoden müssen geschult werden.
- Die Gruppen bestimmen die Themen.
- Geschützte Räumlichkeiten sind unbedingt erforderlich.
- Nichts ist unmöglich, d.h. es gibt keine „Tabuthemen“, wenn die Gruppe es bestimmt.
- Jeder ist erwünscht und hat Potentiale.

Zunehmend interkulturelle Projekte, z.B. „Schlaue Kinder Starke Eltern“ oder „die Elterbrücke“ zeigen, dass Migrantenorganisationen sich gemeinsam auf den Weg gemacht haben. Die Aussage, die einer „unserer Väter“ gemacht hat, macht das Interesse an der Integration der jungen Migranten deutlich: Was wird an meinem Sohn und erst an meinem Enkelkind noch

marokkanisch sein? Sie werden vielleicht noch Muslime sein, aber Deutsch sprechen, und ich möchte, dass meine Enkelkinder und die Enkelkinder meiner deutschen Nachbarn, trotz aller Unterschiede, friedlich miteinander leben können.

In diesem Sinne noch ein Zitat des spanischen Dichters Antonio Machado. „Wanderer, der Weg entsteht beim Gehen“, denn wir können vieles nicht, einiges können wir ganz gut, aber vieles können wir gemeinsam!



Daniel López Álvarez, Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf e.V.)

Elternarbeit in Ostdeutschland: Erfahrungen aus dem Projekt „Hand in Hand“

Zwischen 2008 und 2010 fand das Modellprojekt für Kindergärten „Hand in Hand“ unter der Leitung von Melanie Ranft in Halle an der Saale statt. Es handelte sich um ein lokales Projekt vom Friedenskreis e.V., einem gemeinnützigen Verein, der aus den Impulsen aus der demokratischen Bürgerbewegung entstanden ist und sich seit 1990 für demokratische Werte, Gewaltfreiheit, Konfliktbearbeitung und transkulturelle Vielfalt engagiert.

Die inhaltlichen Ziele dieses Modellprojektes waren:

- Die Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus.
- Die Entwicklung neuer spezifischer Methoden und Ansätze für die frühkindliche Bildungsarbeit in den Bereichen der Demokratieförderung, der Wertevermittlung, der vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung.
- Die Sensibilisierung und fachliche Qualifizierung von Erzieher/innen und Eltern für die demokratische Wertevermittlung in Bezug auf Demokratie, Vielfalt und Selbstwirksamkeit.

Weitere Ziele des Modellprojektes waren die Veröffentlichung eines Methodenhandbuchs, die Öffentlichkeitsarbeit und die Etablierung einer Elterngruppe, die das Projekt über die Laufzeit der Förderung hinaus ehrenamtlich fortsetzen sollte.

Laut Projektkonzeption sollte das Elternprojekt „die Bildungsgemeinschaft zwischen Eltern und Erzieher/innen stärken und die Partizipationsmöglichkeiten von Eltern in den Kindertagestätten erhöhen.“ Dazu wurde die Gruppe der freiwilligen Eltern mit den Methoden und Zwecken des Projektes vertraut gemacht und mithilfe von Trainern ein Seminarkonzept für offene Veranstaltungen entwickelt.

Wie kam ich zu „Hand in Hand“?

Dieses Projekt hatte sowohl theoretische als auch praktische Aspekte. Die Initiative lebte davon, dass sich neben den Modellkindergärten freiwillige Teilnehmer/innen darin engagierten. Weil sich das Projektgeschehen in Kitas abspielen sollte, sollten auch als Freiwillige Eltern gewonnen werden, deren Kinder sich im Kindergartenalter befanden. Damit sollte die Arbeit konzentrierter und effektiver gestaltet und die Multiplikatorenfunktion der Eltern genutzt werden.

Alle Kindergärten aus Halle wurden angeschrieben. Es erfolgte ein Aufruf an interessierte Eltern, bei dem Friedenskreis und an einer Elterngruppe mit zu wirken. Ich bin durch eine persönliche Ansprache auf das Projekt aufmerksam geworden, offensichtlich hatten nicht alle Kindergärten den Aufruf veröffentlicht. Vielleicht fühlten sich auch einige durch den Titel der Kampagne aus dem ersten Jahr irritiert: *„Hand in Hand, Kita ohne Rassismus“*.

„Bei uns gibt es keinen Rassismus“, war die Standardantwort der meisten Verantwortlichen, wenn man sie zum Thema befragte. Dabei war es gar nicht unser Ziel gewesen, kritisch mit dem Finger zu zeigen. Auch hatten sich die Leitenden des Projektes dafür entschieden, keine Kindergärten aus Vierteln mit verstärkten sozialen Problemen einzubeziehen. Im Rahmen des Modellprojektes sollten Ergebnisse erzielt werden, die auf die Mehrheit anderer Einrichtungen zu übertragen sind. Aus solchen spontanen Reaktionen merkten wir sehr schnell: Um unser Ziel zu erreichen, Kitas für Fragen der Demokratie und der Diskriminierung zu sensibilisieren, war es notwendig, selbst sensibel zu agieren. Damit unser Anliegen gut ankommen konnte, sollten sich die Erzieher/innen nicht überrannt oder in irgendeiner Form unter Verdacht fühlten. Im zweiten Jahr lautete die Kampagne *„Hand in Hand. Demokratie beginnt in der Kita.“*

Wie verlief das Elternprojekt?

Anfänglich war die Dynamik der Elterngruppe durch offene Gesprächsrunden geprägt. Dabei war es uns allen, vor allem aber den Trainern, wichtig, dass wir erst, nachdem wir uns darauf geeinigt hatten, was wir vermitteln wollen, eine gemeinsame Veranstaltung entwickeln. Wollen wir moralische Werte vermitteln? Oder demokratische Prinzipien? Oder allgemeine Methoden der Antidiskriminierung? Oder vielleicht wollen wir keine Inhalte vermitteln, sondern lieber Diskussionen anregen? All diese Fragen wurden behandelt.

Als die ersten Eltern aufhörten, unsere Treffen zu besuchen, hatten wir Gelegenheit zu reflektieren, warum wir uns für dieses Projekt engagieren und unsere knapp bemessene Zeit dafür aufwenden wollten. Für mich standen drei Gründe im Vordergrund:

- Die Chance, unsere Gesellschaft mit zu gestalten.
- Der Spaß daran, mit Kindern und Erzieher/innen im Gespräch zu sein und über wichtige Themen mit ihnen gemeinsam nach zu denken.
- Die durch die Weiterbildungen und Veranstaltungen angeregten Lernprozesse.

Von Beginn an war uns klar, dass unser Konzept von einer Demokratie zur aktiven Beteiligung und Teilnahme aufrief. Auch erschien es uns als logisch und gerecht, dass wir nicht in Kindergärten gehen können, um sie zu kritisieren. Wir verstanden uns nicht als Berater, Analysten oder auch Pädagogen! Wir waren „nur“ Eltern von Kindergartenkindern, die sich dafür einsetzen wollten, dass ihre Stimmen gehört wird und dass gesellschaftliche Themen zum Alltag der Einrichtungen gehören. Mit diesem Anliegen wollten wir das Gespräch mit den Kindern und den Erzieher/innen suchen.

Gleichzeitig sollte die Veranstaltung, die wir konzipieren wollten, keine Kommunikation der Einbahnstraße sein. Gerade als engagierte Eltern erschien es uns leichter möglich, eine andere Ebene des Gesprächs als Pädagogen mit den Kindern zu finden. Auf der Grundlage der neuen Erfahrungen, die wir aus dem Austausch mit den anderen Eltern und den Besuchen in den Kindergärten gewonnen hatten, versetzten wir uns in eine neu definierte Position: Wir wollten mit den Erzieher/innen reden, uns in unseren eigenen Einrichtungen einbringen, um dort etwas zu bewegen.

In der Bedarfsanalyse, die der Entwicklung der Veranstaltung vorausging, stellten wir fest, dass die fehlende oder mangelhafte Kommunikation zwischen

Eltern und Erzieher/innen der erste kritische Ansatzpunkt war, unter dem die meisten von uns litten. Somit konnten wir zunächst aus unserer Elternperspektive bestätigen, dass das Ziel des Projektes, die Bildungsgemeinschaft von Eltern und Kindergärten zu stärken, gut gewählt war. Während der Entwicklung der Veranstaltung fand auch die Weiterbildung statt. Dabei entwickelten und erweiterten sich unsere Perspektiven, nicht zuletzt durch unsere Gespräche und die Moderation der Trainer.

Genauso, wie sich unsere Perspektiven entwickelten, aus einer persönlichen zu einer gesellschaftlichen Sicht, änderten sich auch unsere Erwartungen an dieses Projekt, die anfänglich sicherlich viel zu hoch angesetzt waren. Zum Einen haben wir die im Motto erwähnte Thematik „Rassismus“ eher nicht behandeln wollen, dafür sahen wir uns viel mehr in der Lage, über Diskriminierung zu reden. Zum Anderen erkannten wir zunehmend, dass wir Eltern durch das Projekt zu Multiplikator/innen wurden. Das Engagement sollte sich nicht nur auf die Elterngruppe und ihre Veranstaltungen beschränken, sondern in unserem gesamten Umfeld sichtbar werden. Vor allem anderen jedoch innerhalb unserer eigenen Familien und im Dialog mit unseren eigenen Kindern.

Welche Erkenntnisse lassen sich aus der Elterninitiative gewinnen?

Nach drei Monaten konstruktiver Diskussionen und drei weiteren Monaten, in denen die Veranstaltung entworfen, diskutiert und erprobt wurde, waren wir bereit, die Kindergärten zu besuchen. Zuerst waren wir in den Modellkindergärten, seitdem bewerben wir uns bei anderen Einrichtungen in Halle, um bei ihnen Gast sein zu können.

Wenngleich wir von den Reaktionen der Kinder weitgehend positiv überrascht waren, mussten wir feststellen, dass nicht alle Ziele erreicht werden konnten. Die feste Etablierung einer eigenständigen Elterngruppe konnte nicht erfolgen, weil die Anzahl der aktiven Eltern zu gering war. Zum Glück ermöglichte uns eine Familieneinrichtung in Halle, die Villa Jühling, das Projekt nach Ablauf der Modellförderung fortzuführen, indem sie uns Organisationsarbeit abnimmt und unsere Treffen begleitet. Es gelang nicht, interessierte Eltern für das Projekt zu gewinnen, auch nicht Eltern anzusprechen, die uns von ihren Diskriminierungserfahrungen berichteten. Somit ist unser Fazit, dass die Betroffenheit oder gar die Sensibilisierung für diese Thematik nicht automatisch zu einer aktiven Teilnahme an Maßnahmen führt. Bei den Erzieher/innen war es anders. Eine Sensibilisierung

López Álvarez - Erfahrungen aus dem Projekt "Hand in Hand"

durch unsere Veranstaltung oder unser Engagement konnten wir nicht feststellen, auch haben wir nicht gespürt, dass sich die Kommunikationsbereitschaft zwischen Eltern und Pädagogen erhöht hätte. Aber mit Hilfe der fachlichen Fortbildungen wurde viel erreicht. Die Erzieher/innen haben aktiv und engagiert daran teilgenommen, nicht zuletzt, weil sich die Leiter/innen der Einrichtungen dafür eingesetzt haben. Auch kann die Weiterbildung der Eltern durch die Trainer des Friedenskreises eindeutig als Erfolg bezeichnet werden. Sowohl die demokratische Bildung in Kindergärten als auch die Qualifizierung der Eltern haben sich als möglich erwiesen. Unser persönlicher Gewinn als Eltern ist in dieser Hinsicht riesig, deswegen kann ich auf dieses Projekt nur mit Dankbarkeit zurückblicken.



Dr. Jürgen Bärsch, Phönix Köln

Russischsprachige Elternnetzwerke – Erfahrungen aus der Anfangsphase

Seit der Mitte des letzten Jahrzehnts entstanden zahlreiche Vereine und Initiativen von Russischsprachigen. Über ihre Tätigkeiten und ihre Ziele wird noch wenig berichtet. Derzeit strukturieren und vernetzen sich viele dieser Vereine neu, um für ihre Integrationsziele wirksamer zu arbeiten. Der folgende Bericht schildert kurz die Anfänge dieser Neustruktur und vermittelt einen knappen Einblick in diese Gruppe der Zugewanderten.

Wer sind die Russischsprachigen in Deutschland?

Die Gruppe der Russischsprachigen wird oft fälschlicherweise mit den (Spät-)Aussiedlern gleichgesetzt. Dabei wird übersehen, dass sich darunter viele Migranten aus Rumänien und vor allem Polen befinden. Russischsprachige Migranten sind dagegen aus den 15 Ländern der ehemaligen Sowjetunion hauptsächlich seit dem Ende der 1980er Jahre immigriert. Die Mehrheit dieser Gruppe ist also selbst zugewandert und noch im Ausland geboren oder auch aufgewachsen. Russisch ist ihre gemeinsame Muttersprache, der kulturelle und soziale Hintergrund sowie die Geschichte und Mentalität sind sehr ähnlich, auch wenn es Unterschiede etwa je nach Ursprungsregion gibt.

Wodurch zeichnet sich die derzeitige Situation der Russischsprachigen aus?

Die Integration der Russischsprachigen ist häufig noch in den Anfängen. Sie sind beispielsweise (noch) kaum sichtbar auf der institutionellen oder medialen Ebene. So treten sie nicht wie andere Migrantengruppen in der politischen Öffentlichkeit in Erscheinung. Sie leben oftmals konzentriert in bestimmten Wohnquartieren und führen aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft ein eher zurückgezogenes Leben. Diese Quartiere haben nicht selten ein negatives Image. Das Bild der Russischsprachigen ist dabei insgesamt eher von außen bestimmt als selbst aktiv gestaltet. Es gibt

nur wenige Versuche der Gruppe, die Imagebildung professionell zu beeinflussen. Das gesellschaftspolitische oder bürgerschaftliche Engagement der Gruppe ist extrem zurückhaltend, vielfach bedingt durch ihre sehr negativen Erfahrungen in der alten Heimat.

Die Russischsprachigen weisen einige bemerkenswerte Potenziale und Besonderheiten auf. Es ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt, dass sie ganz überwiegend mit sehr guten Bildungsabschlüssen nach Deutschland kamen; beispielsweise ist ihr Akademikeranteil vergleichsweise sehr hoch. Viele sind mehrsprachig aufgewachsen. Ihre Bereitschaft zur Integration war von Beginn an sehr ausgeprägt. Sie zielten auf eine dauerhafte Übersiedlung, kamen als Mehrgenerationenfamilien und viele erhielten als Deutschstämmige auch schnell einen deutschen Pass. Die Deutschkenntnisse der Neuzuwanderer nahmen im Verlauf der 1990er Jahre aber rapide ab.

Die Vorstellung einer schnellen und problemlosen Integration erwies sich für viele als unerreichbar. Dies hatte und hat mehrere Ursachen, die im Grunde für viele Neumigranten typisch sind:

- mangelhafte Sprachkenntnisse in Deutsch
- geringe Netzwerkkontakte
- geringes bürgerschaftliches Engagement und weitgehende Unkenntnis über hiesige demokratische Abläufe
- oft geringe Kenntnisse über hiesige Erziehungsvorstellungen, über die Funktionsweise des Arbeitsmarktes, des Bildungs- und Ausbildungssystem usw.

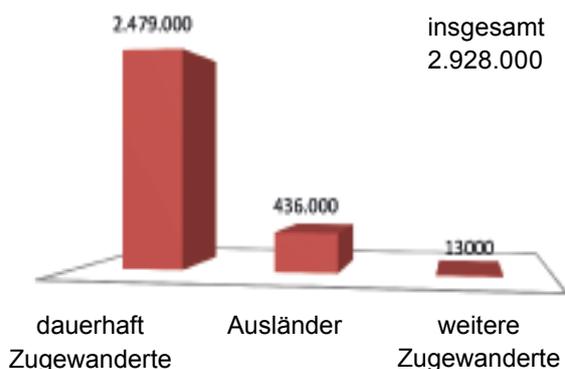
Diese Hürden waren mitverantwortlich für eine unerwartet hohe Arbeitslosigkeit, die noch verschärft wurde, da viele der mitgebrachten beruflichen Qualifikationen hier nicht gefragt waren oder einfach nicht anerkannt wurden. Die hohe Regulierung des

Zugangs zum Arbeitsmarkt verhinderte eine schnelle Integration. Hinzu kamen mangelnde Bildungserfolge auch der jüngeren Generation, da die Eltern vielfach ihre Orientierungsfunktion innerhalb der Familien nicht übernehmen konnten und das Schulsystem nach für sie unbekannt Regeln arbeitete.

Es existieren kaum Statistiken über diese Gruppe, da der Status „Aussiedler“ oder „frühere Nationalität“ bzw. „Art des Migrationshintergrundes“ immer noch zu selten erfasst wird. Vieles spricht aber dafür, dass Russischsprachige generell vor denselben Hürden stehen wie andere Migrantengruppen auch. Integrationserfolge stellen sich nur dann ein, wenn Systeme interkulturell geöffnet sind. Dies ist in Deutschland aber noch immer zu wenig der Fall.

Im Migrationsbericht 2009 des BMBF werden drei Gruppen Russischsprachiger unterschieden: Die größte sind sogenannte „dauerhaft Zugewanderte“ (Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Familienangehörige), hinzu kommen Ausländer/innen aus den Länder der ehemaligen Sowjetunion sowie als dritte Gruppe weitere Zugewanderte wie Flüchtlinge, Studierende, Fachkräfte usw. aus diesen Ländern. Danach summiert sich diese Gruppe auf knapp drei Millionen Menschen (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Alle Russischsprachigen im Überblick



Quelle: Migrationsbericht des BMBF 2009

MIGELO als Katalysator

Um ein Netzwerk aufzubauen, braucht es Gelegenheiten, Ressourcen und das Engagement von Personen und Gruppen. Das Projekt „MIGELO“ (www.MIGELO.de) wirkte wie ein solcher Katalysator bei der Entstehung eines neuen Netzwerkes für Russischsprachige.

MIGELO (Migranten-Eltern-Lotsen) ist ein bundesweites Projekt, das sich an russischsprachige Multipli-

kator/innen in Elterninitiativen und -vereinen wendet, sie bei ihrer Professionalisierung unterstützt, Hilfen zur lokalen Vernetzung anbietet und mittelfristig dauerhafte Strukturen in der Elternarbeit schaffen will. Das auf drei Jahre angelegte Projekt startete 2009. Für die Inhalte federführend ist eine Migrantenorganisation (PHOENIX-Köln e.V.), begleitet von einer mit Zuwendungsrecht und Qualitätsmanagement erfahrenen Organisation der Mehrheitsgesellschaft (Otto Benecke Stiftung e.V.). Beide verstehen sich als Tandem mit getrennten Aufgabenbereichen. Für beide ist diese Art der Kooperation neu und war zu Beginn des Projektes sehr gewöhnungsbedürftig. Inzwischen ist daraus eine effiziente Form der Zusammenarbeit geworden.

MIGELO zeigte schon nach einigen Monaten eine Anzahl vielfältiger, teilweise auch überraschender Ergebnisse:

- eine unerwartet große Zahl von Initiativen und Vereinen in allen Bundesländern wurde sichtbar, wodurch das Projekt von ursprünglich fünf auf über 16 Städte ausgeweitet wurde,
- die Stärkung der Professionalisierung der Vereine wurde als notwendig erkannt, um „auf Augenhöhe“ mithalten zu können,
- der Start einer bundesweiten Vernetzung traf auf ein großes Interesse und Engagement in den Vereinen,
- die interkulturelle Öffnung der Vereine in ihren Kommunen erwies sich als notwendig und wurde ermutigt und unterstützt.

Der Bundesverband russischsprachiger Eltern BVRE als bundesweite Vernetzung für Elternvereine

Die meisten Vereine der Russischsprachigen wurden am Beginn oder in der Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends gegründet, also etwa 10 bis 15 Jahre nach dem Höhepunkt der Einwanderungswelle aus Osteuropa. Diese Neugründungsphase ist noch nicht ganz vorüber. Damit sind nach ihrem Selbstverständnis neue Träger entstanden, die ihre Angebote vor Ort auf Dauer etablieren wollen. Obwohl sie bei ihren Landsleuten bekannt und anerkannt sind, wurden als eine ihrer zentralen Schwächen ihre mangelnde Verankerung in der Politik und ihre unzulängliche Berücksichtigung bei der Vergabe von Finanzmitteln erkannt. Durch den Zusammenschluss in einem Verband soll auch diese Situation positiv verändert werden.

2010 gründeten 12 Initiator/innen in Weimar den Bundesverband russischsprachiger Eltern (www.BVRE.de).

Er umfasst derzeit (2011) über 23 Mitglieder aus 13 Bundesländern und wächst stetig. Die Kurse und Angebote der Mitglieder des BVRE werden überwiegend von Kindern und Jugendlichen wahrgenommen (zusammen über 60%). Erwachsene und Eltern (30%) sind die zweitgrößte Nachfragegruppe. Die Angebote reichen von Sport, Kultur, Sprache und Kreativkursen bis zur Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe. (Siehe Abb. 2, S. 31)

Ziele des Bundesverbands russischsprachiger Eltern

Der Bundesverband hat sich drei Oberziele gesetzt. Es sind dies:

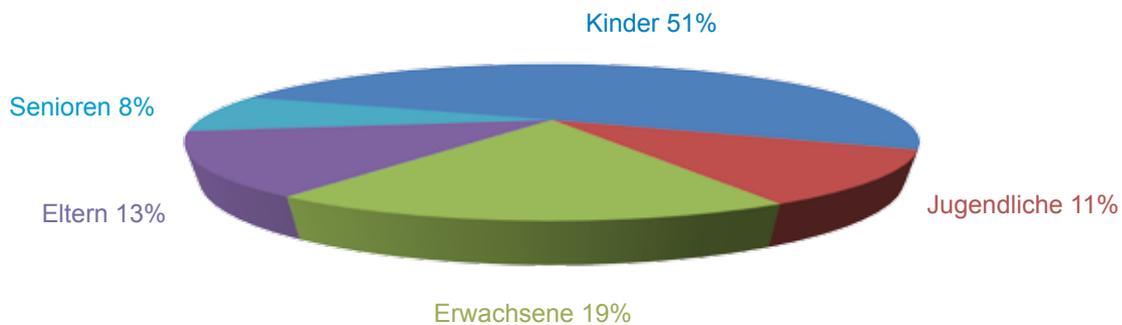
- Gleiche Rechte und Bildungschancen für alle unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, religiösen Zugehörigkeit und ihrem sozialen Status,
- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit russischsprachiger Kinder und Jugendlicher und
- Anerkennung und Nutzung der Bilingualität als kultureller Ressource in Schule und Gesellschaft.

Die derzeitigen Aufgabenschwerpunkte des BVRE in der jetzigen Aufbauphase umfassen:

- den weiteren Ausbau der bundesweiten Vernetzung
- die gezielte weitere Unterstützung der Professionalisierung der Elternarbeit
- die Stärkung der interkulturellen Öffnung
- die Intensivierung der Lobbyarbeit in Kommunen, Ländern und im Bund
- den Aufbau einer effizienten internen Verbandsstruktur.

Der Verband arbeitet an der Verbreiterung der Mitgliederbasis und will möglichst viele in neue Projekte einbinden, um den Schwung und Elan der Gründungsphase zu erhalten und auch für neue Aufgaben zu nutzen. Der BVRE signalisiert damit, dass er bereit ist, Verantwortung bei der Neugestaltung zu übernehmen. Interessant wird sein, wie die Bundespolitik auf diese Gesprächsangebote reagieren wird und ob das Anliegen der Integration sich in konkreten Verbesserungen für die Russischsprachigen manifestieren wird.

Abb. 2: Struktur der Teilnehmerinnen und Teilnehmer regelmäßiger Angebote der Mitglieder des BVRE



Talkrunde: Elternarbeit in Ost- und Westdeutschland

Am ersten Abend der Veranstaltung fand eine Talkrunde mit den Teilnehmenden und den Vortragsreferenten des ersten Veranstaltungstages, *Prof. Dr. Jesus Hernández Aristu*, Universidad Pública de Navarra; *Antonio Díaz*, Bund spanischer Elternvereine; *Daniel López Álvarez*, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V und *Nguyen Quoc Tuy*, Verein der Vietnamesen in Halle und Umgebung e.V. statt.

Moderation: *Prof. Dr. Siglinde Naumann* (Fachhochschule Nordhausen)

Siglinde Naumann:

Gibt es zunächst Verständnisfragen zu den Vorträgen oder zu den Diskussionen an den Thementischen an die vier Herren auf dem Podium?

Maria von Dittfurth-Siefken, Burg:

Der Professor hat über die Dysfunktion der Gesellschaft und über die Ghettoisierung geredet, den positiven Aspekt, mit einer Gruppe gleichnationaler Menschen in einer Gegend zu wohnen. Das kann ich verstehen. Sie können die Identität unterstützen, sie können die gleiche Sprache ausüben, können sich vernetzen. Was ist mit den negativen Folgen einer Ghettoisierung? Marginalisierungen können zu Angriffen führen und solche Gruppen bieten ein Ziel für ausländerfeindliche Aggressionen.

Jesus Hernández Aristu:

Danke für die Frage. Jedes Element unseres Lebens hat zwei Seiten. Die Tendenz, in gleichen Kulturgruppen zusammen zu kommen, ist generell sehr groß. Das ist auch gut so. Manchmal wird es von Inländern als Ghettoisierung angesehen. Diese Betrachtungsweise ist falsch, da es keine Ghettoisierung ist. Die Leute brauchen ihre eigene Sprache, ohne darauf achten zu müssen, ob ihr Gebrauch angebracht ist oder nicht. Oder sie brauchen es, ungefragt so oder so bekleidet zu sein oder solche Lieder zu singen, die

anders sind als in der Umgebung üblich, oder Gerüche zu produzieren, die typisch sind für ihre Heimatküche, die aber eventuell bei Inländern als unangenehm empfunden werden. In meinem Zentrum, in meiner kulturellen Gruppe kann ich sogar stolz darauf sein. Das stärkt die Identität der Menschen. Wenn kein Kontakt zu den anderen Gruppen, zu den Nachbarn oder zu den Lehrern der eigenen Kinder besteht, wenn Nachbarn gemieden werden, dann entsteht eine Ghettoisierung im alten Sinne. Dabei entstehen abgeschlossene Gruppen, die anderen Gruppen feindlich oder misstrauisch gegenüber stehen. Das ist die Kehrseite, auf die wir achten müssen, damit sie nicht in die Isolation führt oder gar in die Feindschaft und Bedrohung untereinander.

Teilnehmerin:

Ich habe das so verstanden, wenn man sich isoliert, ist es gut, dass die Leute zusammen kommen. Es ist gut, über die positiven Seiten zu sprechen. Ich will aber auch etwas über die negativen Seiten hören. Da sind die Angriffe, die Feindlichkeit, die Isolation. Auch Spätaussiedler wohnen in eigenen Gegenden, weil sie sich dort wohl fühlen. Das führt auch zu fremdenfeindlichen Angriffen. Wie beurteilen Sie die negativen Folgen der Ghettoisierung?

Jesus Hernández Aristu:

Zunächst einmal gibt es ein großes Missverständnis über die Beziehung zwischen Gruppen, Nationalitäten und Kulturen. Die Inländer stellen die Mehrheit dar, aber es wird behauptet, dass ihre Kultur bedroht sei. Im Gegensatz dazu behaupte ich, dass die Kultur der Minderheit bedroht ist. Wenn wir nicht ernst nehmen, dass Kulturen Grenzen und Abgrenzungen sind, entsteht Feindlichkeit. Wir müssen von kulturellen Unterschieden ausgehen. Oft sind Kulturen länder- und staatenübergreifend. Das müssen wir als Faktum feststellen, sonst betreiben wir Augenwischerei, die zu nichts führt. Es ist nicht leicht, vor dem Hintergrund

einer muslimischen Sozialisation christliche Betrachtungsweisen zu verstehen und umgekehrt ebenso. Es gibt Unterschiede. Sie sind gut und müssen anerkannt werden. Erst dann können wir ins Gespräch kommen und nicht durch die Negierung unserer eigenen Herkunft. Feindseligkeit besteht immer auf zwei, nie auf einer Seite. Es gibt auch viel Feindseligkeit unter den Minderheitengruppen und Ambivalenzen in vielen Kulturgruppen. Wir müssen erst einmal unseren Standpunkt definieren. Erst dann können wir auch andere Standpunkte erkennen und respektieren. Die Kehrseite des Dialogs ist Feindseligkeit.

Teilnehmer:

Herr Aristu, Sie haben Kultur sehr stark auf der ethnischen Ebene definiert und Herr Diaz hat dann Kultur auf die Elternkultur übertragen. Er hat die lokale, ethnische Kultur aufgehoben und ist davon ausgegangen, dass in der Aufnahmegesellschaft eine Elternkultur unter den Migranten der Diaspora entstanden ist. Wie gehen Sie damit um?

Antonio Diaz:

Ein interessanter Gegensatz, den Sie da aufführen, aber nichts desto trotz sind die Ursprünge die gleichen. Ich muss meine eigenen Wurzeln kennen, damit ich mich mit anderen auseinandersetzen kann. Wenn ich keine Identität habe, bin ich ein schwammiges Wesen zwischen zwei Welten und sitze auf zwei Stühlen. Wichtig ist, ständig zu hinterfragen: Was bringe ich mit, was ist wichtig für das Zusammenleben und was muss ich ablegen? Auch die Aufnahmegesellschaft sollte sich fragen, was für einen Gewinn sie durch Migranten hat. Der Aufnahmegesellschaft muss klar sein, was sie ist, was sie will, wie sie sich definiert. Was ist eine europäische Identität oder ist das zu weit gefächert? Wie definieren wir Identität? Man muss seine Standpunkte kennen, muss wissen, woher man kommt. Das Vorgehen des Bundes der Spanischen Elternvereine ist hierbei zielführend. Bestmögliche Integration in das deutsche Schulsystem und in die deutsche Kultur bei gleichzeitiger Förderung der Herkunftssprache und -kultur.

Siglinde Naumann:

Herr Tuy, ich habe an Ihrer Reaktion gemerkt, dass Sie vielem Gesagten zustimmen. Deckt sich das mit den Erfahrungen, die Sie uns geschildert haben?

Ngyen Quoc Tuy:

Ich kann dem voll zustimmen. Man muss wissen, woher man kommt und was man ist. Das ist eine unserer Hauptaufgaben, unseren Vereinsmitgliedern diese Einsicht zu vermitteln. Dann kann man sich auch mit der Kultur der Aufnahmegesellschaft am besten aus-

einandersetzen. Ich kenne auch Vietnamesen, die ihre Herkunft negieren. Sie kommen nicht weit und ihre Kinder bekommen sogar verstärkt Identitätsprobleme. Man sollte deshalb den Kindern von klein auf vermitteln, dass sie zwar auch „deutsch“ sind, weil sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, aber doch noch ein bisschen anders sind als andere deutsche Kinder.

Sonia Sitals, Imbrandiva e.V. Frankfurt:

Mich interessiert das dialogische Konzept zum Lernen von Paulo Freire, Herr Aristu. Können Sie ein Beispiel nennen, wie Sie es eingesetzt haben? Demokratisches Handeln soll gelernt werden? Auch hier hätte ich gerne ein kleines Beispiel.

Jesus Hernández Aristu:

Ein kurzes Statement zu dieser Frage. Einen Standpunkt beziehen ist der Ausgangspunkt. Gemeinsame Erfahrungen machen ist der zweite Schritt. Miteinander verflochten sein ist der dritte Schritt. Alle drei Schritte kommen nacheinander. Die Länder werden nicht mehr wie vor dreißig Jahren sein. Die Zukunft wird anders sein.

Es gibt so viele Beispiele. Vielleicht eine Erfahrung, die ich in Dortmund gemacht habe. Ungefähr dreißig Frauen haben sich regelmäßig einmal in der Woche getroffen, um über ihr Leben als Frauen in der Migration zu sprechen. Ich war als einziger Mann dabei. Ich habe damals mit einer ganz einfachen Methode gearbeitet. Ich wusste einiges über die Lebensbedingungen in Spanien und Deutschland und habe versucht, mit den Frauen Collagen zusammen zu stellen. Ich habe zwei Fragen gestellt: Erstellen Sie eine Collage über das Leben in Deutschland. Die Frauen haben sich Bilder aus alten Zeitschriften genommen und auf ein Plakat geklebt. Die Auswahl der Bilder und die Gespräche, die wir darüber geführt haben, waren sehr interessant. Das dialektische Denken von Freire trieb uns an, das Gegenteil zu suchen: Wie möchten Sie, dass ihr Leben in Deutschland werden soll? Die Frauen haben dann die Bilder zu dieser Frage gestaltet. Am Ende hatten wir fünf oder sechs Collagen zu den Punkten: Was ist und was sollte sein. Dann habe ich die Frauen gebeten, ihre Plakate in der Gruppe zu erklären. Eine Fast-Analphabetin, die noch nie vor einer Gruppe gesprochen hatte, konnte über die Bilder und Objekte erzählen, wie sich ihr Leben in Deutschland gestaltet.

Ich habe Notizen gemacht und daraufhin die generierten Themen nach der Methode von Paulo Freire aufgeschrieben. Die Themen zu identifizieren und Dialoge zu moderieren war meine Arbeit. In den Bildern

zeichneten sich immer wieder die Wertvorstellungen der Mittelklasse Deutschlands ab und nicht die der beteiligten Frauen. Ein Pelzmantel, eine schöne Wohnung, ein Urlaubshaus in Alicante waren die neuen Werte für sie. Das Infragestellen dieser Werte kam aus der eigenen Gruppe: Es handelte sich um Werte, die sie nicht verfolgen konnten und wollten. Daraus entwickelten sich dann Fragen über die eigenen Werte, die wir weiter mit anderen objektivierenden Methoden bearbeitet haben.

Es gibt mehrere Abschlussarbeiten, die dazu von deutschen Studierenden der Sozialwissenschaften angefertigt worden sind und die über meine Arbeit mit dem Ansatz von Paulo Freire berichten. Ich selber habe einen Bericht übernommen und in meinem Buch über den Ansatz von Paulo Freire veröffentlicht. (Pädagogik des Seins. Achenbach Verlag. Lollar 1977).

Abdel Hasid Catruat, Jugendhaus Pumpelberg, Bremen:

Welche Motivation habt ihr, diese Arbeit zu machen? Was ist der Grund?

Jesus Hernández Aristu:

Ich habe zwei Gründe, die mich zu dieser ehrenamtlichen Tätigkeit führen. Einerseits Probleme, die man selbst erlebt oder die die eigenen Kinder erleben und zweitens, dass ich die Gesellschaft, in der lebe, mitgestalten will. Als Ausländer ohne Wahlrecht habe ich durch diesen Weg trotzdem die Möglichkeit, an den demokratischen Gestaltungsprozessen teilzunehmen. Das nehme ich war, weil ich in meiner Lebensumgebung mitbestimmen will.

Nguyen Quoc Tuy:

Ich bin seit 1983 in Deutschland, habe in Deutschland studiert und habe nach dem Studium einen Job bekommen. Ich hatte wenige Probleme mit der Integration. Nicht alle Vietnamesen hatten dieses Glück. Viele durften nur eine paar Monate deutsch lernen und mussten gleich arbeiten. Nach der Wende standen sie vorm Werktor, vor dem Nichts und mussten von vorne anfangen. Wenn sie selber Probleme hatten, konnten sie ihren Kindern schlecht helfen. Das ermutigte mich, meine Erfahrungen weiter zu geben. Wir haben uns in Halle spontan entschieden, einen Verein zu gründen, in dem Integrierte weniger Integrierten helfen können. Auch, damit wir unseren Ruf verbessern können. Nach der Wende gab es viele Probleme, die Unsicherheit der Zukunft, Arbeitsplatzverlust und vieles mehr. Es gab Zigarettenhandel und viele negativen Sachen, aber es gab auch Vietnamesen, die den Ruf der Gemeinschaft verbessern wollten.

Teilnehmer:

Es gibt ganz viele, die sich an den Integrationsprozessen beteiligen. Wie habt ihr die Debatte mit Sarrazin verfolgt. Die Debatte zur Integration hat keinen Sinn und ist eine falsche Spur usw. Wie geht es euch, wenn ihr das hört?

Antonio Diaz:

Zunächst einmal zum Thema Motivation. Mein Großvater sagte immer, er sei Atheist von Gottes Gnaden. Er war Anarchist in Andalusien. Meine Großmutter war eine sehr aktive Katholikin. Meine Eltern waren immer sehr aktiv. Alle vier, so unterschiedlich sie waren, brachten mir bei: Jammere nicht, bewege dich und sei aktiv. Ich lebe hier, ich möchte mich einbringen, ich möchte mein Leben gestalten und ich möchte, wie mein Kollege auch, dass meine Kinder und die Nachbarskinder sich nicht die Rübe einschlagen. Das Thema Sarrazin stört in der aktuellen Debatte. Fragen Sie die Kollegen von der Elternarbeit. Jedes Mal, wenn eine neue Sau durch das Dorf getrieben wird, muss man mit Eltern diskutieren. Es kommt die Neiddebatte auf. Jahrelange wichtige Arbeit, die aufgebaut worden ist, wird dadurch zerstört. Es gibt auch Journalisten, die noch Öl ins Feuer gießen. Lasst uns einmal Themen diskutieren, die wichtig sind, schafft Räume dafür. In dieser erhitzten Debatte zu diskutieren, schafft nur Trennung. Die Kollegen vor Ort müssen erst einmal stundenlang diskutieren, um die Steine beiseite zu räumen. In diesem Sinne: Die größte Geringschätzung ist die Nichtbeachtung, so sagt ein spanisches Sprichwort.

Jose Paca, Vorsitzender des Ausländerbeirats Erfurt: Ich habe ein Problem und eine Begeisterung. Zwei Schienen, das ist genauso, wie mit der Integration. Prof. Dr. Aristu, ich schätze Sie und muss Sie loben, was für Mühe Sie sich machen um dieses Wissen, wie wir vielleicht in Zukunft ein anderes Miteinander finden und mit mehr Achtung und Respekt miteinander umgehen. Sie haben eine neue Formulierung genutzt, die wenig in unserer Gesellschaft geprägt ist: Inklusion. In England ist dies eine Normalität. Dort redet man nicht über Integration, sondern über Inklusion. Diese Bedeutung trifft auch in Deutschland besser zu. Wir leben in einem säkulären Staat. Aber es gibt auch kritische Menschen gegenüber diesem säkulären Staat mit den demokratischen Prinzipien. Die reden auch über Integration. Der Begriff Ghettoisierung versalzt mir ein wenig die Suppe. Es hat immer einen Gesichtspunkt von Segregation. Segregation führt zur Ausgrenzung. Wir haben hier viel über Nationen und Prägungen gesprochen und wir reden über Integration, Anerkennung. Meine Frage an die vier Kollegen: Wie kann die Botschaft

des Grundgesetzes von der gleichen Würde aller Menschen praktisch wirksam werden? Grundgesetz §1 sagt, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Das hatte man gedacht, aber in der Nation ging es auch immer gegen die Menschlichkeit. Deswegen sagte man, wir sparen uns die Nation und reden über Menschlichkeit. Vorsicht Kollegen, irgendwann bekommen wir ein Problem mit nationalistischem Denken. Deutschland hat ein demografisches Problem und es besteht ein großes Problem für Migrantenkinder, einen Kindergartenplatz zu bekommen. Liegt es nur an fehlenden Einrichtungen oder wirken sich hier andere Haltungen aus, wie sie in der Sarrazin-Debatte deutlich werden? Sehen wir uns die letzte Wahl in Europa an. Welche starken Kräfte sind ins Parlament gekommen? Betrachten wir einmal, wer Innenminister in den südeuropäischen Ländern ist und wir werden sehen, was in den nächsten zwei Jahren in Deutschland passieren kann. Danke.

Daniel López Álvarez:

Ich kann das bestätigen. Ich habe auch die Erfahrung gemacht, wie sich eine Kindergartenleiterin rühmte, weil es in ihrer Einrichtung keine Kinder mit Migrationshintergrund gibt. Das ist ein Problem. Wiederum stellt sich mir die ganz wichtige Frage: Wie ermöglichen wir es Kindern, eine eigene Identität zu entwickeln. Die Identitätsbildung eines Kindes ist ein individueller Prozess. Ich kann jedenfalls meine Identität nicht eins zu eins an meine Kinder weitergeben. Ich bin Spanier, mein Kind ist Deutscher und Spanier. D.h. die Identitätsbildung meines Kindes wird ganz anders verlaufen. Wenn ein Erwachsener mit allen Möglichkeiten, sich zu entwickeln, plötzlich eine bestimmte Identität auswählt, ist das zu respektieren. Ich bin mit der spanischen Identität nicht wirklich glücklich geworden. Ich bin freiwillig ausgewandert. Identität ist nicht nur an eine Kultur gebunden, sondern an viele Faktoren, nicht nur an die Religion, sondern auch an den Alltag, die Gesundheit, den Bildungsstand, das Aussehen usw. Es gibt für mich kein deutsches Aussehen. Für mich ist es ganz wichtig, noch einmal in Frage zu stellen, was wir als deutsch verstehen. Für mich ist das ein Begriff, der sich entwickelt und offen ist, genauso wie spanisch. Innerhalb der binationalen Identitätsbildungen ist das ein Begriff, der absolut im Fluss ist. Für die Erziehung ist es wichtig, dem Kind die Möglichkeit zu geben, sich freiheitlich und demokratisch zu entwickeln mit allen Facetten, die einer Person zur Verfügung stehen.

Antonio Diaz:

Es ist verständlich, dass wir alle Ängste haben. Prozesse der Begegnung lösen Ängste aus und man muss die Ängste der Menschen ernst nehmen. Es

müssen Räume geschaffen werden, in denen man sich mit diesen Ängsten auseinander setzen kann. Das ist ein Prozess, der viel Mitteleinsatz, Menschen und Woman- oder Manpower braucht etc. Zweitens bin ich dankbar, dass wir das Grundgesetz haben und ich bin dankbar, dass wir Menschenrechts-Deklarationen haben. Das ist die Grundlage dafür mich in dieser Gesellschaft zu engagieren. Nicht nur der Deutsche oder der Spanier, sondern jeder Mensch hat das Recht und die Pflicht, sich einzubringen. Wenn ich die Gesellschaft ändern will, muss ich mich einsetzen. Also bringe ich mich ein. Es ist für mich eine Pflicht, eine Herausforderung und ein Anreiz. Die Grundlage schafft dieses wunderbare Werk, das Grundgesetz, basierend auf den allgemeinen Menschenrechten.

Ishak Kilic, Integrationslotsenteam Delmenhorst:

Haben Sie außer vietnamesischen Mitbürgern auch andere Mitglieder in Ihrem Verein und wie aktiv sind Sie für den Verein, Herr Tuy?

Ngyen Quoc Tuy:

Wir haben ausschließlich Vietnamesen als Mitglieder. In unserer Vereinssatzung steht aber auch, dass Förder- oder Ehrenmitglieder herzlich willkommen sind. Auch Menschen nichtvietnamesischer Herkunft können Mitglied werden. Unsere Mitglieder sind sehr engagiert. Wir haben verschiedene Gruppen: Fußball, Tanzen, Deutsch- und Vietnamesischunterricht etc. Wir haben auch eine Fraueninitiative gegründet. Die Aufgaben werden auf alle gleich verteilt.

Ansgar Klein, BBE:

Ich habe noch eine kleine Anmerkung zu Herrn Sarrazin bzgl. der gleichen Würde aller Menschen, Stichwort Grundgesetz. Seine Idee war im Grunde, dass die Rassen unterschiedliche Ausstattungen und Fähigkeiten haben und die Gleichheit ist da leider unter gegangen. Das Schlimme an der Diskussion eines Herrn Sarrazin ist, dass er nicht irgendjemand ist, sondern wichtige öffentliche Funktionen wahrnimmt und dann Positionen bezieht, die weder wissenschaftlich belegt noch durch unser Grundgesetz abgedeckt sind. Es ist bedauerlich, wenn solche Verantwortungsträger wie er Feuer, Vorurteile und Rassismus schüren.

Partnerschaftsfragen in der Elternarbeit sind hier viele genannt worden. Welche wichtigsten Partner können Sie im Hinblick auf die künftige Arbeit identifizieren? Was sind die wichtigsten Erfolge von Elternarbeit und wo sehen Sie diese Erfolge? In der Ausstattung schulischer Angebote, in der Mitnahme von Menschen aus dem eigenen Milieu? Die Zweisprachigkeit ist eine riesige Chance in der globalisierten Welt. Gibt

Talkrunde: Elternarbeit in Ost- und Westdeutschland

es da Strategien, Erfahrungen und Ideen, die Vorteile der Zweisprachigkeit zu entwickeln, auch ganz lebenspraktisch für die eigenen Kinder?

Siglinde Naumann:

Das sind drei Fragen über die wir jetzt noch lange debattieren könnten. Vielleicht nutzen Sie die Gelegenheit am heutigen Abend, diesen Fragen in bilateralen Gesprächen weiter nach zu gehen. Wir müssen diese Talkrunde nun beenden, damit wir nach einem kurzen Abendimbiss rechtzeitig beim Empfang im Hallenser Rathaus sind. Ich bedanke mich bei Ihnen für unser lebendiges Gespräch.



Welt-Café: Erfahrungen zu Konzepten und Methoden aus Sicht der Elternnetzwerke

An die Plenumsvorträge schloss sich ein Welt-Café an. Die Protokolle der Thementische 1-14 werden nach der Einladung präsentiert.

Einladung zum Welt-Café!

Herzlich Willkommen beim Welt-Café! Sie werden sich sicherlich fragen, warum wir nun alle an einzelnen Tischen sitzen und es niemanden gibt, der einen Vortrag hält. Genau das ist unsere Absicht. Wir möchten, dass Sie nun die Akteure des Geschehens werden, dass Sie die Inhalte der Gespräche bestimmen. Sie sind nun im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit! Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen stehen im Zentrum des Geschehens.

Das Welt-Café ist eine Methode speziell für große Gruppen, um innerhalb kürzester Zeit effektiv und schnell ins Gespräch zu kommen. Die Café-Atmosphäre schafft den Raum, um miteinander in einen Dialog und Austausch zu kommen und Perspektiven zu entwickeln. Denn in diesem Raum ist durch jede/jeden Einzelne/n viel Wissen und Erfahrung versammelt. Genau dies bietet viel Potential für Synergieeffekte, die wir nutzen möchten. Dafür brauchen wir Ihre aktive Teilnahme.

Ich werde Sie nun in drei Runden durch den Gesamtprozess begleiten. Jede Runde hat eine eigene spezielle Fragestellung und dauert 20 Minuten. Nach jeder Runde wechseln Sie den Tisch und suchen möglichst neue, unbekannte Gesprächspartner an einem anderen Tisch. Jeder Tisch hat einen eigenen Tischgastgeber, der die einzelnen Fragerunden moderiert. Auf den Tischen liegt auch ein großes Papier, damit Sie Ihre Gedanken schreiben, malen, kritzeln können. Und: Es gibt eine Café-Etikette.

- Focus auf das, was wichtig ist.
- Eigene Ansichten und Sichtweisen beitragen.
- Sprechen und Hören mit Herz und Verstand.
- Hinhören, um wirklich zu verstehen.
- Ideen verlinken und verbinden.
- Aufmerksamkeit für die Entdeckung neuer Erkenntnisse und tiefer gehende Fragen.

- Spielen, kritzeln, malen – auf die Tischdecke schreiben ist erwünscht!

Die drei Runden haben folgende Fragen:

- Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?
- Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?
- Welche Chancen, welche Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine z.B. als Dachverband?

Ich wünsche nun viel Spaß, fruchtbaren Austausch, neue Bekanntschaften und nachhaltige Netzwerke.

Nuran Yiğit, Moderatorin des Welt-Cafés und Sprecherin des Migrationsrats Berlin-Brandenburg

THEMENTISCH 1

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

Vor der Gründung und dem Aufbau eines Elternvereins müssen bestimmte grundsätzliche Fragen geklärt werden, z.B. ob und wo Bedarfe und gemeinsame Interessen bestehen und es müssen Personen/Eltern angeworben werden, die motiviert sind und gemeinsame Interessen haben.

Einen wichtigen Punkt nehmen die organisatorischen Vorbereitungen ein, z.B. die Erstellung einer Satzung und die Klärung der finanziellen Fragen. Des Weiteren muss eine Entscheidung gefällt werden, ob lokal oder überregional gearbeitet wird und auch, ob diese Initiative oder der Verein sich für eine bestimmte Gruppe oder für „Alle“ engagieren will. Für bestimmte Formen der Organisierung gibt es Grenzen, z.B. in

Ostdeutschland, wenn die Gruppen zu klein sind. Hier ist es eine gute Möglichkeit, Bündnisse zu gründen, z.B. wie in Halle. Elternvereine brauchen auch Kooperationen mit anderen Organisationen, wie z.B. den Wohlfahrtsverbänden (AWO, Caritas, Parität etc.)

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

- Die Zusammenarbeit ist dann schwierig, wenn viele Elternvereine nur mit sich beschäftigt sind.
- Die Erfahrungen von Runden Tischen sind sehr gut, so entstehen Netzwerke.
- Elternvereine kooperieren nur, wenn jemand den Prozess koordiniert und anregt, z.B. die Kommune, das Land oder Wohlfahrtsverbände.
- Gewisse Ressourcen müssen bei den Beteiligten vorhanden sein, ansonsten ist eine Kooperation schwierig.
- Problem: Wenn mit bestimmten Zielgruppen gearbeitet wird, müssen auch weitere Fragestellungen, die über Erziehung und Bildung hinausgehen, behandelt werden. Das kann die Konzentration auf Bildung und Erziehung erschweren. Daraus folgt, es gibt nicht nur „reine Elternvereine“, sondern Vereine, die „auch Elternarbeit“ machen.
- Für die allermeisten Vereine ist es immer wieder eine Ressourcenfrage, ob die Zusammenarbeit mit anderen klappt. Es fehlt an Personen, die aktiv werden wollen und es bestehen Strukturprobleme, z.B. wenig Finanzen und wenig bis kein hauptamtliches Personal. Die Projektförderung dient nicht unbedingt der Vertrauensbildung, da sich keiner in die Karten schauen lassen will!

Welche Chancen, welche Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine z.B. als Dachverband?

- Ein Zusammenschluss hat in der Regel Vorteile für alle Beteiligten, auch wenn Konkurrenz besteht.
- Die Grundfrage ist: Brauchen wir einen Dachverband und wenn ja wofür? Die gemeinsame Zielfindung ist das Wichtigste.
- Die folgende Frage kann kommen: Kann es eine Einschränkung für die Einzelnen durch einen Dachverband geben, fließen z.B. die Ressourcen dann in den Dachverband?
- Es muss deshalb deutlich gemacht werden, was kleine Vereine für Vorteile haben, z.B. bei Finanzfragen, Fortbildungen etc.
- Es ist wichtig, in der Gründungsphase einen Vermittler oder eine Moderatorin zu haben, die unabhängig ist.
- Ein Dachverband kann die Entwicklung der Ehrenamtlichkeit zur Professionalisierung unterstützen.

- Abschließend kann auch die Frage gestellt werden, ob ein Netzwerk eine Alternative zum Dachverband sein kann?

Protokoll: *Dr. Mehmet Alpbeğ*, Föderation türkischer Elternvereine Deutschland e.V.

THEMENTISCH 2

Am Welt-Cafétisch, den ich moderiert habe, nahmen insgesamt 26 Personen teil. (10 Personen bei der 1. Frage; 10 Personen bei der 2. Frage; 6 Personen bei der 3. Frage).

Als Impuls habe ich den Teilnehmer/innen die Position des Bundesverbandes russischsprachiger Eltern zur Diskussion gestellt:

1. Beim Aufbau eines Elternvereins sind folgende Voraussetzungen wichtig: Initiativgruppen der Eltern, gemeinsame und für alle klare Ziele und Vorstellungen über die Vereinsaktivitäten, juristische Aspekte, menschliche Faktoren sind einflussreich!
2. Kooperationen zwischen Elternvereinen werden durch gemeinsame Ziele und Projekte entwickelt. Für die Zusammenarbeit zwischen den Elternvereinen und für die Vorbeugung von Konkurrenz ist Vertrauen wünschenswert und sehr wichtig sowie beiderseitige Interessen. Für die neuen Elternvereine ist es bedeutend, sich über die Erfahrungen mit den älteren auszutauschen, wie es im Rahmen des BVRE läuft: Ältere und erfahrene Organisationen unterstützen neue MO durch Information, Beratung und Tandem-Projekte.
3. Chancen: Vertretung der Interessen und Positionen von mehreren MO, konsequente Aktivitäten und Aktionen, Erfahrungsaustausch. Barriere: Kommunikation, menschliche Beziehungen, Finanzierung der Koordinierungsarbeit.

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

Geldmittel- und Förderungsmittelprobleme; mehrsprachige Mitarbeiter sind nötig, um Hemmnisse zu überwinden; Zugang zu Eltern z.B. durch Mund-zu-Mund-Propaganda aufbauen; Motivation der Personen; Ziele des Vereins verdeutlichen; verschiedene Religionen (Nationalitäten) beachten; Aufgabenverteilung; persönliche Eigenschaften der Menschen und Transparenz; Aufwandsentschädigungen beachten; Projektbeschreibung und Ideen entwickeln und sammeln; eigene Räumlichkeiten zu schaffen; Wahl der Rechtsform (z.B. eingetragener Verein).

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

Arbeit im Netzwerk mit gemeinsamen Zielen; Netzwerkarbeit bietet mehr Macht; Ressourcen von verschiedenen Vereinen nutzen; Strategien entwickeln; Konkurrenzen abschaffen durch Zusammenarbeit; erfolgreiche Zusammenarbeit von Gruppen mit verschiedenen Herkunftten und Ethnien; Öffnung von Vereinen zu anderen MO; generationsübergreifende Themen bearbeiten; Zielentwicklung; Kooperation und Projektentwicklung mit anderen einheimischen Einrichtungen durch persönliche Kontakte.

Welche Chancen, welche Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine z.B. als Dachverband?

Barrieren für einen Zusammenschluss: Konkurrenzgedanken werden durch einen Zusammenschluss geschürt; Herausforderungen zwischen den einzelnen Ethnien, z.B. wechselseitige Anerkennung der unterschiedlichen Herkunftten und Geschichte sowie Aufenthaltsstatus und Migranten-Kategorien.

Chancen eines Dachverbands: Die Konkurrenz zwischen den Vereinen wird aufgehoben; Ermöglichung der Unterstützung bei alltäglichen Problemen der Migranten; die Teilnahme von Zugewanderten fördern, z.B. Lobby für die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Sprachförderung; wirksame Außenvertretung.

Protokoll: *Elena Borisova*, Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V.

THEMENTISCH 3

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

Die Thementisch-Gäste sind sich darüber einig, dass die nachfolgenden Punkte bei der Gründung eines Elternvereines zu beachten sind. Für alle Teilnehmer stand an erster Stelle, dass ein Elternverein von Eltern für Eltern mit einer Satzung, Visionen, Missionen und Werten gegründet werden sollte. Insbesondere sollten Interessierte sehr hoch motiviert sein, da die Gründung und die Führung (Vorstand) ehrenamtlich und mit viel Verantwortung verbunden sind.

Ein gewisses Know-How zur Vereinsgründung, Zeitmanagement und Organisationsmanagement sind für die Thementisch-Gäste genauso wichtig wie die Partnersuche, also Mitglieder, Interessenten, die „mitma-

chen wollen“, die Mitgliedergewinnung und auch die (politischen) Ziele und Zwecke des zu gründenden Vereins. Um auch bedarfsorientierte Angebote in Form von Projektarbeit bzw. Initiativen für Ratsuchende und auch Öffentlichkeitsarbeit leisten zu können, ist es notwendig, dass der Verein Räume zur Verfügung stehen hat und sich nach Außen öffnen kann, damit eine Transparenz und Adressatennähe gegeben ist. Dies würde vor allem die Bedarfsanalyse, die Sponsoren-Suche, das Kontaktieren von Dachverbänden und anderen Vereinen unterstützen und eventuell vorhandene Hemmschwellen abbauen.

Da all dies nur mit finanziellen Mitteln, also mit Geld zu erreichen ist, ist es auch notwendig, eine kommunale Unterstützung in Anspruch zu nehmen, um eine strukturelle und finanzielle Förderung zu sichern. Dazu sind Mitgliedsbeiträge zu fordern und Bedarfe förderfähig zu formulieren. Die Thementisch-Gäste sind sich auch darüber einig, dass politische Ideologie in der Sozialarbeit keinen Platz hat.

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

Die Erfahrungen der Thementisch-Gäste sind sehr unterschiedlich gewesen. Von der besseren Arbeitsaufteilung bis hin zur Vielfalt wurden viele Erfahrungswerte positiv benannt. Doch auch Erfahrungen wie Konkurrenzdenken, das Verlorengehen des Vereinsprofils und die Schwierigkeit, gemeinsame Termine für Besprechungen und Aktionen zu finden, wurden als negative Aspekte benannt. Durch Kooperationen können kleinere Vereine Stärke und Macht als eine große Einheit präsentieren, politisches Interesse vielfältig nutzen und haben bessere Erfolgsaussichten bei der Umsetzung von Projekt und Angeboten. In Kooperationen können gemeinsame thematische Schwerpunkte leichter organisiert und umgesetzt werden. Somit kann die gebündelte Stärke bei gemeinsamen Aktionen die Türen zu Vielfalt und Multi-Kulti öffnen (Interkulturelle Öffnung).

Welche Chancen, welche Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine z.B. als Dachverband?

Obwohl die Quantität der Chancen für einen Zusammenschluss die Quantität der Barrieren eines Zusammenschlusses übersteigen, sind die Thementisch-Gäste sich darüber einig gewesen, dass die Umsetzung und die Qualität der Angebote, die Vereinsidentität, die unterschiedlichen Prioritäten bei der Zielverfolgung, die steigende Verantwortung, das Konkurrenzdenken, die erschwerten Strukturen und Machtkämpfe zu dem

Ergebnis führen, sich gegen einen Zusammenschluss auszusprechen. Alle Vorteile eines Zusammenschlusses, wie stärkere Teilhabe auf europäischer Ebene, interkulturelle Vielfalt und Austausch, Erhöhung der transnationalen Kompetenzen, eine zentrale Stimme zu haben, erhöhte Finanzierungschancen bei Projekten zu erlangen wurden als sekundär eingestuft. Als einziger Ansprechpartner für die Regierung zur Verfügung zu stehen, wurde sowohl für einen Zusammenschluss als auch gegen einen Zusammenschluss bewertet.

Protokoll: *Mehtap Caglar*, Föderation Türkischer Elternvereine in Berlin-Brandenburg e.V.

THEMENTISCH 4

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

Die Teilnehmenden des 1. Thementisches waren fast alle junge Studierende, die zunächst über den Begriff „Elternverein/MO“ informiert werden mussten, weil sie weder einen Migrationshintergrund noch Kenntnisse über den Aufbau und die Gründung eines Vereins hatten. Die Teilnehmenden einigten sich auf folgende Punkte: Gemeinsame Ziele müssen erarbeitet werden. Die Mitglieder müssen motiviert sein und gewisse Kompetenzen und Fähigkeiten mitbringen. Die Zielgruppe sollte klar definiert werden. Eine Vereinssatzung muss erarbeitet werden, die den Zielen und der Zielgruppe/den Mitgliedern gerecht wird. Die Struktur, die Rahmenbedingungen sowie rechtliche und finanzielle Grundlagen müssen festgelegt werden. Konzepte der Vereinsarbeit sollten vereinbart werden.

Ob ein Verein interkulturell oder auf eine Community beschränkt sein sollte, wurde kontrovers diskutiert, ebenso die Frage, ob man von Anfang an mit oder ohne andere Partner bzw. Organisationen zusammenarbeitet.

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

Alle Teilnehmer hatten diesbezügliche Erfahrungen gemacht:

Positiv: Gemeinsame Ziele stärken, „mehr können mehr fordern“! „Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden“, es gibt einen Erfahrungsaustausch, z.B. über Projekte, Anträge, Finanzierungen usw.

Negativ: Konkurrenz um knappe Ressourcen. Ideen für zu beantragende Projekte werden „gestohlen“. Manche Gruppen können einfach nicht zusammen arbeiten.

Zusammenarbeit hat nur funktioniert, wenn Transparenz sowie ein offener und ehrlicher Austausch stattgefunden hat; wenn Räume und Möglichkeiten dafür zur Verfügung standen; wenn die Beteiligten anerkannt und akzeptiert haben, dass alle unterschiedlich sind, wenn ausreichende Mittel zur Verfügung standen, ggf. eine Konfliktmoderation stattfand und die Zusammenarbeit koordiniert wurde.

Welche Chancen, welche Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine z.B. als Dachverband?

Chancen: Kompetente Ansprechpartner für Vereine bezüglich der Beschaffung von Mitteln, der Ideenfindung, der Stellung von Projektanträgen und der Lösung von Problemen. Gemeinsame Interessen werden besser vertreten. Der Kommunikationsweg für Informationen ist kürzer.

Barrieren: Konkurrenz, wer bekommt die Mittel?

Wer nicht dazu gehört bekommt nichts!? –Monopolstellung des Verbandes, wer bestimmt die Richtung, Ziele und Themen?

Wenn ein Dachverband, dann nur unter ganz bestimmten Bedingungen: Nur ein lockerer Bund ohne Verpflichtungen! Offenheit/Transparenz.

Als allgemeine Aussage wurde festgelegt: Vorteile genießen – Eigenständigkeit bewahren! Der größere Teil der Gruppe sprach sich gegen bzw. sehr kritisch gegenüber der Bildung eines Dachverbandes aus.

Protokoll: *Ute Cüceoglu*, Elternbrücke, ein Projekt der Academia Espanola de Formacion

THEMENTISCH 5

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

- Gemeinsamkeiten entwickeln und benennen, über Themen zusammenfinden, Inhalte klären, Ziele finden; Ansätze hierzu bieten Themen wie Schule, Integration und Bildung.
- Transparenz bei der Planung.
- Die Mitglieder/Eltern müssen aktiv und gezielt angesprochen werden, dabei sind die Methoden der Ansprache wichtig und deshalb zu planen.
- Der Nutzen eines Vereins muss für alle deutlich und transparent sein.

- Die Mitglieder sollten von Anfang an bereit sein, als MO-Vertreter aufzutreten, z.B. als Multiplikatoren und Dozenten zu arbeiten sowie Interessen an Patenschaften, Koordination, Kooperation und Austausch haben.
- Die Vereinsgründungsatzung und die Vereinbarungen müssen genau geplant werden. Dazu müssen Informationen eingeholt werden (z.B. §75).
- Der Kampf um knappe Ressourcen muss beachtet werden. Allianzen sollten gebildet werden, auch Lobbyarbeit ist wichtig.

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

- Vernetzung/ Kooperation macht stark. Wenn viele mit einer Stimme sprechen, wird man besser gehört.
- Gemeinsame Veranstaltungen sind sehr erfolgreich, z.B. interkulturelle Workshops an Schulen.
- Durch eine interkulturelle Vernetzung der Vereine entstehen mehr Möglichkeiten, mit Institutionen und Behörden zusammen zu arbeiten, weil dann mit einer einzigen Kontaktaufnahme von Seiten der Institution viele auf Seiten der Vereine angesprochen werden können.
- Kooperationen zwischen den Vereinen und Institutionen (Schulen, Behörden, Verwaltung, Verbände, Freiwilligen-Agenturen etc.) sind erwünscht. Das Einbeziehen von MO in interkulturelle Projekte kann vielfältige Vorteile bringen: Mittel, Kontakte, Ressourcen, Erfahrungen helfen, bereits begangene Fehler zu vermeiden.
- Die Fachkompetenzen der einzelnen Mitglieder in den unterschiedlichsten Bereichen können untereinander „ausgetauscht“ bzw. genutzt und gezielt eingesetzt werden. Vorteil: MO untereinander, aber auch andere Partner haben einen „Expertenpool“ zu den unterschiedlichsten Themen aus ihren eigenen Reihen.

Welche Chancen, welche Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine z.B. als Dachverband?

Kooperation ist grundsätzlich bei allen erwünscht, weil die Vorteile in Bezug auf Erfahrungsaustausch, gegenseitigem Kompetenzaustausch, bei bestimmten Forderungen „mit einer Stimme zu sprechen“, gemeinsame Ziele gemeinsam zu erreichen, Ressourcen besser ausschöpfen zu können, und nicht zuletzt bei Kooperationen mit Institutionen und Behörden, klar auf der Hand liegen.

Mit einer informellen Struktur könnten gemeinsame Ziele besser erreicht werden.

Dem gegenüber stehen bestimmte Bedenken: Kampf um zu knappe Ressourcen; Vernetzung gleich Transparenz gleich Durchschaubarkeit gleich Verletzbarkeit und Angreifbarkeit; ungleiche Verteilung der Ressourcen zu Lasten der MO; Interessenkonflikte; Bevormundung seitens des Dachverbandes.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist eine Vernetzung möglich:

- Barrieren können abgebaut werden, dafür müssen sie vorher benannt und gemeinsam angepackt werden.
- Die Interessen und die Rolle der MO wie Elternvereine, Bildung und Integration müssen geachtet werden.
- Kooperationen, Ziele und Methoden müssen gemeinsam mit allen Akteuren, auf gleicher Augenhöhe, erarbeitet werden.
- Die Fachkompetenzen in den Vereinen sollen genutzt werden.
- Die vorhandenen Ressourcen (Manpower, finanzielle Möglichkeiten) aller müssen offen diskutiert werden.
- Die Unterstützung durch Behörden und Institutionen sollte für alle Beteiligten durchschaubar sein.
- Gleichberechtigte Partnerschaft.
- Die Vorteile für die Elternvereine müssen ersichtlich sein und den Beteiligten letztendlich sichtbare, konkrete Vorteile bringen, wie z.B. finanzielle Unterstützung bei der Einrichtung von Hausaufgabenhilfen.

Protokoll: *Antonio Diaz*, Bund spanischer Elternvereine

THEMENTISCH 6

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

- Ziele und Interessen müssen übereinstimmen, um ein „klares Ziel“ zu setzen: Als Verein ist erst die Überlegung anzustellen, welche Zielgruppe erreicht werden soll. Gleichzeitig die Interessen dieser Zielgruppe recherchieren. Wichtig ist, wie erreiche ich diese Zielgruppe? Wen stelle ich dieser Gruppe als Kursleiter/in zu Verfügung? Ist es jemand mit Erfahrung oder jemand, der aus dieser Kultur kommt und sozial engagiert ist.
- Antragsstellung: Hier sollte dem Verein die Möglichkeit gegeben werden, sich zu informieren und es sollte eine Organisation genannt werden, die ihm helfen kann. Dies dient dazu, dass ein Verein

gut beraten wird und er sich seine Eckpfeiler mit Hilfe herausarbeitet, um einen Antrag zu stellen der nicht sofort abgelehnt wird. Eine Beratung hat die Aufgabe, dem Verein zu „helfen“ und dahin weiterzuleiten, wo es Unterstützung gibt.

- Öffentliche Hand: Der Staat sollte dies mit finanziellen Mitteln unterstützen, für das Anmieten von Räumlichkeiten und die Erstausrüstung einer Einrichtung; Werbung etc.

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

Ein wichtiger Bestandteil ist der Informationsaustausch. Die Elternvereine können sich bundesweit sowie auch auf lokaler Ebene austauschen. Lokal hat den Vorteil, Themen zu behandeln, die die Region spezifisch betreffen. Durch den Austausch können Arbeitsprozesse verkürzt werden, z.B. „Woher bekomme ich eine/n Referent/in?“ „Wo kann ich zum Thema X recherchieren?“ Das heißt auch, wenn mehrere Vereine an einem Projekt arbeiten, werden sie auch langfristige Kooperationspartner, was zu einem horizontalen Netzwerk führen kann.

Welche Chancen, welche Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine z.B. als Dachverband?

Ein Dachverband hat sowohl Vorteile als auch Nachteile. Wie wir uns metaphorisch ein Dach vorstellen, ist es so, dass es zu einer Hierarchie führt und somit entsteht Konkurrenz zwischen den Vereinen. Auf der anderen Seite ist die Transparenz der Vereine gegeben. Hier kann man die gemeinsamen Interessen erkennen, allerdings können regionale oder lokale Probleme untergehen und nicht behandelt werden. Für die Politik wäre es der kürzeste Weg, einen Ansprechpartner aller Vereine zu finden, um Informationen und Statistiken zu erhalten. Nur sind diese Informationen bundesweit, Bayern ist nicht Nordrhein- Westfalen.

Protokoll: *Najoi Jerdioui*, Elternbrücke, Academia Espanola de Formacion (Spanische Weiterbildungsakademie)

THEMENTISCH 7

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

Folgende Punkte sind Voraussetzung für einen Elternverein: Welches Ziel haben wir? Wie erreichen wir die Eltern? Rahmenbedingungen klären: Wo kann man sich treffen, braucht man einen zweiten Raum für die

Betreuung der Kinder? Und der wichtigste Punkt: Finanzen. Wo und wie bekomme ich Fördergelder?

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

Einige Gäste des Thementisches haben positive Erfahrungen, z.B. Erfahrungsaustausch und voneinander zu lernen. Die Mehrheit hat negative Erfahrungen gemacht, z.B. Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit, Konfliktvermeidung, nicht immer die gleichen Interessen, Konkurrenzkampf.

Welche Chancen, welche Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine z.B. als Dachverband?

Auch bei der 3. Fragerunde waren die Meinungen sehr unterschiedlich. Als positive Punkte wurden genannt, dass man vielleicht besser an finanzielle Mittel heran kommt und gemeinsame Ziele besser durchzusetzen sind. Die meisten haben den „Dachverband“ als großes Monster gesehen.

Protokoll: *Hanan Mourabit*, Elternbrücke, Academia Espanola de Formacion (Spanische Weiterbildungsakademie)

THEMENTISCH 8

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

- Es bedarf einer großen Portion Mut, um bisher unbekannte Wege zu gehen.
- Es bedarf viel Engagement und viel Vorleistung, bis sichtbare Dinge wachsen.
- Es bedarf fachlicher Hilfe in Fragen des Vereinsrechts (z.B. bei der Erlangung der Gemeinnützigkeit) und des Steuerrechts. Hierbei müssen bestehende Beratungsangebote genutzt werden.
- Es bedarf Grundkenntnisse über die gesellschaftlichen und politischen Strukturen in Deutschland und der Fähigkeit, die eigenen Anliegen an den richtigen Stellen zu platzieren. Insbesondere sollten die Vereine mit relevanten Personen in der Stadtverwaltung Kontakt halten und in Netzwerken, die für ihr Thema relevant sind, präsent sein. Die Mitgliedschaft in einem Spitzenverband ist oft sinnvoll.
- Es bedarf Grundkenntnisse und Erfahrungen in der Öffentlichkeit, wie setzt man geringe Ressourcen zielorientiert ein? Auch hier kann das Know-How eines Spitzenverbandes hilfreich sein.
- Es bedarf eines langen Atems, der sich auch durch Rückschläge nicht verkürzt.

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

- Die Durchführung von Tandemprojekten hat sich für Migrant*innenorganisationen bewährt, da hier z.B. bei der Antragstellung von den Ressourcen und den Erfahrungen der Partner*innen profitiert werden kann.
- Gemeinsame Projekte mehrerer kleiner Organisationen haben sich ebenfalls bewährt, da so auch Organisationen ohne Verwaltungsapparat in den Genuss finanzieller Mittel kommen können.
- Die Bereitschaft zur interkulturellen Öffnung wird von allen Seiten gefragt. Sie bedeutet Respekt und Toleranz gegenüber den Partnern, da nur so eine interkulturelle Kommunikation funktionieren kann und interkulturelle Konflikte lösungsorientiert bearbeitet werden können.

Welche Chancen und Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine, z.B. in einem Dachverband?

- Chancen bestehen darin, dass die gemeinsamen Anliegen ein größeres Gewicht in Öffentlichkeit und Politik bekommen und sich dadurch eher Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Integrationspolitik ergeben. Das bedeutet breitere Möglichkeiten bei der Projektkonzeptionierung und -förderung sowie in der Öffentlichkeitsarbeit.
- Barrieren bestehen durch die erheblichen Unterschiede in den Arbeitsweisen der Vereine und ihrem Professionalisierungsgrad, in der geringen Bereitschaft einzelner Organisationen, mit bestimmten Gruppen anderer Herkunft zusammenarbeiten zu wollen (z.B. Armenier und Türken) und durch die latente Gefahr, dass einzelne Interessen gegen andere Interessen ausgespielt werden.

Protokoll: *Viktor Ostrowski*, Bundesverband russischsprachiger Eltern

THEMENTISCH 9

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

Ein hochmotiviertes und engagiertes Team von Mitgründerinnen und Mitgründern eines neuen Elternvereins und die Festlegung von gemeinsamen Zielen gehören zu den wichtigsten Grundlagen der erfolgreichen Zusammenarbeit zum Wohle der Eltern. Zu nennen ist außerdem die Erstellung einer Satzung, eines Leitfadens sowie die Aufgaben- und Rollenverteilung innerhalb des neuen Elternvereins.

Gute Netzwerke und Kontakte zu den relevanten Akteuren der Kommune, der Politik und anderen Verbänden und Vereinen ermöglichen den Zugang zu wichtigen Informationsquellen auf der regionalen Ebene, der Landes- sowie der Bundesebene und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Lobbyarbeit des Elternvereins.

Die regelmäßige Entwicklung und Förderung von Projekten sowie die Schaffung eigener Räumlichkeiten ermöglichen eine effektive Arbeit des Elternvereins. Damit wird der Zugang von allen Eltern, unabhängig von den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten, zu Projekten ermöglicht. Die Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteuren sollte ausgebaut und gefördert werden.

Die Durchführung einer kommunalen und regionalen Situationsanalyse der wirtschaftlichen und politischen Situation vor Ort (wie z.B. Erkenntnisse über den Ausländer- bzw. Migrant*innenanteil, Arbeitslosenquote) sowie eine Bedarfsanalyse der Elternarbeit vor Ort stärken und beeinflussen die Schwerpunkte und die Handlungsfelder der Elternarbeit des Vereins. Insbesondere durch die Feststellung der Bedarfsanalyse und bereits bestehender Netzwerke wird ein Entstehen von Doppelstrukturen vor Ort vermieden.

Nicht vergessen werden darf eine regelmäßige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch den Verein.

Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Elternvereinen

Der Grad der positiven oder negativen Erfahrung ist von vielen wirtschaftlichen und strukturellen Bedingungen sowie von der politischen Situation vor Ort (Migrant*innenanteil, Arbeitslosenquote, interkulturelle Öffnung von kommunalen Strukturen) abhängig.

Es fehlt in der Regel eine entsprechende gesellschaftliche Anerkennung der Aktivitäten des Elternvereins vor Ort. Migrant*innenorganisationen werden als eine (bedürftige) Zielgruppe wahrgenommen und eher selten als gleichberechtigte (aktive) Partner. Da die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Elternvereinen vor Ort nicht immer stattfindet, fehlt es an einem vergleichenden Überblick über Formen der Zusammenarbeit, Ziele und Nutzen der Kooperation zwischen Kommunen und Elternvereinen bzw. Migrant*innenorganisationen.

Auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen homoethnischen Elternvereinen ist eine weitere interkulturelle Sensibilisierung erforderlich, was aus

Konkurrenzgründen bezüglich der Eltern als Zielgruppe nicht immer gelingt. Interkulturelle Öffnung sollte nicht nur in kommunalen Strukturen, sondern auch in Migrantenorganisationen stattfinden, was eine effiziente und qualitative Elternarbeit und einen Zugang zu Eltern aller Nationalitäten ermöglicht.

Chancen und Barrieren eines Zusammenschlusses der Elternvereine (z.B. als Dachverband)

Unzweifelhaft gehört zu den Barrieren eines Zusammenschlusses die fehlende Professionalisierung der Migrantenorganisationen. Insbesondere auf lokaler Ebene, dort handelt es sich meistens um ehrenamtlich organisierte und auf Elternbeiträge angewiesene Elterninitiativen und -vereine. So verfügen die MO selten über hauptamtlichen Strukturen und regelmäßige Förderungen. Die Schaffung eines Dachverbandes könnte dabei eine Problemlösung sein.

Darüber hinaus gehören zu den Chancen eines Zusammenschlusses der Elternvereine zu allererst eine Netzwerkerweiterung, mehr politische Lobbyarbeit und mehr Information über Weiterbildungsangebote, Möglichkeiten zu Tandemprojekten sowie Synergieeffekte etwa bei der finanziellen Förderung. Der Dachverband als eine Vereinigungsform aller Elternvereine übernimmt eine Funktion als „Türöffner“ und Vertreter von Interessen seiner Mitglieder. Er übernimmt die Rolle des Experten für die bedarfsgerechte Ausrichtung der Integrationsangebote in den Ländern und im Bund, zeigt eine Orientierung und Richtlinien für die erfolgreiche und gezielte Elternarbeit in Deutschland auf.

Protokoll: *Dr. Ekaterina Skakovskaya*, Vorstand des Bundesverbands russischsprachiger Elternvereine e.V.

THEMENTISCH 10

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

Zu der erste Frage haben die Tischgäste folgende wichtige Voraussetzungen genannt: Finanzierung, bestimmte Teilnehmerzahl, ähnliche Probleme der Betroffenen, Umsetzungsstrategien für Ziele, Konsens wie auch Unterstützung durch Ansprechpartner. Man muss Kontinuität herstellen, Ideen einbringen, Koordinatoren müssen über Kenntnisse im Vereinsrecht verfügen. Über die Organisationsform wurde am längsten diskutiert. Man sieht, dass nicht jeder zum Risiko bereit ist, einen eingetragenen Verein zu

gründen. Manchen wäre es lieber, sich an schon bestehende Organisationen anzugliedern als selber einen Verein zu gründen.

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

Die zweite Frage wurde ebenfalls sehr aktiv diskutiert. Gemeinsame Projekte, wie die Weiterentwicklung durch Kommunikation, Austausch von Ideen, Fachkenntnissen und Erfahrungen wurden als Vorteile einer Zusammenarbeit genannt. Auch sehr wichtige Aspekte sind gegenseitiges Lernen, Interkulturelle Öffnung, politische Teilhabe, Konsensbildung im Verband, Verhinderung des Konkurrenzdenkens, Vertrauen aufbauen, bessere Nutzung von Ressourcen, gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Solidarität und das Wachsen eines Zusammengehörigkeitsgefühls. Die Teilnehmenden haben die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen durchaus positiv eingeschätzt.

Welche Chancen und Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine, z.B. in einem Dachverband?

Bei dieser Frage bildeten sich zwei Meinungen, eine positive sowie auch eine negative. Als positive Seite von eines Zusammenschlusses wurden folgende Vorteile genannt: Erfahrungsaustausch; mehr Einfluss auf das Schulsystem, Ausbildung und politische Entscheidungen; mehr Chancen auf bessere Finanzierung durch größere Projekte und Hilfe durch den Dachverband. Ein Zusammenschluss kann auch Dialoge fördern und zur Völkerverständigung beitragen.

Negative Seiten eines Zusammenschlusses könnten aus Sicht der Teilnehmenden ein Ideenklau, der Konkurrenzkampf, persönliche Konflikte und auch gesellschaftspolitische Probleme sein.

Zum Schluss möchte ich die gute Organisation des Welt-Cafés und der Fachtagung unterstreichen. Diese Form eines Gedankenaustausches ist sehr intensiv und kreativ. Als Ergebnis sind alle ins Gespräch gekommen, viele Kontakte wurden geknüpft, verschiedene Meinungen gehört und Erfahrungen gesammelt. Die Idee von der Zusammenarbeit zwischen den Elternvereinen fand allgemeinen Zuspruch und sollte unbedingt ausgebaut werden.

Protokoll: *Nadeshda Streltschuk*, Deutsch-Russisches Hilfswerk zur Heiligen Alexandra e.V., Leipzig, Bundesverband russischsprachiger Eltern

THEMENTISCH 11

Am Tisch, der von mir moderiert wurde, haben insgesamt 25 Personen teilgenommen (8 Personen bei der 1. Frage; 10 Personen bei der 2. Frage; 7 Personen bei der 3. Frage).

Als Impuls habe ich den Teilnehmer/innen die Position des Bundesverbandes russischsprachiger Eltern zur Diskussion gestellt. (Vgl. Protokoll des Thementisches 2)

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

Gemeinsame Ziele und Kompetenzen; Finanzierungsprobleme; Verständnis plus Kontakte; mehrsprachige Mitarbeiter sind nötig, um Hemmnisse zu überwinden; Zugang zu den Eltern durch aktive Eltern aufbauen; Motivation; Vertrauen; Vernetzung auch über Internet; Ziele des Vereins verdeutlichen; Aufgabenverteilung; persönliche Eigenschaften der Menschen wertschätzen; Transparenz herstellen; Erfahrungsaustausch, Konkurrenz durch Kooperation überwinden; Aufwandsentschädigungen beachten; Projektbeschreibung und Ideen entwickeln und sammeln; eigene Räumlichkeiten schaffen; Wahl der Rechtsform (z.B. eingetragener Verein); Dachorganisation finden.

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

Positive Erfahrungen: Das Selbstwertgefühl wird gesteigert; man bekommt mehr Kontakte, Anerkennung; Zusammenhalt; Netzwerkarbeit bietet mehr Macht; Ressourcen von verschiedenen Vereinen nutzen; Strategien schaffen; Konkurrenzen durch Zusammenarbeit abschaffen; erfolgreiche Zusammenarbeit von Gruppen verschiedener Herkunft und Ethnien; Themen können zusammen gefunden werden; Kooperation und Projektentwicklung mit anderen einheimischen Einrichtungen durch persönliche Kontakte der Vereine.

Negative Erfahrungen gibt es auch: wenig Geld; viel Bürokratie; Konkurrenz zwischen kleinen Vereinen; wenig Bildung; es kostet viel Zeit Teilnehmer und Mitglieder zu bekommen; Überforderung der Mitglieder und des Vorstands.

Welche Chancen und Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine, z.B. in einem Dachverband?

Barrieren für einen Zusammenschluss: Konkurrenzgedanken; Herausforderungen zwischen einzelnen Ethnien, unterschiedlicher Aufenthaltsstatus; kleine Vereine sind immer im Schatten.

Chance eines Dachverbands: Die Konkurrenz zwischen den Vereinen wird aufgehoben; Unterstützung bei alltäglichen Problemen; Lobby für die Anerkennung von Bildungsabschlüssen; gemeinsame Perspektiven schaffen; Professionalisierung, Gewinn für kleine Vereine, die politisch stärker werden können; Vertretung nach außen für die Interessen der Zugewanderten.

Protokoll: *Kira Titkova*, Bundesverband russischsprachiger Eltern

THEMENTISCH 12

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

Den Gästen ist es wichtig, dass folgende Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um einen Elternverein zu gründen:

- Die Notwendigkeit – warum einen Verein gründen?
- Die Zielgruppe – sollte nicht nur auf eine ethnische Gruppe gerichtet sein.
- Von Eltern für Eltern – Begegnung auf Augenhöhe.
- Mindestens sieben Personen / Eltern, die gemeinsame Interessen haben, sind notwendig.

Bei den Gründungsformalitäten wie z.B. der Rechtsform (e.V.), der Satzung gab es Fragen, die geklärt werden müssen. Hinsichtlich der Kosten, die dabei entstehen. Geklärt werden sollte auch ob, der Verein lokal oder überregional tätig werden soll. Dabei ist die Erreichbarkeit der Zielgruppe zu beachten.

Geeignete Räume sind von besonderer Bedeutung, um die Erreichbarkeit zu gewährleisten und um bedarfsorientierte Angebote bieten zu können. Eine strukturelle Förderung wurde als sehr wichtig bezeichnet.

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

Als positive Erfahrungen wurden genannt:

- Persönliche Kontakte knüpfen.
- Erfahrungsaustausch.
- Durch eine punktuelle Zusammenarbeit Einheit präsentieren.
- Gemeinsam Projekte beantragen - erhöhte Erfolgsaussichten.
- Perspektivwechsel - über den Tellerrand hinaus blicken.
- Vernetzung in Form von Runden Tischen

Als problematisch wurde genannt:

- Personalressourcen fehlen oder sind zeitlich begrenzt (kein hauptamtliches Personal, aktive Personen fehlen).
- Die Terminfindung für gemeinsame Sitzungen wird schwierig, beim Ehrenamt sind die Zeitressourcen begrenzt.
- Wer soll die Koordinierung übernehmen? Keiner möchte die „zweite Geige“ spielen!
- Konkurrenzdenken – keiner lässt sich gerne in die Karten schauen.
- Als weiteres Hemmnis für eine Zusammenarbeit wurde die Befürchtung der Streichung oder Minderung der eigenen Projektförderung genannt.

Welche Chancen, welche Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine z.B. als Dachverband?

Grundsatzfrage: Brauchen wir einen Dachverband?

Dafür spricht:

- Schlagkräftigkeit und eine bessere politische Wirksamkeit.
- Vorteile für kleinere Vereine (Fortbildung für Ehrenamtliche, Ansprechpartner bei offenen Fragen).

Dagegen spricht:

- Wie organisiert sich ein Dachverband?
- Vorhandene Strukturen nutzen, z.B. sich einem Wohlfahrtsverband anschließen?
- Steigende Verantwortung für Ehrenamtliche?
- Unterschiedliche Vereinsprofile schüren das Konkurrenzdenken.
- Die Kosten der Mitgliedschaft, fehlende bzw. geringe finanzielle Möglichkeiten der Ehrenamtlichen.

Es wurde die Frage gestellt ob ein Netzwerk nicht effektiver bzw. eine Alternative zum Dachverband wäre?

Protokoll: *Tülay Usta*, Türkischer Verein Berlin-Brandenburg

THEMENTISCH 13

Am Welt-Cafétisch, den ich moderiert habe, haben insgesamt 28 Personen teilgenommen (10 Personen bei der 1. Frage; 10 Personen bei der 2. Frage; 8 Personen bei der 3. Frage).

Als Impuls habe ich den Teilnehmer/innen die Position des Bundesverbandes russischsprachiger Eltern zur Diskussion gestellt. (Vgl. Protokoll des Thementisches 2)

Was muss bei der Gründung eines Elternnetzwerks beachtet werden?

Motivation; klare Ziele; Interesse wecken, um Passivität zu vermeiden; Fachkenntnisse und Strukturkenntnisse; Finanzierungsmöglichkeiten; Selbstwert akzeptieren; Zusammenarbeit entwickeln.

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

Unbedingte Voraussetzung ist Vernetzung; interkulturelle Projekte, z.B. mehrsprachige Kindergärten; es gibt mangelhaften Informationsaustausch; es müssen unbedingt klare Regeln für die Zusammenarbeit entwickelt werden; in diesem Fall vermeiden wir Konkurrenz (stattdessen Mitarbeit).

Welche Chancen, welche Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine z.B. als Dachverband?

Als Barrieren für einen Zusammenschluss wurde genannt: Kommunikation in „einer Sprache“; „homogene“ Vernetzung; Finanzierung; Spagat zwischen arbeitsfähigen flexiblen Strukturen und festen Strukturen; Unabhängigkeit von Förderern.

Als Chancen eines Dachverbands wurde genannt: Informationsweitergabe; Weiterbildungen; Vernetzung; Koordinierungsfunktion; Konsolidierung der Interessen der Mitgliedsorganisationen; Unterstützung bei Projektakquise; fachliche und organisatorische Unterstützung.

Protokoll: *Wladimir Weinberg*, Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V.

THEMENTISCH 14

Was muss bei der Gründung bzw. beim Aufbau eines Elternvereins beachtet werden?

Informationen über die Gestaltungsmöglichkeiten in der entsprechenden Elterncommunity bilden für die Teilnehmenden den Grundstein für eine solide Vereinsarbeit. Der nächste große Schritt ist die Formulierung der Ziele des Vereins, dann sind die ehrenamtlichen Kräfte zu mobilisieren die die potenziellen Neumitglieder und die Zielgruppe ansprechen sollen.

Neben der Festlegung der inhaltlichen Ausrichtung des Vereins sind administrative Angelegenheiten von Anfang an zu klären, was ein gewisses Know-How über das Vereinsrecht erfordert. So wird betont, dass im Hinblick auf zukünftig zu beantragende öffentliche Fördergelder die Gemeinnützigkeit beim Finanzamt beantragt und z.B. auf eine Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe hingearbeitet werden sollte.

Welche Erfahrungen gibt es in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternvereinen?

Die Teilnehmenden berichteten von zumeist guten Erfahrungen bei der Zusammenarbeit. Denn der Erfahrungsaustausch leistet einen großen Beitrag zum Aufbau von Strukturen. Zu Beginn der Kooperation sollten allerdings die Interessen und Ressourcen der beteiligten Partner geklärt werden. Ob bei einer punktuellen oder einer regelmäßigen projektbasierten oder politischen Zusammenarbeit: Es sollte darauf geachtet werden, dass die gesamte Kommunikation auf gleicher Augenhöhe verläuft, die Partner sich einbringen können und ihre Bedürfnisse befriedigt werden.

Sehr gute Erfahrungen wurden zwischen Vereinen gesammelt, die Eltern verschiedener ethnisch-kultureller Hintergründe als Zielgruppe haben. Nicht immer unkompliziert, jedoch von enormer Bedeutung sei die Brückenfunktion der Vereine zwischen Eltern, Lehrer und Erzieher.

Welche Chancen, welche Barrieren hätte ein Zusammenschluss der Elternvereine z.B. als Dachverband?

Ein Zusammenschluss bringt den Teilnehmenden zufolge eine bessere Arbeitsstruktur und einen größeren Erfahrungsschatz mit sich. Die verbandsinternen Diskussionen sind inhaltlich qualitativer und anspruchsvoller. Es gestaltet sich leichter, für spezifische Themenfelder eine erfahrene Ansprechperson zu finden. Nach Außen ist ihre Präsenz in der Öffentlichkeit stärker. Derartige Zusammenschlüsse können sich bei den politisch Verantwortlichen schneller und leichter Gehör verschaffen.

Der Prozess der Entscheidungsfindung in einem Dachverband ist komplexer und bedarf einer stärkeren Kompromissfähigkeit der Verbandsakteure. Es muss ein gesundes Gleichgewicht zwischen der selbstständigen Vereinsarbeit und einer intensiven Zusammenarbeit unter einem Dach gefunden werden, mit einer ausgeprägten Identifikation. Zu beachten ist, dass keine Konkurrenzsituationen zwischen den Mitgliedsorganisationen entstehen, die den Zie-

len und dem Wirken des Dachverbandes entgegenwirken. Praktische Probleme könnten z.B. im Rahmen von Vorstandssitzungen entstehen, bei denen sich die Termin- und Ortsfindung schwierig gestalten kann. Die größte Barriere stellt dabei die Finanzierung der Reise- und Unterkunftskosten der ehrenamtlich tätigen Vorstands- bzw. Vereinsmitglieder dar.

Protokoll: *Celale Yıldız*, Türkischer Verein Berlin-Brandenburg



Arbeitsgruppen 1 – 6: Unterschiedliche Dimensionen der Elternarbeit

Die Arbeitsgruppen waren so konzipiert, dass die Teilnehmenden nach einem kurzen inhaltlichen Input ihre Erfahrungen einbringen konnten. Bei den Diskussionen standen die Vertreter/innen der beteiligten MO als Experten zur Verfügung.

AG 1: INTERKULTURELLE ÖFFNUNG VON ELTERNVEREINEN

Impuls: Ansätze und Perspektiven zur interkulturellen Öffnung 1, Ralf Kletsch, Bundeselternrat

Impuls: Ansätze und Perspektiven zur interkulturellen Öffnung 2, Peter Edinger, Stadtelternrat Bielefeld e.V.

Der Stadtelternrat Bielefeld ist als gemeinnütziger Verein eingetragen und versteht sich als Vertretung der Schulpflegschaften aller Bielefelder Schulen, unabhängig von der Schulform. Um die Einschätzung über unsere Tätigkeiten zu verbessern, ein kurzer Überblick über uns und unser Tun. Zum Vorstand gehören: Dr. Georg Stammeler (Vorsitzender), Norbert Hasselberg (stellv. Vorsitzender), und Bilal Dökmeci (Schatzmeister). Der Vorstand wird jeweils für drei Jahre gewählt und soll die Koordination und Steuerung übernehmen. Die eigentliche thematische Arbeit wird in Ressorts organisiert, die sich nach Themen gliedern und meistens schulformübergreifend sind. Dazu gehören die Bereiche Schulrecht und Elternmitwirkung, Medien (Schulbibliotheken), Gesundheit (u. a. Ernährung), Berufsorientierung, Raum und Zeit (z. B. Gebäude) sowie Interkulturelles. Wenn nur bestimmte Schulformen betroffen sind, gibt es Gesprächskreise, z.B. für Grundschulen oder Gymnasien.

Eine wesentliche Voraussetzung zur erfolgreichen Beteiligung von Eltern ist aus unserer Sicht, dass sie überhaupt die Informationen über ihre Möglichkeiten zur Mitwirkung erhalten. Dazu stellen wir

Informationen über die regionalen Geschehnisse rund um die Schule auf die Webseite, www.stadtelternrat-bielefeld.de. In unregelmäßigen Abständen wird ein Newsletter versandt, verschiedene Themen werden durch Veranstaltungen aufgegriffen, z.B. Elternseminare zur Elternmitwirkung an der Schule, Elternabende zum Thema „Surfen mit SIN(N)!\“, Tageskurse zum Haushalts- und Verwaltungsrecht mit Gabriele Behler und Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein sowie ein Symposium zu unseren Schulbibliotheken.

Die Teilnahme an den Ausschüssen, Arbeitskreisen oder Aktionen soll das gegenseitige Verständnis fördern und die Einwirkungsmöglichkeiten verbessern. Beispiele dazu sind:

- Die regelmäßige Teilnahme im Schulausschuss des Rates der Stadt Bielefeld, mittlerweile ein Sitz mit beratender Stimme.
- Der Arbeitskreis Elternforum OWL, ein bezirkswweiter Austausch verschiedener Elternorganisationen.
- Die Steuergruppe EmiggS des Netzwerks Bielefeld.
- BI-NETT, ein Bielefelder Projekt zur Verbesserung der Verkehrssicherheit.
- Die Jury zum Berufswahl-SIEGEL, ein Projekt zur Prämierung von Schulen für Studien- und Berufs-wahlorientierung.
- Hervorzuheben ist die Mitwirkung im Arbeitskreis Eltern, einem Arbeitskreis, der sich aus Migrantelternorganisationen und Trägern von Fördermaßnahmen in diesem Bereich zusammensetzt. In diesem breit aufgestellten Teilnehmerkreis wird deutlich, wie viel projektorientierte Arbeit durch Schulen und Eltern geleistet wird. Diese streut sich über unterschiedlichste Träger und Teilnehmende und ist (systembedingt) immer von temporärer Natur. Allerdings sind diese Projekte oft nur wenigen bekannt und eine nachhaltige Wirkung ist nach Ablauf der Maßnahmen eher selten.

Die Elternmitwirkung hapert allerdings auch häufig am kulturellen oder sprachlichen Verständnis. Allerdings kann dieses Problem nicht nur auf die Herkunft reduziert werden und als Problem von Migranten eingestuft werden. Auch viele „Nur-Deutsch-Sprachler“ haben Verständnisprobleme, stellen sich die Frage, was sie denn überhaupt in der Schule sollen oder haben schlicht Ängste, sich zu äußern.

In den Schulen wird der Focus endlich stärker auf die individuelle Förderung der Schüler/innen gerichtet. Dabei zählt die einzelne Lernbiographie und die umfassende Teilhabe aller als erklärtes Ziel (siehe UN-Resolution zur Inklusion). Das einzelne Kind hat in dieser Betrachtung einen Förderbedarf, der sich an seinen Voraussetzungen orientiert und Handicaps sind mal durch mangelnde Sprachkenntnisse, mal durch mathematische, mal durch körperliche oder mal durch geistige Fähigkeiten gegeben.

Es sollte also nicht nach den trennenden Aspekten gesucht werden, sondern nach dem Verbindenden. Wir Eltern (aller kulturellen Hintergründe) haben eines gemeinsam: Kinder! Diese Kinder sind alle in der Schule, womit wir einen guten Grund haben, genau dort etwas gemeinsam zu tun! Dabei ist wichtig, dass auch die Eltern, die sich nicht so vertraut (und wohl) in den Rollen der Mitwirkungsgremien fühlen, eine sinnvolle Rolle spielen und etwas beitragen können. Holen wir sie dort ab, wo sie stehen und nutzen wir alle ihre vielfältigen Erfahrungen und Fähigkeiten, und nicht nur diejenigen, sich in der Klassenpflegschaft sinnvoll zu Wort zu melden.

Elternmitwirkung ist mehr als Kartoffelsalat machen und Kuchen backen!

ERGEBNISSE: *Dipl.-Ing. Cemalettin Özer*, MOZAIK gGmbH

1. Statement des Bundeselternrates: Erfahrungen, Stellungnahme und Empfehlungen zur interkulturellen Öffnung, Verständnisfragen und Antworten.
2. Praxisinput aus Bielefeld: Stadtelternrat Bielefeld e.V.: Ansätze, Erfahrungen, Motivationen, Empfehlungen zur interkulturellen Öffnung, Verständnisfragen und Antworten.
3. Diskussion mit den Teilnehmenden über Ansätze der interkulturellen Öffnung, Vorstellung der Kriterien für interkulturelle Kompetenz, z.B. in Kooperation mit MO, und des Transfers in andere Regionen unter der Leitfrage: Wo sehen Sie Ressourcen und Potentiale, an welchen Punkten zeichnen sich Hindernisse ab?

1. Herr Kletsch informierte in seinem Input über die Aktivitäten des Bundeselternrates. Er benannte wichtige

Problemlagen, z.B. fehlende Kenntnisse vieler Eltern mit Migrationshintergrund über das deutsche Schulsystem. Folgende Lösungsvorschläge brachte er zur Diskussion:

- Persönlicher Kontakt zwischen Eltern, Elternsprecher/innen und Lehrer/innen.
- Elterninformationen (in verschiedenen Sprachen).
- Elterncafés.
- Die Teilnahme von Eltern am Tag der offenen Tür fördern.
- Die Organisation von Hausaufgabenhilfen.
- Das Angebot von Sprachkursen und Kleinkinderbetreuung in den Schulen.
- Die Teilnahme an Klassen- und Schulfesten, dabei auch die ausländische Küche vorstellen.
- Elternlotsenprojekte.

Zu diesen Aspekten gab es Rückfragen und Erfahrungsberichte aus den unterschiedlichen Regionen.

2. Herr Edinger stellte im Anschluss den Bielefelder Stadtelternrat e.V. vor, ein freiwilliger Zusammenschluss der Schulpflegschaften aller Schulformen in der Stadt Bielefeld. Folgende Grundlagen und Empfehlungen wurden diskutiert:

- Die Bedeutung der Ausweitung der Elternmitwirkung.
- Der Einsatz und die Qualifizierung ehrenamtlicher, mehrsprachiger Elternbegleiter/innen als sprachliche und kulturelle Brücke.
- Die Ausbildung von Stadtteilmüttern und -vätern.
- Die Ausbildung von Elternpatinnen und -paten.
- Die Ausweitung der Elternberatung.

Es bleiben viele wichtige Fragen und Problemstellungen zu lösen:

- Wie kann der Einsatz für die Stärkung bzw. die Einführung systematischer und zielgerichteter (auch muttersprachlicher) Elternansprache gefördert werden?
- Wie können niedrigschwellige Angebote für Kinder und ihre Familien unterstützt werden, die den gezielten und intensiven Kontakt mit der deutschen Sprache ermöglichen?
- Wie kann die Kooperation von Kitas, Grundschulen, der örtlichen Jugendhilfeplanung, der Familienbildung und -hilfe, den Migrantenorganisationen und anderen verantwortlichen Akteuren vor Ort zur Entwicklung von Handlungskonzepten gefördert werden?
- Welche Fortbildungsbedarfe ergeben sich?
- Wie können flächendeckend Elternpaten geschult und eingesetzt werden?

Arbeitsgruppen 1 - 6: Unterschiedliche Dimensionen der Elternarbeit

- Woher bekommen wir die Ressourcen?
- Wo sind Kooperationspartner?
- Wie kriegen wir die Schulen ins Boot?

Nach den Beiträgen der beiden Referenten entstand eine rege Diskussion über konkrete Erfahrungen und Ansätze zu der interkulturellen Öffnung von Elternvereinen. Folgende Erfolgsfaktoren und (Qualitäts-) Kriterien, die u.a. durch MOZAIK entwickelt worden waren, wurden genannt:

- Unterstützung der Maßnahmen durch Qualitätssicherung/Controlling/Monitoring von Kommunen und Organisationen.
- Verbesserung der Qualität bestehender Maßnahmen und Angebote unter Berücksichtigung interkultureller Aspekte (Mehrsprachigkeit, unterschiedliche Ethnien, rechtlicher Status).

Die Zielgruppen für diese Kriterien sind:

- Elternorganisationen
- Träger von Elternarbeitsprojekten
- Schulen, Kindergärten, Jugendhilfe
- Politik/Parteien
- Integrationsbüros, Jugend- und Sozialämter
- Integrationsrat/Migrationsrat
- Migrant*innenorganisationen
- Organisationen im Zusammenhang mit der Elternarbeit.

Dabei sind mehrere Aspekte zur Umsetzung der interkulturellen Kriterien zu beachten, z.B.:

- Wie wird der kooperative /partizipative Ansatz im Elternverein umgesetzt?
- Welche interkulturellen Öffnungsprozesse werden vom Träger oder Elternverein ermöglicht bzw. umgesetzt?
- Beim Personal: Sind Auszubildende, Mitarbeitende und Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz im Vorstand oder Team?
- Kooperation mit Zielgruppenorganisation: Werden „integrative“ MO bei der Konzeptentwicklung und Konzeptumsetzung beteiligt?

AG 2: WIE KANN ELTERNARBEIT GEFÖRDERT WERDEN?

Impuls 1: Initiativen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Regina Trüb, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Zwei Fragestellungen, die auch im Mittelpunkt dieser Tagung stehen, werden im Rahmen des Inputs beant-

wortet. Sie betreffen (I.) Initiativen des Bundesamtes zur verstärkten Partizipation von Migrant*innenorganisationen an Förderprogrammen und (II.) Programme bzw. Fördermöglichkeiten des BAMF zur Stärkung der Teilhabe von Migrant*in*eneltern.

I. Initiativen des Bundesamtes zur verstärkten Partizipation von Migrant*innenorganisationen

Das Bundesamt nimmt Migrant*innenorganisationen (MO) als Experten für eine bedarfsgerechte Ausrichtung der Integrationspolitik und -förderung wahr. Eine systematische und gleichberechtigte Einbeziehung und Nutzung der Kompetenzen von Migrant*innenorganisationen in die Gestaltung von Integrationsangeboten sowie eine systematische Förderung von Migrant*innenorganisationen als Akteure der Integrationsförderung hat bis vor wenigen Jahren aber nur punktuell stattgefunden. Damit sich dies ändert, hat das Bundesamt folgende Angebote entwickelt und Maßnahmen durchgeführt:

- Verstärkte Förderung von Qualifizierungs- / Professionalisierungsmaßnahmen.
- Erhöhung der Beratung und Information.
- Seit 2008: Regelmäßige bundesweite Informationsveranstaltungen.
- 01.03.2010: Die Teilhabe von MO wurde in den Förderrichtlinien verankert.
- Im September 2010 wird ein Modellprojekt des Forums der Migrant*innen und Migrant*innen zur Strukturförderung gefördert.

Das Bundesamt hat in der Folge verstärkt Migrant*innenorganisationen mit der Durchführung gemeinwesenorientierter Projekte beauftragt: Der Anteil der bewilligten Neuanträge von Migrant*innenorganisationen konnte nahezu verdreifacht werden.

II. Programme zur Stärkung der Elternbildung und Erziehungskompetenz

Diese eben dargestellten Bemühungen um eine verstärkte Partizipation von MO betreffen sämtliche Förderschwerpunkte des Bundesamtes. Gemäß des Titels der Tagung werden im Folgenden exemplarisch Fördermöglichkeiten für Projekte mit der Zielgruppe Eltern mit Migrationshintergrund dargestellt, mit denen auch und gerade Migrant*innenorganisationen in der Elternbildung und Stärkung der Erziehungskompetenz aktiv werden können:

1. Projektförderung

Das Bundesamt fördert ergänzend zu den gesetzlichen Integrationsangeboten Projekte zur sozialen

und gesellschaftlichen Eingliederung von jugendlichen und erwachsenen Zuwanderern mit dauerhafter Bleibeperspektive. Förderfähig sind sowohl Maßnahmen für Neuzuwanderer als auch Maßnahmen der nachholenden Integration.

Eine ganz wichtige Zielgruppe der Projektförderung sind immer wieder Eltern mit Migrationshintergrund. So werden für die Zielgruppe Eltern derzeit über 50 Projekte bundesweit mit ca. 2,4 Mio. € gefördert. Daneben lief bis Mitte Juni 2011 ein spezielles Auswahlverfahren, mit Hilfe dessen weitere 53 Projekte mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren gefördert werden können. Inhalte dieser spezifischen Projekte sind insbesondere:

- Informations- und Wissensvermittlung zum Bildungs- und Ausbildungssystem.
- Förderung der Elternmitwirkung in Schulgremien.
- Konkrete Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern mit Migrationshintergrund.
- Der Einsatz und die Qualifizierung sog. „Elternpaten“.

2. Frauenkurse

Frauenkurse sollen in erster Linie ermutigen und motivieren, an weiteren Integrationsangeboten wie Frauenintegrationskursen und Integrationsdiensten teilzunehmen. Zielsetzung ist es, die gesellschaftliche Integration der Frauen zu fördern, ihr Selbstbewusstsein und ihre Ressourcen zu stärken. Die Maßnahmen bestehen aus Elementen eines niedrigschwelligen Sprachförderangebotes, das sich am Alltag und den Lebenssituationen der Frauen orientiert, sowie praktischen Angeboten und lebensweltbezogenen Informationen. Die finanzielle Zuwendung pro Kurs (20 Zeitstunden) beträgt bis zu 550,00€. Die Mindestteilnehmerzahl pro Kurs beträgt 10 Frauen. Insbesondere Migrantenorganisationen nehmen hierbei eine wichtige Multiplikatoren- und Vorbildfunktion für die Teilnehmerinnen ein, da sie über die Nähe zur Zielgruppe (Migrantinnen) verfügen und diese sehr gut erreichen können. Sie werden deshalb bei der Auswahl besonders berücksichtigt.

3. Multiplikatorenschulungen

Das Bundesamt fördert auch so genannte Multiplikatorenschulungen zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen in der Integrationsarbeit. Dies können etwa sein:

- Fortbildung von Ehrenamtlichen in der Elternarbeit.
- Fortbildung des Führungspersonals von Migrantenorganisationen.
- Fortbildung für interkulturelle Lotsen.
- Fortbildung für Mentoren für Kinder im Bereich Bildungsförderung etc.

Zielgruppe sind ausschließlich ehrenamtlich engagierte Menschen. Art und Umfang der Schulungen sind dabei frei wählbar. Auch die Höchstfördersumme ist nicht festgelegt, die Kosten liegen jedoch meist deutlich unter den Kosten für Projekte. Finanziert werden in der Regel Kosten für Referenten, Räumlichkeiten, Unterbringung der Teilnehmenden etc. Multiplikatorenschulungen sind nicht an die Antragsfrist im Rahmen der GWO-Projekte gebunden, jedoch sind die Chancen bei einer zeitlich frühen Beantragung größer.

Impuls 2: Die Förderung der Elternarbeit durch das Land Nordrhein-Westfalen, Agnes Heuvelmann, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW

Ausgangssituation:

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert Migranten-selbstorganisationen seit Mitte der 1990ziger Jahre. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der 1. Pisa-Studie im Jahr 2002 wurde deutlich, dass die gesellschaftlichen Partner bei zukunftsorientierten Überlegungen zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder mit Migrationshintergrund einbezogen wurden. Die Eltern dieser Kinder hatten dabei allerdings kein gesellschaftspolitisches Forum, in dem sie ihre Anliegen äußern konnten. Verschiedene Institutionen in Nordrhein-Westfalen wie die RAA, die Landesarbeitsgemeinschaft der Migrantenvertretungen, Vertreter der Wissenschaft, die Landesstelle Unna-Massen und die Fachberatung MigrantInnen-selbsthilfe nahmen dies zum Anlass, über ein eigenes Netzwerk von Elternorganisationen zugewanderter Eltern nachzudenken. Hieraus entwickelte sich zunächst ein loses Netzwerk solcher Organisationen unter der Schirmherrschaft der Integrationsbeauftragten.

Seit dem Jahr 2007 arbeitet das Netzwerk selbstständig mit einem eigenen gewählten Leitungsgremium, das aus acht Personen unterschiedlicher Herkunft besteht. Der Vorsitzende des Leitungsgremiums, Herr Erol Celik, vertritt das Netzwerk nach Außen. Im Netzwerk sind zwischenzeitlich über 170 Vereine Mitglied, 580 weitere Organisationen, Einzelpersonen und Verbände werden regelmäßig über die Aktivitäten informiert. Frau Heuvelmann richtet die Grüße des Vorsitzenden aus, der aufgrund einer eigenen Veranstaltung in NRW nicht an der Tagung teilnehmen kann. Sie verweist für weitere Informationen auf die Internetseite des Netzwerkes www.elternnetzwerk-nrw.de.

Die neue Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat die Unterstützung des „Elternnetzwerkes NRW – Integration miteinander“ ausdrücklich im Koalitionsvertrag

festgeschrieben. Frau Staatssekretärin Zülfiye Kaykin hat die Schirmherrschaft übernommen. Derzeit unterstützt das Land den weiteren qualitativen und quantitativen Ausbau des Netzwerkes in NRW. Geplant sind:

- Die Überführung der Netzwerkstruktur in eine verbindlichere Form der Dachorganisation.
- Die Einrichtung einer Geschäftsstelle in der Landeshauptstadt mit regelmäßigen Geschäftszeiten.
- Die Unterstützung bei der Wahrnehmung der regulären Aufgaben wie z.B. der Durchführung von Veranstaltungen zu Vorhaben der Landesregierung im Bildungsbereich.
- Die Vorstellung des Netzwerkes in anderen Häusern und die Sicherstellung, dass das Elternnetzwerk zu Vorhaben der Landesregierung angehört wird.
- Die Unterstützung bei der Akquise weiterer Fördermittel.

Erstmalig erhält das Netzwerk seit dem Jahr 2011 eine eigene Förderung in Höhe von 50.000 Euro. Darüber hinaus hat das Land ein eigenes Förderprogramm zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund aufgelegt. Zielsetzung des Programms ist es, Vereine zu unterstützen, die Eltern qualifizieren und sie für ihre Bildungsbeteiligung und ihr gesellschaftliches Engagement stärken. Hierfür stellt das Land jährlich 336.000 Euro zur Verfügung, aktuell werden 37 Projekte gefördert. Aufgrund der großen Nachfrage gibt es Überlegungen, das Programm auszubauen.

Beide Ansätze sind mit den übrigen Ansätzen des Landes im Rahmen der MO-Förderung und der weiteren Integrationsinfrastruktur wie den kommunalen Ansätzen, den Integrationsagenturen und den Regionalen Arbeitsstellen eng vernetzt.

ERGEBNISSE: *Ines Gast*, JugendSozialwerk Nordhausen e.V.

Impuls: Die Förderpolitik des BAMF

Das BAMF hat in seiner Förderpolitik einen Perspektivwechsel vollzogen, hin zu den Potentialen von zugewanderten Menschen und Migrantenorganisationen. Dies zeigt sich in der Ausrichtung seiner Förderpolitik auf eine stärkere Partizipation der Migrantenorganisationen. Mit adäquater Information und Beratung von Migrantenorganisationen sollen ihre Mitglieder zur Wahrnehmung ihrer Teilhabemöglichkeiten motiviert und durch geeignete Schulungsangebote mit den erforderlichen Kompetenzen ausgestattet werden.

Impuls: Die Förderpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Land NRW setzt auf die Einbindung von zugewanderten Menschen in politische Diskussionen. Ihre Belange finden sich insbesondere in den flächendeckend existierenden Integrationskonzepten der Kommunen wieder und werden von den vom Land geförderten Integrationsagenturen vertreten. Analog zur Bundesförderung von gemeinwesenorientierten Projekten werden in NRW eigene kleinere Landesvorhaben gefördert, die auch auf die Verbesserung der Eltern- und Bildungsarbeit zielen. Aktuell werden 37 Projekte mit 336.000 EURO gefördert. Positiv wirkt sich aus, dass 10% des erforderlichen Eigenanteils auch durch ehrenamtliche Leistungen erbracht werden dürfen. Ein aktuell ganz neuer Ansatz ist ein eigener Etat für Elternnetzwerke.

Diskussion:

Die sehr große Gruppe vereinte ein Vielzahl von Personen, die selbst Erfahrungen in der Elternarbeit mit zugewanderten Menschen haben oder die in Organisationen tätig sind, die sich diesem Thema widmen. Dabei reichte die Bandbreite der Zielgruppe von unterschiedlichen monokulturellen bis hin zu multikultureller Ausrichtung. Genau so unterschiedlich sind die Aktivitäten und Ziele der einzelnen Organisationen. So kann man von einem sehr weit gefächerten Erfahrungshintergrund der Teilnehmenden sprechen.

Themen:

- Motivation zur Elternarbeit
- Barrieren für Elternarbeit
- Förderung von Elternarbeit
- Gesellschaftliche Stellung von Elternarbeit

Hindernisse:

Als hinderlich für die nachhaltige Entwicklung von Migrantenorganisationen und Elternarbeit wurden benannt:

- Fehlende Strukturförderung.
- Befristung von Förderungen.
- Existierende Antragsfristen, die flexible Reaktionen auf aktuell auftretende Problemstellungen verhindern.

Gelingensbedingungen:

Als erforderlich für eine gelingende Gestaltung von Elternarbeit wurden benannt:

- Gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung für diese Arbeit auf beiden Seiten.
- Anerkennung vorhandener Bildungsabschlüsse zur Stärkung der Elternposition in der Familie.
- Unterstützung der Elternarbeit von Landes- und Kommunalebene als Verantwortungsträger für Bildung.
- Grundlegendes gegenseitiges Verständnis der Bildungs- und Erziehungspartner.
- Dazu müssen Erwartungen, Möglichkeiten und Grenzen der Partner bekannt sein und berücksichtigt werden. Verantwortliche Personen müssen ihre eigene soziale und kulturelle Identität und Geschichte reflektieren, aktiv zuhören, eigene Ansichten und Methoden hinterfragen und notwendige soziale und Selbstkompetenzen mitbringen.
- Nur gemeinsame Themen und Interessen haben eine Chance auf Umsetzung.
- Pflege vielfältiger Kontakte.
- Priorisierung von Zielen – nicht alles auf einmal wollen!
- Zugewanderte Menschen sind mit der Sicherung des Lebensunterhalts häufig überlastet, es bleibt ihnen wenig Zeit zur Einflussnahme auf die Kinder. Die Erziehung durch Vorbilder im positiven Sinne ist erschwert.
- Die fehlende Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Bildungsabschlüssen führt zu Selbstzweifeln, Resignation und schwierigen Familienverhältnissen. Die Anerkennung von Abschlüssen steigert das Selbstbewusstsein und stärkt die Familien.
- Elternarbeit braucht viel Zeit, darauf muss man sich einstellen. Es gilt, nicht schnelle Erfolge anzustreben, sondern kontinuierlich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aufzubauen.
- Elternarbeit braucht Anerkennung und Wertschätzung (für beide Seiten).
- Interkulturelle Identitäten als Ressourcen wahrnehmen.

Anregungen:

Auf Basis positiver Erfahrungen von Teilnehmenden an der AG wurden folgende Anregungen aufgenommen:

- Elternbeauftragte in jedem Land.
- Revision von Landesgesetzen aus Elternsicht.
- Abschluss von Erziehungsverträgen zwischen Eltern, Lehrer und Schulleiter.
- Verstärkung der Förderung von Elternarbeit durch die Festlegung von Pro-Kopf-Beträgen für Elternseminare.

Auszüge aus der Diskussion:

Eltern sind grundsätzlich motiviert zur Elternarbeit; vielfältige Widerstände stehen dem oft entgegen:

- Unklare eigene Zielstellungen: Zu viel auf einmal wollen, statt sich zunächst auf Wesentliches zu konzentrieren.
- Zu wenige Kenntnisse über die Möglichkeiten.
- Unterschiedliche Erwartungen und Rollenzuschreibungen im Zusammenspiel von Schule und Elternhaus und mangelndes Wissen auf beiden Seiten tragen zur Vorurteilsbildung auf beiden Seiten bei.
- Keine oder unzureichende Vorbereitung der Pädagogen für den Umgang mit zugewanderten Menschen.
- Mangelnde soziale und Selbstkompetenzen: Auf Grund fehlender eigener Erfahrungen kann die Komplexität der Probleme zugewanderter Menschen nicht überblickt werden. Für die Elternarbeit braucht es Menschen mit einem entsprechenden Hintergrund.

Abschließende Thesen:

(1) Basis für eine aktive Elternarbeit sind die Initiativen und die Interessen der Betroffenen. Damit diese in die erfolgreiche Gestaltung von Erziehungs- und Bildungspartnerschaften münden können, braucht es Unterstützung aus Politik und Gesellschaft. Die Voraussetzungen dafür sind in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Auf Bundesebene sollten Anstrengungen unternommen werden, um dieses Gefälle (augenscheinlich hauptsächlich zwischen Ost und West) auszugleichen.

(2) Die Anerkennung und Wertschätzung der Identität, der Kompetenzen und Potentiale von zugewanderten Menschen sollten in der Schaffung von konkreten und nachhaltig angelegten Teilhabestrukturen Ausdruck finden, wie beispielsweise Beauftragte für zugewanderte Eltern auf Landesebene, Erziehungsvereinbarungen, Pro-Kopf-Beiträge für Elternseminare etc.

AG 3: POLITISCHE PARTIZIPATION VON ELTERN- NETZWERKEN MIT EINEM BUNDESVERBAND?

Impuls 1: Integration ist Partizipation: Politische und soziale Partizipation eines Dachverbandes am Beispiel der Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland (FÖTED), Berrin Alpбек, Föderation türkischer Elternvereine

Der immer noch eingeschränkte Zugang der Migranten zu politischen Rechten im engeren Sinne (Wahlrecht) wird zunehmend dadurch ersetzt, dass sich Migranten auf nichtparlamentarischem Weg Gehör verschaffen. Aufbauend auf der Vereinsfreiheit

Arbeitsgruppen 1 - 6: Unterschiedliche Dimensionen der Elternarbeit

organisieren sich immer mehr Migranten in eigenen Interessenverbänden und betreiben gegenüber politischen Entscheidungsträgern Lobbying. Die vor 15 Jahren in Deutschland gegründete FÖTED ist ein typisches Beispiel dafür. Wir setzen uns seit Jahren bundesweit für die Interessen von Eltern und Kindern türkischer Herkunft ein und verstehen uns als Sprachrohr der Eltern mit türkischer Herkunft. Die Verbesserung der Chancen türkischstämmiger Kinder im Erziehungs-, Bildungs- und Berufsbildungsbereich ist unser vorrangiges Ziel.

FÖTED hat sich seit seiner Gründung als verlässlicher Ansprechpartner für die Politik angeboten. Die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wird mittlerweile auch von der Politik wahrgenommen. Zu den daraus resultierenden Konsequenzen gehören u.a. der Integrationsgipfel, der Islamgipfel, sowie die Entwicklung eines bundesweiten Integrationsprogramms des BAMF. Wir waren an diesen Prozessen von Anfang an aktiv beteiligt. Auch unsere Mitgliedsorganisationen beteiligen sich an Runden Tischen, Bündnissen und Netzwerken auf lokaler, regionaler oder auf Länderebene.

Die Dienstleistung von Dachverbänden der Migrantenvereine wie FÖTED können grob unterteilt werden in

- Lobbying,
- Beratung, Auskunft und praktische Hilfeleistungen sowie
- ausführende Tätigkeiten und Projektarbeit.

Wir merken zunehmend, dass aufgrund des breiten Tätigkeitsspektrums deutlich mehr Aufgaben von uns erfüllt werden als ursprünglich vorgesehen. Die zahlreich erbrachten Dienstleistungen wie Elternakademien/Elterntrainings zur Fortbildung, Motivierung und Aktivierung der Eltern sowie Multiplikatoren, Berufsbildungsprojekte, Projekte für Jugendliche sowie die Unterstützung der muttersprachlichen Förderung für Kinder und Jugendliche führen dazu, dass der Dachverband, vor dem Hintergrund der überwiegend ehrenamtlichen Arbeit seines Vorstandes, für das eigentliche Lobbying nur noch in beschränktem Maße Ressourcen übrig hat.

Eine große Herausforderung besteht in der Vernetzung mit politischen Akteuren, um die Verbandsinteressen in parlamentarische Entscheidungsprozesse einzubringen. Die Vertreter der politischen Parteien sind grundsätzlich offen für Kontakte zum Dachverband der Migrantenvereine, jedoch nur wenige Parteien sind gewillt, die spezifischen Anliegen von Eingewanderten auch tatsächlich im politischen Prozess

zu vertreten, weil die Unterstützung der Anliegen der Migranten keine Wahlgewinne verspricht.

Solange Migranten nicht selber mitstimmen und wählen können, wird ein Dachverband als legitimer Repräsentant der Interessen der Migrationsbevölkerung angehört. Dadurch kann er die Anliegen und Perspektiven von Zugewanderten auf die politische Agenda setzen. Solange dem Dachverband aber die Wahlstimmen seiner Mitglieder fehlen, fehlt ihm auch die elementare Ressource in politischen Auseinandersetzungen. Trotzdem ist der Wert der Repräsentation dabei nicht zu unterschätzen: Sie bedeutet, dass die Perspektive von Migranten in politischen und gesellschaftlichen Diskussionen einfließt und verankert wird. Durch die Möglichkeit zum Dialog mit politischen Entscheidungsträgern kann bereits vorhandenes Interesse an der Politik geweckt und das Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft verstärkt werden.

Impuls 2: Durch Zusammenarbeit Gemeinsamkeiten schaffen und emanzipatorisch gemeinsam voranschreiten, Antonio Diaz, Bund spanischer Elternvereine

Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Elternorganisationen besteht schon jetzt, wie z.B. bei der gemeinsamen Stellungnahme des Deutschen Kulturrates und

- dem Bund Spanischer Elternvereine e.V.,
- der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenv Verbände in der Bundesrepublik Deutschland e.V.,
- dem Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V.,
- dem CGil-Bildungswerk e.V.,
- der Deutschen Jugend aus Russland e.V.,
- der Föderation der türkischen Elternvereine in Deutschland e.V.,
- dem Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Wohlfahrtsverband,
- dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.,
- dem Polnischen Sozialrat e.V.

Zum Thema Integration – Dialog statt Ausgrenzung

Der Deutsche Kulturrat formuliert gemeinsam mit Migrantenorganisationen Handlungsempfehlungen für eine gelingende interkulturelle Bildung. Diese beispielhafte Zusammenarbeit besteht regional, bundesweit und lokal. Sie findet durch das gemeinsame Bearbeiten der Themen statt, die auf den gemeinsamen Anliegen, Herausforderungen und Problemen der Communities basieren. Unseren Erfahrungen nach

zum Scheitern verurteilt – angefangen von der Mitnahme der Menschen bis zum gemeinsamen Auftreten – ist es, wenn eine Struktur von oben aufgestülpt wird und an den Bedürfnissen der Menschen und der Organisationen vorbei organisiert wird.

Die Organisationen brauchen von der Politik Rahmenbedingungen und Räume, in denen sie sich auf gleicher Augenhöhe begegnen und gemeinsam an Themen und Herausforderungen arbeiten können. Wir, der Bund Spanischer Elternvereine, formulieren diese Forderung folgendermaßen: „Hauptamt braucht Ehrenamt und Ehrenamt braucht Hauptamt!“ Doch wie sieht die Realität aus? Tatsache ist, dass die Elternvereine eine unbezahlbare Arbeit für die Integration geleistet haben und noch leisten. Sie werden aufgefordert, zu vielen Themen und Anlässen Stellung zu beziehen, an Foren und Kommissionen teilzunehmen und sich zu engagieren. Das Ganze soll auf gleicher Augenhöhe und am besten sofort erfolgen. Doch wie können Dachverbände und Verbände mit teilweise über hundert Mitgliedervereinen dies erfüllen, wenn sie hierfür höchstens ein paar hauptamtliche Mitarbeiter haben, deren Arbeitskraft zum größten Teil an Projekte gebunden ist? Man erkennt zwar die Bedeutung und die Leistung der Elternverbände und möchte die Zusammenarbeit mit Organisationen, Verbänden, Verwaltungen, ohne jedoch zu bedenken, dass besagte Organisationen teilweise für die Vernetzung und Zusammenarbeit mit MO hunderte von Mitarbeitern haben.

Deshalb fordern die Elternverbände, dass sie in die Lage versetzt werden, Strukturen zu schaffen, damit sie ihre anerkannte und notwendige Arbeit realisieren können. Die Politik sollte, wie bereits ausführlich dargestellt, die Rahmenbedingungen schaffen, damit die Elternverbände ihre Zusammenarbeit professionalisieren können. Wenn das geschehen ist, können Migranten gemeinsam emanzipatorisch voranschreiten. Um dies zu verwirklichen, muss die Politik Vertrauen schaffen und Vertrauen haben in die anerkannte integrative Elternarbeit. Dies geschieht erfreulicherweise schon zunehmend, ist oft aber noch sporadisch und wird häufig durch die Tagesaktualität in Frage gestellt. In diesem Sinne kann man nicht hoch genug anrechnen, was der erste Nationale Integrationsplan geschaffen hat. Doch wenn man sich die Praxis anschaut, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der NIP noch nicht überall angekommen ist.

Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit anderen Elternverbänden fortsetzen, ausbreiten und verbreiten, wir wollen die Themen der Zusammenarbeit selber bestimmen und wir wollen, dass man uns Strukturen zur Verfügung stellt, damit wir uns gemeinsam den Heraus-

forderungen einer Gesellschaft, gekennzeichnet durch Diversität und Interkulturalität, stellen können. Vertrauen in die Elternverbände bezüglich ihrer Fähigkeiten, sich Herausforderungen zu stellen und Probleme zu lösen, ist zwingend notwendig für ein positives Fortschreiten der Integration. Eine aufgestülpte Struktur, in der die Verbände und ihre Menschen nicht mitgenommen werden, zerstört das Vertrauen auf allen Seiten. Die Elternverbände wollen und müssen bestimmen, wann und wie sie zusammenarbeiten und was sie dafür brauchen, damit der Prozess von Erfolg gekrönt ist. Nach 50 Jahren Gastarbeiter-Migration, ist es nun an der Zeit, dass die Migrantenverbände in die Volljährigkeit entlassen werden. Wir, der Bund der spanischen Elternvereine, arbeiten bereits mit anderen Elternverbänden zusammen. Wir werden diese Zusammenarbeit weiterhin vertiefen oder bei neuen Themen und Herausforderungen die Zusammenarbeit neu aufbauen. Doch wir bestimmen, wie wir zusammen arbeiten und wie wir uns politisch positionieren. In diesem Sinne, lassen Sie uns gemeinsam schauen, wie wir, Migranten und Nicht-Migranten, zum Wohl der Gemeinschaft voranschreiten können.

ERGEBNISSE: *Dr. Karamba Diaby*, Leiter des Projektes EFI der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle Saalekreis e.V.

Fragen

- Welche gemeinsamen Ziele bzw. Absichten sind zwischen den einzelnen Elternverbänden vorhanden?
- Welche Möglichkeiten können genutzt werden, die Umsetzung der gemeinsamen Ziele mit vereinten Kräften zu realisieren?
- Mit welchen Mitteln bzw. über welche Instanzen kann die Politik erreicht werden, um eine politische Partizipation überhaupt zu ermöglichen?
- Wie kann man Grundlagen zur gemeinsamen Nutzung der Ressourcen zwischen den kooperierenden Elternvereinen bilden?
- Welche Werkzeuge sind bereits vorhanden, um theoretische Lösungsansätze in die Tat umzusetzen?
- Wie können Brücken aufgebaut werden, um Gemeinsamkeiten, Ressourcen/Synergien durch Zusammenarbeit zu stärken?

Fakten und Anregungen

- Ziele sind an den jeweiligen Problemstellen vor Ort zu entwickeln. Das Erkennen von gleichen Problemen und Lösungsversuchen ist wichtig. Ein Mitwirken der Akteure in den einzelnen Elternvereinen ist unumgänglich, da die Betroffenen die Problemstellung am eindeutigsten kennen und oft bereits Lösungsansätze vorhanden sind. Die

Bereitschaft, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten und sie umzusetzen, ist von Nöten.

- Ein Gefühl von „Gemeinschaft“ zwischen den einzelnen Elternvereinen muss geschaffen werden. Bei einem Zusammenschluss der Elternvereine muss der Fokus im Hinblick auf die vorhandenen Ressourcen mehr in Richtung Gemeinschaft ausgerichtet werden. Ein solidarisches Denken zwischen den Vereinen muss geschaffen und gefördert werden. Die Schaffung von Strukturen zwischen den einzelnen Vereinen ist für die Kooperation essentiell. Strukturen müssen geschaffen werden, um zusammenarbeiten zu können, sich also wechselseitig vertrauen zu können.
- Die Netzwerktätigkeit zur politischen Interessenvertretung ist von höchster Bedeutung (z.B. gegen das Muttersprachenverbot auf Schulhöfen). Daher ist der Professionalisierungsgrad ausbaufähig. Obwohl die Erkenntnisse vorhanden sind, fehlen die Werkzeuge zur Umsetzung durch das Schaffen von Räumen.
- Die Präsenz kann nicht immer gewährleistet werden. Die Politik bekommt die Interessen der MO mit, aber Medien und Öffentlichkeit sind noch nicht ausreichend sensibilisiert und erfahren von den Anliegen nur am Rande.
- Das Ehrenamt muss einen hohen Stellenwert erlangen. Das Ehrenamt ist allerdings nur unter der Voraussetzung eines Hauptamtes zu leisten. Es gibt Menschen, die sich in die Gesellschaft einbringen wollen. Diesen sollten die Möglichkeiten und Räume zur Verfügung gestellt und die Gelegenheit geboten werden, ihr Engagement einzubringen. Dabei bestimmen Eltern die Themen und die Zielformulierung.
- Die Integration entscheidet sich lokal vor Ort. Der Schwerpunkt liegt bei der Vernetzung. Hierbei setzt die Politik Akzente. Es geht um die Bewusstmachung der eigenen Interessen im interkulturellen Kontext.

Stolpersteine:

- Potenziell existierende Schwierigkeiten bestehen darin, nicht überall dabei sein zu können. Es besteht keine Bereitschaft, Gemeinsamkeiten herauszufinden oder zu schaffen. Akteure sollten in der Lage sein, Gemeinsamkeiten definieren zu können.
- Die Förderung eines Systems oder von Strukturen dient als Absicherung, um Interessen vor Ort aber auch als Dachverband zu verwirklichen.
- Es besteht ein hoher Anspruch an Vernetzungsstrukturen. Der Konsens ist notwendig, dennoch ist die Eigenständigkeit der Gruppen gefordert.
- Es entstehen immer mehr Kürzungen im Bereich der Bildung und es sind fehlende Strukturen in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Instanzen zu verzeichnen. Es kann angenommen

werden, dass solche Mittel gewisse Arbeitsplätze schaffen. Lehrermangel ist beispielsweise als Stolperstein anzusehen.

- Stolpersteine werfen die Frage auf, wo soll die Wichtigkeit angesetzt werden? Lobbyarbeit? Es fehlen Strukturen für die Umsetzung der „theoretischen Lösungen“.

These und Fazit:

- Seit dem Integrationsgipfel 2006 besteht ein direkter Zugang zur Politik auf lokaler oder Landesebene. Die Notwendigkeit wurde erkannt, man fängt an, zusammen zu arbeiten.
- Möglichkeiten und Konzepte zur Motivation müssen geschaffen werden. Jugendliche müssen eine Möglichkeit zur „Sinnfindung“ geboten bekommen.
- Was kann getan werden, um einen Beitrag für Elternvereine zu leisten?
 - Motivationsarbeit
 - Empowerment/Selbstbefähigung/Selbststärkung der Einzelnen
 - Einsetzen für die eigenen Rechte
 - Diskussionsrunden schaffen.
- Meilensteine sind manchmal notwendig:
 - Menschen müssen mitgenommen werden.
 - Vertrauen muss geschaffen werden, dann kann mehr verlangt werden.
 - Menschen dort abholen, wo sie stehen, denn die Integration wird dort entschieden, wo die Menschen stehen.
- Es sollte nicht nur der finanzielle Aspekt vordergründig sein. Wir sollten uns nicht nur auf die Finanzierung von Dachverbänden verlassen, um die Zielgruppe nicht aus den Augen zu verlieren. Daher sollten wir nicht über Stolpersteine, sondern über Zielgruppen sprechen, um Synergiebildungen zu fördern und Entfaltungsräume zu bieten.

AG 4: WELCHE ANFORDERUNGEN STELLT EINE INTERKULTURELLE ELTERNARBEIT AN DIE SCHULEN?

Impuls 1: Interkulturelle Elternarbeit in der Schule, *Anja Treichel*, Geschäftsführerin des Verband binationaler Familien und Partnerschaften

Was hat der Verband binationaler Familien und Partnerschaften mit dem Thema zu tun?

Der Verband arbeitet als unabhängiger, nichtkonfessioneller und bundesweiter interkultureller Familienverband seit 1972. Eines der aktuellen Themen ist das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft.

In diesem Rahmen verstehen sich aktuelle Angebote, wie z.B. Projekte zur Elternarbeit, afrodeutsche Gruppen, Väterprojekte, aber auch unser vielfältiges Beratungsangebot (psychologische Beratung, rechtliche Beratung, Paarberatung, Beratung zu Mehrsprachigkeit). Die Geschäftsstelle in Leipzig ist die Einzige in den östlichen Bundesländern.

Aufgaben der Elternarbeit (nach Prof. Sacher):

Elternarbeit umfasst folgende Punkte: Informationsaustausch zwischen Schule und Elternhaus, Lern- und Erziehungskooperation, Elternbildung und Elterntraining, Hilfe der Eltern für die Schule, Elternmitbestimmung und Kooperation mit externen Partner/innen. Daraus geht hervor, dass Elternarbeit mehr umfassen sollte, als einen bloßen Informationsfluss zu organisatorischen Aspekten oder Lernfragen zu einzelnen Schüler/innen und den Transport schulischer Infos an die Eltern.

Voraussetzungen für eine erfolgreiche interkulturelle Elternarbeit:

Da interkulturelle Elternarbeit nur unter günstigen Rahmenbedingungen erfolgreich sein kann, sollen diese kurz erwähnt werden:

- Interkulturelle Öffnung des Bildungssystems und der Schulen.
- Anerkennung von heterogenen Lerngruppen.
- Auseinandersetzung mit den Themen Diskriminierung, Rassismus und vorurteilsbewusste Erziehung.
- Die Fiktion einer einsprachigen Schülerschaft sollte aufgegeben werden.
- Zur Verbesserung und Reform des gesamten Bildungssystems bedarf es der Abschaffung der frühen Selektion.

Konkrete Maßnahmen:

Um interkulturelle Elternarbeit erfolgreich zu gestalten, sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Einstellung von Lehrer/innen mit Migrationshintergrund.
- Anerkennung von Mehrsprachigkeit als Ressource.
- Mehrsprachigkeit sollte sichtbar gemacht werden, z.B. durch eine Beschilderung!
- Lehrer/innenfortbildungen.
- Vermeidung kultureller Zuschreibungen.
- Interkulturelle Kompetenz bei Lehrer/innen trainieren.
- Vielfalt als Alltagsphänomen anerkennen.
- Sprachförderkonzept/ Literacy.
- Heterogene Lerngruppen als Ausgangssituation anerkennen.
- Didaktische Konzepte in allen Fächern adaptieren.

- Ressourcenorientierung.
- Empowerment-Konzepte.
- Widerspiegelung der Diversität in Materialien und Ausstattung.
- Dolmetscher/innen für Elterngespräche, keine Kinder!
- Aushänge, Infoblätter, Einladungen mehrsprachig gestalten.
- Korrekte Aussprache der Namen erfragen und üben.
- Interkulturelles Lernen, Deutsch als Zweitsprache.
- Zusammenarbeit mit Elternvereinen.
- Lernpatenschaften – externe Projekte, z.B. Nachhilfe durch Studierende.
- Sprachstandserhebungen in allen Sprachen eines Kindes.

Direkte Kontaktsituationen zwischen Eltern und Lehrer/innen:

Direkte Kontakte können immer genutzt werden, um die Beziehung zwischen Eltern und Lehrer/innen zu verbessern. Obwohl in Schulen die Kontaktdichte geringer ist als z.B. in Kitas, gibt es doch einige Anlässe, zu denen Eltern und Lehrer/innen zusammenkommen können:

- Anmeldung.
- Aufnahmegespräch.
- Schriftliche Informationen und Mitteilungen.
- Tür-und-Angel-Gespräche.
- Elternabende, Elterngespräche.
- Aufsuchende Elternarbeit – Hausbesuche als Möglichkeit?

Best Practice:

Einige Projekte sind bereits erfolgreich verlaufen und können als Modelle für weitere Projekte herangezogen werden:

- Rucksackprojekte: <http://www.integrationcentral.de/Projekte/RucksackGrundschule.aspx>
- FörMig - Programm der Bund-Länder-Kommission: <http://www.blk-foermig.uni-hamburg.de/>
- Einsatz von Sprach- und Kulturmittler/innen: http://www.gesundheitberlin.de/download/09-02-11_Flyer_Schule_Kita_Web.pdf
- Elterncafé: http://www.landwirtschaft-mlr.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/show/1251904_11

Impuls 2, Dr. Mehmet Alpbeek, Föderation türkischer Elternvereine

Ausgangslage: Das Bildungssystem

Nationale und internationale Studien haben eine Diskussion über den Stand und die Zukunft des deutschen

Arbeitsgruppen 1 - 6: Unterschiedliche Dimensionen der Elternarbeit

Schul- und Bildungssystem in Gang gesetzt, u.a. hinsichtlich der Situation von Schüler/innen aus sozial schwachen Familien und der Situation von Schüler/innen mit Migrationshintergrund. Dass das deutsche Schulsystem reformbedürftig ist, wird nicht mehr abgestritten. Das dreigliedrige System ist nicht mehr leistungsfähig, das Schulsystem ist immer noch weitgehend einsprachig und monokulturell ausgerichtet. Gleichzeitig kann der „Reformprozess“, der in den Bundesländern begonnen hat, als ein „Lichtblick“ gesehen werden.

Ausgangslage: Die Eltern

Im Zuge der neuen Entwicklungen werden die Eltern wieder stärker als Partner angefragt und ihre Verantwortung für die schulische Bildung der Kinder wird hervorgehoben. Auch sind ihre Mitwirkungsrechte im Bildungsbereich teilweise gestiegen. Gleichzeitig ist für viele Eltern das Bildungssystem, insbesondere die schulische Bildung, komplex und nicht überschaubar. Hierdurch sind die Eltern zum Teil überfordert und verunsichert. Eltern mit Migrationshintergrund stehen sehr oft vor noch größeren Herausforderungen: Hierzu zählen das oben aufgeführte komplexe Bildungssystem, Kommunikationsprobleme, angenommene oder tatsächliche Diskriminierung im Bildungswesen.

Sichtweise Schule und Eltern

Eine häufige Beobachtung ist, dass die „Schule“ bestimmte Eltern nicht mehr erreicht. Folgende Aussagen sind mittlerweile verallgemeinerbar: „Die Migranteltern kommen nicht, sie beteiligen sich nicht“. Solche Aussagen werden häufig auch über Eltern aus sozial schwachen Verhältnissen gemacht. Auf der anderen Seite ist (öfter) seitens Eltern mit Migrationshintergrund zu hören, dass sie sich nicht eingeladen fühlen, in der Schule mitzuwirken. Gleichzeitig schätzen viele auch ihre eigenen Fähigkeiten zu gering ein, z.B. zu geringe Sprachkenntnisse, wenig Wissen über das Schulrecht und über ihre Rechte und Pflichten als Eltern.

Was tun?

Um „nachhaltige“ Lösungen zu erzielen, müssen unterschiedliche Angebote und begleitende Maßnahmen entwickelt werden. Diese können sein:

- Die Weiterbildung der Eltern durch Fortbildungen, Seminare zu Elternrechten und Pflichten, zur Funktion der Schulgremien und den Mitwirkungsmöglichkeiten, z.B. der Elternvertretung.
- Die aktive Unterstützung der ehrenamtlich und freiwillig engagierten Eltern durch die Schule, und durch das Schaffen einer Infrastruktur.

- Die hauptamtliche Unterstützung für die Eltern durch Eltern- und Bildungslotsen.
- Die Öffnung der Schulen für externe Partner, auch für Migrantenorganisationen und Elternvereine.
- Mehrsprachigkeit sollte als Ressource begriffen und in der Bildungsarbeit eingesetzt werden. Bei Bedarf auch bei der Elternfortbildung.

Gleichzeitig muss es auf der Aus-, Fort-, und Weiterbildungsebene Veränderungen geben:

- Anpassung der pädagogischen Ausbildung und des Studiums an die gesellschaftlichen Veränderungen. Interkulturelle Erziehung, Bildung und Diversitykompetenz sollten sich als Querschnittsthemen durch Ausbildung und Studium ziehen.
- Kultursensible, diverse Elternarbeit sollte als Kernaufgabe der Schule verstanden und verankert werden.
- Es sollten mehr Lehrer/innen und Sozialpädagog/innen mit Migrationshintergrund ausgebildet und eingestellt werden.

Am wichtigsten ist es, an den Gemeinsamkeiten anzusetzen! Das gemeinsame Ziel ist das Erreichen von bestmöglichen individuellen Schul-/Bildungsabschlüssen für die Kinder!

ERGEBNISSE: *Mamad Mohamad*, Landesorganisation der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt

Nach der Begrüßung und Vorstellung von Frau Treichel und Herrn Dr. Alpbek hat der Moderator die Leitfrage der Arbeitsgruppe vorgestellt: „Wo sehen Sie Ressourcen und Potentiale, an welchen Punkten zeichnen sich Hindernisse ab?“ Nach den Impulsreferaten diskutierten die AG-Teilnehmer/innen über folgende Fragen: „Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Migrantenorganisationen?“ „Wie können die Ressourcen von MO in der Schule genutzt werden?“ Die Betonung lag darauf, dass die interkulturelle Elternarbeit in Schulen ein langjähriger Prozess ist und ein hohes Maß an Grundvertrauen zwischen den Partnern voraussetzt. Eine interkulturell sensible Elternarbeit ist ein wichtiger Grundstein für die Elternarbeit in Schulen. Dieses Ergebnis haben alle Teilnehmer/innen aus ihren Erfahrungen bestätigt. Eine weitere wichtige Frage war die Folgende: „Brauchen wir keine Elternarbeit mehr, wenn wir ein anderes Schulsystem in Deutschland haben?“ Nicht zuletzt, weil auch Vertreter/innen des Schul- und Kulturministeriums in der Gruppe waren, wurde diese Frage ausführlich und emotional diskutiert. Wir kamen zu dem Ergebnis, dass auch andere Schulsysteme die

Elternarbeit nicht ersetzen könnten. Als weiteres Ergebnis konnte festgehalten werden, dass die Anforderungen an die Schulen nur durch und mit der Unterstützung von außerschulischen Partnern wie zum Beispiel Migrantenorganisationen geleistet werden können.

AG 5: ELTERNARBEIT MIT FLÜCHTLINGEN: ERFAHRUNGEN AUS MECKLENBURG-VORPOM- MERN UND BERLIN/BRANDENBURG

Impuls 1, Maxime Sanvi Sodji, Ökohaus e.V. Rostock

Mein Name ist Maxime Sanvi Sodji. Ich stamme ursprünglich aus Togo und bin seit 2001 als Sozialbetreuer beim Ökohaus Rostock e.V. eingestellt. Ich bin als Vertreter des Migrationsteams des Ökohaus e.V. eingeladen, um unsere Erfahrungen als Betreiber der Gemeinschaftsunterkunft (GU) für Asylsuchende in Mecklenburg-Vorpommern in diese Fachtagung einbringen zu können.

Wir bedanken uns sehr für die Einladung zu dieser Fachtagung. Zunächst möchten wir uns kurz vorstellen: Das Ökohaus Rostock e.V. ist ein Ergebnis der Wendezeit. Engagierte Leute, die sich aktiv in die Gestaltung demokratischer und solidarischer Gesellschaftsstrukturen einbringen wollten, haben 1990 den gemeinnützigen Verein gegründet. Entsprechend wird der Vereinszweck auch noch immer beschrieben: Förderung von Bildung und Erziehung mit dem Ziel, die Mitmenschen zu einem ökologischen, sozialen, solidarischen und basisdemokratischen Bewusstsein zu ermutigen und zu befähigen. Mit dem Kauf der Ökovilla im Stadtzentrum Rostocks und der Bereitstellung seiner Infrastruktur stellt das Ökohaus Rostock e.V. seit 1995 auch ein Dach für andere Projekte und Initiativen zur Verfügung, die die Ziele und Ideale des Vereins teilen.

Wir betreuen die einzige Gemeinschaftsunterkunft (GU) in Rostock. Die kommunale GU in Rostock hat eine Kapazität von 285 Plätzen. Derzeit leben hier 218 Personen, davon sind 27 Familien mit oder ohne Kinder. Die Bewohner/innen kommen aus 8 verschiedenen Herkunftsländern und leben zumeist schon viele Jahre hier. Wir haben zwei Personen, die jetzt bereits über 10 Jahre in der GU Rostock wohnen.

Grundsätzlich sind Asylbewerber/innen von staatlichen Integrationskonzepten ausgeschlossen. Sie haben keinen Anspruch auf Sprachförderung oder -kurse. Neben Sprachproblemen gibt es auch kulturelle und/oder persönliche Besonderheiten. Elternarbeit,

das ist für uns die Arbeit von Eltern für ihre Kinder, ihre Erziehung und Versorgung, die Organisation des Familienlebens, aber auch die Mitwirkung der Eltern in der Kindertagesstätte, der Schule oder anderen Einrichtungen, die an der Erziehung und Ausbildung der Kinder beteiligt sind, stellt sich häufig als sehr schwer oder sogar unmöglich dar. Wir versuchen den Eltern durch Beratungsangebote Wege zu offerieren, wie sie ihre Elternarbeit wahrnehmen können. Es wird erklärt, was Elternarbeit bedeuten kann und welche Unterstützungsmöglichkeiten sich bieten. In Rostock haben sich ein paar engagierte Menschen unter dem Namen „Satower Gruppe“ zusammen gefunden und kümmern sich in Absprache mit uns sehr intensiv um die Bewohner/innen. Sie organisieren z.B. Deutschkurse für die Eltern, bieten fachkundige Hilfe für die Kinder während der Hausaufgabenzeit, realisieren Kurse für Frauen mit kleinen Babys und unterstützen darüber hinaus die Asylbewerber/innen und Geduldeten durch Begleitungen und Dolmetschen.

Hier sprechen wir über eine Zielgruppe, die in der Mehrzahl in den ersten Jahren in ihrer neuen Umgebung nie die Möglichkeiten gehabt hat, ihre Aufgaben als Eltern zu lernen, die aber in der Regel viele Jahre hier leben oder nicht selten nach Jahren ihr Aufenthaltsrecht erhalten. In diesen Jahren erlernen die Kinder durch Besuche in den Bildungsstätten die deutsche Sprache wesentlich schneller als die Eltern und fungieren in ihren Familien als Übersetzer/innen. Den Eltern und Kindern gehen diese Jahre der Unterstützung verloren.

Impuls 2: Dipl. Pol. Peter Sorie Mansaray, Rat Afrikanischer Christen in Berlin und Brandenburg e. V.

In Deutschland leben fast 300 000 Afrikanerinnen und Afrikaner. Dies ist ein Anteil von 12 % der Migrantenpopulation. Nach Zahlen aus dem World-Factbook sind 63% der in Deutschland lebenden Afrikanerinnen und Afrikaner Christen, 16% Muslime und 21% Anhängerinnen und Anhänger afrikanischer Religionen. Insgesamt leben z. Zt. ca. 17.000 Afrikaner in Berlin, wo viele von ihnen hier durch das sozio-politische Netz fallen. Die meisten sind orientierungslos und wissen nicht, wie sie mit der deutschen Gesellschaft zurechtkommen können. Sie organisieren sich in Gruppen und Kirchengemeinden, wo sie Zuflucht und Geborgenheit finden können. Die Gemeinden sind nicht nur ihre spirituelle Heimat, sondern auch ihre sozialen Kontaktpunkte.

Der Rat Afrikanischer Christen in Berlin und Brandenburg wurde im Jahr 2005 gegründet. Er ist ein Zusammenschluss der in Berlin und Brandenburg

tätigen afrikanischen Christen, afrikanischen Kirchengemeinden, kirchlichen Gemeinschaften und Missionen. Der RACiBB hat sich zur Aufgabe gemacht, die afrikanischen Christen und Gemeinden in Berlin und Brandenburg zu vernetzen und die Interessen und Belange dieser Gruppen in der deutschen Gesellschaft zu vertreten. Der RACiBB koordiniert die Vielfalt in der Einheit und betreibt eine Anlaufstelle für Integrationshilfe, Seelsorge und soziale Beratung für bedürftige Menschen afrikanischer Herkunft. Der Rat steht afrikanischen Familien Ratgebend zur Seite, wenn Generations- und Kulturkonflikte auftreten. Die Arbeit mit und für Flüchtlinge ist ein wichtiger Bestandteil unserer Aufgaben.

Flüchtlingsarbeit bleibt einer unserer Schwerpunkte:

Die Lebenssituation der Asylsuchenden in Deutschland ist aufgrund der Isolation der Asylbewerber und der desolaten Zustände in den Heimen als sehr schwierig anzusehen. Das Flüchtlingsthema wird in Deutschland immer noch als Randthema behandelt und es fehlt an Lobbyarbeit. Sogar der Integrationsplan schließt Flüchtlinge kategorisch aus. Es wurde bemängelt, dass die Integration dieser Menschen nicht wirklich gewollt sei. Grundsätzlich haben Flüchtlinge kein Recht auf Integrationskurse, was dazu führt, dass es ihnen sehr oft an ausreichenden Sprachkenntnissen sowie einem Wissen in Gesellschaftskunde fehlt, um hierzulande in Netzwerken effektiv mitarbeiten zu können. Wegen der schlechten institutionellen Rahmenbedingungen ist die Selbstorganisation von Flüchtlingen nahezu unmöglich. Auch wenn sie organisiert sind, werden Flüchtlinge als Menschen zweiter Klasse behandelt. Die Integration von Flüchtlingen ist durch die fehlenden Kenntnisse der deutschen Sprache erschwert. Die meisten Flüchtlinge haben keine Perspektive in Deutschland und sind nicht motiviert, sich zu organisieren oder mit anderen MO zu vernetzen.

Elternarbeit, die Arbeit von Eltern für Eltern, ist durch den unsicheren Aufenthaltsstatus und fehlende Perspektiven der Flüchtlinge in Deutschland sehr erschwert. Trotz der sehr schwierigen Situation der Flüchtlinge hat sich der RACiBB seit seiner Gründung aktiv um die Belange der Flüchtlinge gekümmert. Der RACiBB hat seit seiner Gründung praktische Hilfen, z.B. Beratungsangebote, die Vermittlung an andere soziale Einrichtungen, einen Begleitservice in die Schulen und Hausaufgabenhilfe für Flüchtlinge angeboten.

Aus der Erfahrung der Elternarbeit des RACiBB kann Folgendes festgestellt werden:

- Elternarbeit kann nicht bei unsicherem Aufenthalt und Perspektivlosigkeit stattfinden. Die meisten Flüchtlingseltern sind über längere Zeit ohne sicheren Aufenthalt, was dazu führt, dass sie nicht für eine Zukunft in Deutschland planen können.
- Da Flüchtlinge meistens keinen Zugang zu Sprachkursen haben, fehlt es an ausreichenden Sprachkenntnissen, um sich produktiv in die deutsche Gesellschaft einbringen zu können.
- Die Situation der Flüchtlinge wird durch den Generationskonflikt innerhalb der Familien erschwert. Besonders die Kinder und Jugendlichen leiden unter der Tatsache, dass ihre Nöte und Sorgen nicht ernst genommen werden. Es sollten Möglichkeiten geschaffen werden, im Rahmen derer ein Austausch zwischen der ersten und zweiten Generation stattfinden kann. Der RACiBB hat mit einigen Partnern in Berlin eine Tagung veranstaltet, bei der ein solcher Austausch stattfand.
- Bildung ist ein wichtiges Instrument zur Integration. Nach unserer Erfahrung wird die Bedeutung guter Bildungschancen für ihre Kinder von den Flüchtlingseltern als sehr wichtig eingeschätzt. Viele Eltern wollen, dass ihre Kinder in Deutschland eine gute Bildung genießen, da ohne Bildung keine Integration und aktive Partizipation in der Gesellschaft stattfinden kann.

ERGEBNISSE: Marissa Turac, AG 5 des BBE

Die Impulsreferate von Maxim Sanvi Sodji, Vertreter des Ökohaus e.V. Rostock, und Peter Mansaray vom Rat afrikanischer Christen Berlin/Brandenburg gaben den Teilnehmenden einen Überblick über Chancen und Grenzen der Elternarbeit mit Flüchtlingen. Herr Sodji erläuterte anhand seiner Vereins- und Arbeitspraxis als Flüchtlingsberater die rechtliche Situation von Asylbewerber/innen und lieferte einen Einblick in die Lebens- und Alltagswelt von Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Mecklenburg-Vorpommern. Er verwies darauf, dass der Schwerpunkt seiner Tätigkeit in der Sozial- und Rechtsberatung liegt. Peter Mansaray berichtete von der inhaltlichen Arbeit des Rates afrikanischer Christen in Berlin/Brandenburg und stellte anhand dessen die Potenziale für eine effektive Elternarbeit mit Flüchtlingen dar. Er schilderte, wie der Rat afrikanischer Christen seinen Mitgliedern als Plattform für Austausch, Begegnung und gesellschaftspolitische Orientierung dient und somit zur Stärkung der Identität der afrikanischen Christen in Berlin/Brandenburg beiträgt.

Einige waren sich Referenten und Teilnehmende über die schwierige rechtliche und soziale Situation von Asylbewerber/innen. In der Diskussion hat die

Arbeitsgruppe folgende Aspekte als Hürden identifiziert, die einer erfolgreichen Elternarbeit mit Flüchtlingen entgegenstehen:

- Sprachliche Barrieren: Mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus besteht kein Anspruch auf Integrationskurse. Dieses Manko verstärkt häufig die soziale Isolation von Asylbewerbern und verhindert zumindest eine sprachliche Integration. Besonders schwerwiegend ist diese sprachliche Barriere für die psychosoziale Beratung von Flüchtlingen. Sie sind selten in der Lage, ihrem Leiden sprachlich Ausdruck zu verleihen, dadurch stoßen die Therapeuten häufig an ihre Grenzen. Der rechtliche Ausschluss von Asylbewerber/innen vom Arbeitsmarkt beeinträchtigt deren psychische Verfassung meist zusätzlich negativ.
- Psychische Belastung und Überlastung: Kettenuldungen sowie damit verbundene unsichere und fehlende Zukunftsperspektiven verstärken die Ängste der häufig bereits durch Flucht und Vertreibung traumatisierten Menschen. Häufig sind Asylbewerber/innen mit ihrer psychischen, sozialen und rechtlichen Situation derart überfordert, dass kaum Raum für die schulischen und sozialen Belange ihrer Kinder bleibt. Häufig fehlt ihnen die Kraft, ihre Kinder in schulischen Angelegenheiten zu begleiten und zu unterstützen, die dann auf sich allein gestellt sind.
- Divergierende Erziehungssysteme: Der in Deutschland übliche liberale, auf Aufklärung und Individualität ausgerichtete Erziehungsstil steht im Gegensatz zu patriarchalischen oder starren Erziehungsmethoden. Das führt häufig zu Konflikten zwischen Eltern und Kindern.
- Informationsdefizite über das deutsche Bildungssystem: Die meisten Asylbewerber/innen haben wenig Kenntnisse über das deutsche Bildungssystem und die rechtlichen Mitwirkungsmöglichkeiten für Eltern. Hier besteht noch großer Informations- und Aufklärungsbedarf, den Flüchtlings- und Sozialberater/innen allein kaum leisten können.
- Diskriminierung und Identitätsverlust: Aufgrund ihres rechtlichen und sozialen Status, ihrer Herkunft und/oder Hautfarbe sind Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit ungesichertem Aufenthaltsstatus häufiger von Diskriminierung betroffen als andere Migrantengruppen. Diese Erfahrungen können Asylbewerber/innen in ihrem Selbstwert stark beeinträchtigen. Diese Faktoren tragen dazu bei, dass die Erwachsenen Gefahr laufen, ihre Vorbildfunktion als Eltern zu verlieren. Bei Kindern und Jugendlichen können solche Prozesse zu einer Identitätsdiffusion oder einem Identitätsverlust führen. Dieser Umstand kann

durch den Generationenkonflikt verstärkt werden und führt dann zu Konflikten. Hier besteht Bedarf für eine kultursensible, vermittelnde Elternarbeit.

- Der Rat afrikanischer Christen Berlin/Brandenburg greift diesen Bedarf durch entsprechende Bildungs-, Beratungs- und Tagungsangebote auf.
- Langjähriger, rechtlich ungesicherter Aufenthaltsstatus und verschenkte Potenziale: Der langjährige, ungesicherte Aufenthalt von Flüchtlingen hat dazu geführt, dass Kinder und Jugendliche in der zweiten und in Teilen in der dritten Generation keinen festen Aufenthalt besitzen. Aufgrund dessen haben sie nach Beendigung ihrer Schulzeit keinen Anspruch auf eine duale oder universitäre Ausbildung. Somit bleiben die Potenziale der jungen Generation ungenutzt und werden Schicksale von jungen Menschen und jungen Flüchtlingsfamilien zerstört.
- Leben in der Anonymität: Auf die spezifische Situation von illegal in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen kann hier leider nicht eingehend eingegangen werden. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass sie aufgrund ihres illegalen Status von jeglichen sozialen Leistungen ausgeschlossen sind und in ständiger Angst vor Entdeckung und Abschiebung leben.

Trotz der schwierigen rechtlichen und sozialen Situation von Flüchtlingsfamilien hat die Arbeitsgruppe positive Impulse für eine effektive Elternarbeit mit Flüchtlingen herausgearbeitet:

- Entlastung der Eltern durch pädagogische Hilfs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche, durch pädagogische Freizeit- und Bildungsangebote in Beratungseinrichtungen, in Migrantenorganisationen und in den Einrichtungen der Wohlfahrts- und Jugendarbeit.
- Unterstützung und Beratung der Eltern bei der Strukturierung des Tagesablaufs ihrer Kinder, der Einhaltung von festen Mahlzeiten, festen Zeiten für Hausaufgaben, für Freizeitaktivitäten, Medienkonsum und Schlafzeiten.
- Beratung und Information der Eltern über das deutsche Bildungssystem, Begleitung und Unterstützung bei der Kontaktaufnahme mit Schulen und Vermittlung bei Gesprächen mit Lehrpersonal, Vernetzung von Flüchtlingsfamilien mit Elternvereinen und/oder Migrantenorganisationen.
- Einbindung der Eltern bei freizeitpädagogischen und schulischen Aktivitäten.

Einbindung von ehrenamtlichen Kräften

Zur Umsetzung der genannten Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und Er-

wachsene arbeiten die Anbieterorganisationen aktiv mit ehrenamtlichen Kräften. So auch das Ökohaus e.V. Rostock, das für die Rechts- und Sozialberatung Anwälte und Universitätsprofessoren als ehrenamtliche Kräfte gewonnen hat. In der Flüchtlingsberatung der Caritas Mülheim/Ruhr engagieren sich Ehrenamtliche Menschen in der Hausaufgabenbetreuung oder in der Umsetzung von Sprach- und Alphabetisierungskursen für Asylbewerber. Die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingsarbeit wurde als sehr hoch eingeschätzt, weil es zur sozialen Integration beiträgt und die Isolation unterbricht. Ehrenamtliche benötigen jedoch Unterstützung und Begleitung durch hauptamtliche Mitarbeiter/innen. Zudem ist bei all diesen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Familien ein vertrauensvoller, empathischer und kontinuierlicher Dialog zwischen den Akteuren von Bedeutung.

Rolle und Bedeutung von Migrantenorganisationen für Flüchtlinge

Am Beispiel des Rates Afrikanischer Christen wird deutlich, wie Migrantenorganisationen die soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe ihrer Mitglieder fördern und unterstützen können. Durch die Organisation von Fachtagungen trägt der Rat der Afrikanischen Christen dazu bei, Familien und Einzelpersonen eine Plattform zum Austausch und zur Begegnung zu ermöglichen.

Strikte Gesetzgebung und positive Beispiele aus den europäischen Nachbarländern

In Zeiten der Globalisierung und einer zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft werden Sprachkompetenzen und gute Ausbildungs- und Studienabschlüsse als wichtige Schlüsselqualifikationen betrachtet. Die Bundesregierung könnte dem Beispiel ihrer europäischen Nachbarländer folgen, wie Schweden oder den Niederlanden, wo der Spracherwerb für Asylbewerber/innen verpflichtend ist. Unabhängig davon ist jede Investition einer Gesellschaft in Bildung und Ausbildung der nächsten Generation, unabhängig von der rechtlichen Aufenthaltssituation, ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft. Insbesondere unter den gegebenen demografischen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und weiteren europäischen Staaten ist nicht nachzuvollziehen, dass die Potenziale der jungen Flüchtlingsgeneration, die zum Teil hervorragende schulische Abschlüsse vorweisen können, ungenutzt bleiben und statt dessen eine Flüchtlingsgeneration herangezogen wird, die Deutschland und Europa mehr Kosten verursacht als eigentlich nötig wäre. Das Beispiel einer jungen Frau, die mit ih-

rer Familie aus Deutschland ausgewiesen wurde und im Aufnahmeland aufgrund ihrer Deutschkenntnisse eine sehr gute Anstellung gefunden hat, ist ein Beweis dafür, dass jede Investition sich irgendwann auszahlt, weil sie zur Steigerung der Wirtschaftskraft beiträgt und zur kulturellen Verständigung beitragen kann.

AG 6: INTERKULTURELLE ELTERNARBEIT IM LÄNDLICHEN RAUM UND IN DER STADT. KONZEPTE UND METHODEN

Impuls 1: Projekt „Family-Familia-Familie“, Madlen Diaz, Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Das Projekt „Family-Familia-Familie“ ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem DRK Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. und dem Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt (LAM-SA). In deren Auftrag soll das Multikulturelle Zentrum Dessau e.V. in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund Sachsen-Anhalt e.V. zur Verbesserung der Erziehungskompetenz von Familien mit Migrationshintergrund beitragen. Gefördert wird das Projekt durch das Bundesministerium des Innern.

Ausgangssituation:

Bei Eltern mit Migrationshintergrund bestehen häufig Sprachdefizite. Hinzu kommen kulturelle und religiöse Prägungen und das Unverständnis des deutschen Bildungssystems. Besonders in den Regionen mit einem geringen Migrantenanteil besteht ein unzureichender interkultureller Austausch im Bildungssystem.

Projektverlauf:

Die Projektstandorte sind landesweit verteilt, pro Jahr sollen 5 Standorte eröffnet werden. Die folgenden Standorte wurden oder werden im Jahr 2011 eröffnet: Landkreise Mansfeld-Südharz, Stendal, Harz, Burgenlandkreis und die Stadt Dessau-Roßlau. In den Jahren 2012/13 sollen Standorte in Halle, Magdeburg, Saalekreis, Börde und das Jerichower Land hinzu kommen.

Projekthalt:

Inhaltlich orientiert sich das Projekt an dem Seminarprogramm „Starke Eltern - Starke Kinder®“ (DKSB), das eine Kombination aus Theorie und Selbsterfahrung anbietet, mit einer Anleitung zur Erziehung und zur Stärkung der Eltern in der Rolle als Erziehende. Es sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, mit

Konfliktsituationen angemessen umzugehen und sie selbständig zu klären. Auch wird ein Erfahrungsaustausch angeboten und es werden pro Projektstandort zwei Elternkursleiter/innen ausgebildet. Bei Familienwochenenden und im Rahmen der Seminarprogramme werden interkulturelle Aspekte besonders hervorgehoben. Ziel ist es, die Mitwirkung der Eltern im Interesse ihrer Kinder an Veranstaltungen und ehrenamtlichem Engagement zu fördern. Darüber hinaus soll die Entwicklung von Kleinprojekten, die Bildung von Elternvertretungen und die Stärkung der Migrantenorganisationen unterstützt werden.

Impuls 2: Eltern- und Bildungsarbeit in Stuttgarter Migrantenvereinen, Sara Alterio, Forum der Kulturen Stuttgart e.V.

„Was können Migrantenvereine tun, um Eltern und Schulkinder zu unterstützen? Welche Hilfe benötigen sie hierfür?“ Mit diesen Fragen beschäftigt sich das Forum der Kulturen Stuttgart e. V. in seinem Arbeitsbereich „Eltern- und Bildungsarbeit in Migrantenvereinen“. Seit über zehn Jahren arbeitet das Forum der Kulturen als Interkulturbüro und Dachverband der Stuttgarter Migrantenkulturvereine mit Vereinen zusammen, qualifiziert und berät sie, um ihr Engagement zu stärken und in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Neben zahlreichen Interkulturprojekten, Seminaren und der Herausgabe der Zeitschrift „Begegnung der Kulturen – Interkultur in Stuttgart“ widmet sich das Forum der Kulturen seit Beginn 2009 auch verstärkt dem Thema „Eltern- und Bildungsarbeit“. Ziel ist es, Migrantenorganisationen für den Bildungserfolg ihrer Kinder zu mobilisieren, ihre Potenziale aufzufangen und durch Qualifizierungsangebote und Vernetzung zur Verbesserung ihrer Arbeit beizutragen, damit sie als wertvolle Partner in der Zusammenarbeit mit Eltern von Kitas, Schulen und weiteren Einrichtungen wahrgenommen sowie in Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Ca. 50 Stuttgarter Migrantenvereine, die auf dem Gebiet der Elternarbeit aktiv sind oder Interesse daran haben, Bildungsangebote für (ihre) Kinder und Jugendlichen anzubieten, werden derzeit vom Forum der Kulturen betreut. Die Aktivitäten und Wirkungsbereiche dieser MO sind vielfältig und reichen von der Durchführung von Schulfesten, von Elterninformationsveranstaltungen, von Hausaufgabenbetreuung/Nachhilfe bis hin zur Organisation von muttersprachlichem Unterricht. Viele von ihnen sind als Berater/innen, als Elternmentoren in Vereinen oder an Schulen tätig und üben eine aktive (bildungs-)politische Einflussnahme aus.

Darüber hinaus verfolgt das Forum mit dem Bereich „Eltern- und Bildungsarbeit“ folgende Ziele:

- Unterstützung bei der Konzeption und Durchführung von Maßnahmen im Bereich Elternarbeit sowie Vermittlung von thematischen Impulsen und Diskursen über aktuelle Erziehungs- und Bildungsfragen.
- Vernetzung und Austausch der aktiven und interessierten MO mit wichtigen kommunalen Partnern, Ansprechpersonen, Projektträgern und Institutionen.
- Die Potenziale der MO für die Elternarbeit sollen für Kooperationen mit Einrichtungen in der Kommune fruchtbar gemacht werden.
- Die MO sollen stärker in Netzwerke und Wissensstrukturen eingebunden werden.
- Den MO sollen bessere Zugänge zu Fördermöglichkeiten ermöglicht werden.
- Die gleichberechtigte und demokratische Teilhabe der MO an der Gestaltung unserer Gesellschaft soll gefördert werden.

Neben Vereinsbesuchen, Beratungsgesprächen und Seminaren hat das Forum der Kulturen gemeinsam mit Migrantenvereinen den Runden Tisch „Zusammenarbeit mit Eltern im Verein“ ins Leben gerufen. Im Mittelpunkt steht der Austausch der Vereine über Arbeitsansätze, Bedürfnisse und Erfahrungen zu den Themen Erziehung, Schule und Bildung. Durch Informationsveranstaltungen mit Fachexpert/innen zu Bildungs- und Erziehungsfragen ist der Runde Tisch auch ein Fortbildungsort für Migrantenvereine. Er ist auch ein gefragter „Raum“ für kommunale Beratungs- und Bildungsträger geworden, um Einrichtungen und Angebote vorstellen zu können und die Arbeit der Vereine kennen zu lernen. Im Rahmen des Runden Tisches ist die Broschüre „Die Bunten Seiten – Wegweiser für Migrantenvereine und -eltern“ entstanden, die kommunale Einrichtungen, Beratungs- und Familienzentren in Stuttgart zusammenträgt und dabei Beratungsangebote in anderen Sprachen berücksichtigt. Im Sinne dieser Arbeit veranstaltete das Forum der Kulturen im Juni 2010 gemeinsam mit den Migrantenorganisationen die Fachtagung „Eltern- und Bildungsarbeit in Migrantenvereinen – Potenziale und Engagement in der Region Stuttgart“, bei der das Engagement der Migrantenvereine einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Im September wird das Forum der Kulturen in Zusammenarbeit mit der Elternstiftung Baden-Württemberg die Elternmentorenschulung „Eltern helfen Eltern“ durchführen. Die Teilnehmer/innen des Runden Tisches sowie alle Vereinsaktive und Eltern aus den Stuttgarter Migrantenvereinen werden die Möglichkeit erhalten, sich durch kostenlose Kompetenzseminare in den Bereichen Bildung, Erziehung, Kommunikation mit Lehrern und Eltern zu qualifizieren bzw. weiter zu bilden. Obwohl

Arbeitsgruppen 1 - 6: Unterschiedliche Dimensionen der Elternarbeit

dieser Arbeit mittlerweile sogar bundesweite Bedeutung beigemessen wird, ist die Eltern- und Bildungsarbeit des Forums der Kulturen deutlich unterfinanziert, so dass diese wichtige Schnittstelle zwischen Migrantenvereinen, Migranteneltern und der lokalen Eltern- und Bildungsarbeit ernsthaft gefährdet ist.

Weitere Informationen: Forum der Kulturen Stuttgart e. V.; Sara Alterio, Tel: 0711/ 248 48 08 – 20; Mail: sara.alterio@forum-der-kulturen.de

ERGEBNISSE: *Nguyen Tien Duc*, Beirat für Migration und Integration der Landeshauptstadt Magdeburg

Fragen in die Runde:

Wie kann die interkulturelle Elternarbeit im ländlichen Raum und in der Stadt gefördert werden? Erfahrungen und Anregungen?

Ideensammlung:

- Eltern müssen gewonnen werden.
- Vertrauen der Eltern muss gewonnen werden.
- Die Eltern müssen motiviert werden, sich zu beteiligen.
- Der Bedarf an Aktivitäten oder an Vorhaben sollte mit den Eltern geklärt werden.
- Interkulturelle Elternarbeit braucht Begegnung, Respekt und Anerkennung.
- Das Ehrenamt muss gefördert werden.
- Zusammenarbeit zwischen Eltern und Institutionen.
- Eine gemeinsame Sprache mit den Eltern muss gefunden werden.
- Aufklärungsarbeit muss geleistet werden.
- Lobbyarbeit ist wichtig.
- Eltern brauchen Erfolge, um weiter machen zu können.
- Eltern müssen motiviert werden, sich mit anderen Organisationen zu vernetzen.
- Viel Verständnis für die Eltern muss erbracht werden.
- Vereine und Netzwerke müssen gegründet werden.
- Partizipation in der Elternarbeit ist wichtig, damit die Eltern mitgestalten können.
- Familien sollten für Körperkultur und Sport gewonnen werden.
- Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig, damit die Elternarbeit von Migrantenorganisationen besser in der deutschen Bevölkerung bekannt wird.
- Elternarbeit braucht Qualifizierung.
- Doppelstrukturen sollten vermieden werden.
- Vorhandene Ressourcen bei den Eltern bzw. bei den Organisationen vor Ort nutzen.
- Infoveranstaltungen für die Eltern organisieren, auch ein regelmäßiger Informationsaustausch ist wichtig.
- Für die Finanzierung muss gesorgt werden, um die Kosten zu decken.

Fazit

Um die interkulturelle Elternarbeit im ländlichen Raum und in der Stadt professionell realisieren zu können, müssen mehrere Aspekte berücksichtigt werden. Die oben geschilderte Ideensammlung sollte als Orientierungshilfe dienen.



Abschlussalk: Elternnetzwerke zur Integrationsförderung – Entwicklung, Vernetzung und Förderung

Moderation:

PD Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Podium:

Berrin Alpbek, Föderation türkischer Elternvereine; *Frank Brunhorn*, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration; *Petra Heß*, Ausländerbeauftragte Thüringens; *Agnes Heuvelmann*, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW; *Ralf Kletsch*, Bundeselternrat; *Nguyen Quoc Hung*, Arbeitsgemeinschaft vietnamesischer Unternehmer.

Siglinde Naumann:

Wir haben auch die sechs Arbeitsgruppenmoderator/innen, die wir gebeten haben, eine zentrale These aus den Arbeitsgruppen in diese Diskussion einzuspeisen.

Ansgar Klein:

Die Themen der Arbeitsgruppen sollen in dieser Diskussion prioritär behandelt werden. Der Ablauf wird so sein, dass die Podiumsteilnehmenden einen kurzen Input abgeben, indem sie aus ihrer betreffenden Arbeitssicht ihren Zugang beschreiben. Ich möchte folgenden Akzent hier und heute in den Vordergrund stellen: Wie kann man die gemeinsamen Anliegen der Elternarbeit politisch vorantreiben?

Agnes Heuvelmann:

Ich arbeite im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW. Zum Referat „Integration durch Bildung und Dialog mit dem Islam“ gehört neben dem Schwerpunkt Lehrernetzwerke und der Strukturgestaltung für die Hauptamtlichen-Arbeit im pädagogischen Bereich auch der Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit den Eltern. Wir versuchen mit dem Elternnetzwerk in NRW einen Auftrag umzusetzen, den dieses Netzwerk seit einigen Jahren hat. Aus einem losen Verbund und freiwilliger Teilnahme soll

eine verstetigte Struktur entwickelt werden. Das ist ein sehr anspruchsvoller Auftrag, den nicht wir moderieren, sondern das Leitungsgremium des Elternnetzwerkes in NRW selber organisiert und moderiert. Wir hatten gestern in NRW eine große Veranstaltung mit 70 Teilnehmenden dazu, bei der Modelle vorgestellt wurden, wie eine künftige Struktur, eine entsprechende Satzung und ein Leitbild aussehen könnten, die sich das Elternnetzwerk selber gibt. Wie möchte man diesen Prozess mit den Vereinen und Initiativen in NRW zusammen organisieren? Wichtig ist, dass der Prozess immer nur von den Migrantenorganisationen selbst initiiert wird und die Landesregierung diesen Prozess nur begleiten kann. Die Migrantenorganisationen wollen die Aktiven sein, die den Inhalt setzen, die Strukturvorschläge machen und entscheiden, wie sie sich untereinander organisieren. Ergänzend ist es meine Aufgabe, dahin zu wirken, dass in den anderen Ministerien in NRW Eltern mit Migrationshintergrund wahrgenommen und ihre Programme auch verankert werden. Unsere Aufgabe ist es, eine Struktur zu unterstützen. Es ist uns erstmalig gelungen, für die Geschäftsstelle des Elternnetzwerkes im Haushalt von NRW ein kleines Budget zu verankern.

Frank Brunhorn:

Ich bedanke mich für die Einladung zum Podiumsgespräch. Und ich möchte mich bei den Veranstaltern und den Unterstützern für diese Veranstaltung bedanken. Man sieht doch, wie wichtig es ist, dass Elternverbände zusammen kommen und sich austauschen können. So nehme ich diese Veranstaltung wahr: Im Mittelpunkt steht der Erfahrungsaustausch. Das hat diese Tagung gut geleistet. Herr Aristu sagte in seinem Vortrag, es sei wichtig, Fragen zu stellen und dann zuzuhören und Raum und Zeit zu teilen. Das leistet diese Tagung, aber das muss auch weiterhin geleistet werden. Bei meiner Nachfrage an Teilnehmende, wie sie die Tagung empfunden haben, stellte ich fest, dass einige sagen, es sei gut, zusammen zu

kommen – aber dann gehen wir wieder auseinander, wir sind dann vor Ort und machen unsere Arbeit. Es wird sehr wichtig sein, den Prozess des Austausches kontinuierlich weiter zu gestalten und ihm einen guten Rahmen zu geben. Vielleicht kommen wir im Zuge des Podiumsgesprächs dazu, eine Perspektive zu entwickeln, wie dieser Prozess fortgeführt werden kann.

Ansgar Klein:

Es gibt bei der „Aktion zusammen wachsen“ eine Art Geschäftsstelle für Bildungspatenschaften. Wie verhält sich das zu einer Idee der Vernetzung von Elternarbeit von Migrantenorganisationen?

Frank Brunhorn:

Die „Aktion zusammen wachsen“ ist eine Initiative der Beauftragten, die Bildungspatenschaften fördert und unterstützt. Es ist eine Serviceeinrichtung, die nicht die Funktion hat, wie ein Verband zu wirken. Sie kann von Projekten, die Unterstützung brauchen, angefragt werden. Sie ist eine Plattform für Erfahrungsaustausch und für Wissenstransfer, die Informationen bündelt. Wir haben im ehrenamtlichen Bereich die Erfahrung gemacht, dass in den Patenschaftsprojekten jeder für sich vor Ort das Rad neu erfindet. Wir bieten eine Plattform, auf der man von den Erfahrungen anderer profitieren kann. Wie mache ich Öffentlichkeitsarbeit? Wie gewinne ich Partner? Diese alltäglichen praktischen Fragen werden dort beantwortet. Vielleicht könnte solch eine Plattform auch ein Modell für Elternvereine sein, die keine Vertretungsfunktion hat, aber wenigstens als eine Serviceplattform dient.

Ansgar Klein:

Ich werde mir erlauben, im Laufe der Podiumsdiskussion auch die Ressourcenfrage zu stellen. Wo könnte eine bundesweite Vernetzung mit Ressourcen ausgestattet werden? Ehrenamt braucht Hauptamt. Eine Vernetzung ohne Ressourcen wird es kaum geben können. Wir werden auch die Frage stellen müssen, wo solche Ressourcen her kommen sollen.

Petra Heß:

Es ist ein spannendes Thema. Ich bin seit einigen Monaten die Thüringer Ausländerbeauftragte. Noch immer gibt es in Thüringen kleinere Kompetenzgerangel zwischen dem Integrationsminister und mir als Ausländerbeauftragten, aber man wird einen guten Weg finden – da bin ich mir sicher. Ich bin davon überzeugt, dass man das Thema Ausländer und Integration nicht trennen kann, wie es der Thüringer Innenminister macht. Es ist vielmehr wichtig, dieses Themenfeld so zu erweitern, dass Integrationspolitik für alle Verantwortlichen eine relevante und gemeinsame Politik ist, gerade auch beim Thema Bildung.

Es gibt OECD-Studien, die haben bewiesen, dass der Einfluss der Familie auf die Kompetenz der Kinder doppelt so stark ist wie der von Schule, Lehrern und Unterricht. Kinder brauchen informierte und bildungsinteressierte Eltern, um Erfolg und Zufriedenheit auch in ihrer eigenen Berufskarriere zu erleben. Wir müssen den Eltern die Möglichkeit bieten, beispielsweise bei der Berufswahl unterstützend tätig zu sein und mehr Informationen über unser Bildungssystem mit seinen Abschlüssen vermitteln.

Nicht nur in Thüringen gibt es in diesem Bereich noch Informationsdefizite, die durch die bisherige Kleinteiligkeit verursacht worden sind. Wir leiden eben darunter, dass wir zu wenig Ausländer haben. Dadurch können wir nicht eine so engagierte Netzwerkarbeit mit Eltern gerade beim Thema Bildung leisten. Es gestaltet sich noch immer sehr schwierig, Netzwerke zu gründen. Das es aber auch anders geht, beweist NRW. NRW hat als erstes Bundesland ein Elternnetzwerk für Eltern mit Migrationshintergrund initiiert. Das Netzwerk läuft aus Sicht Außenstehender hervorragend. Es gelingt dort durch den Einsatz von Multiplikator/innen mit Migrationshintergrund, die über ausgezeichnete Sprachkenntnisse und Einblicke in die Bildungssysteme verfügen. Es werden vorwiegend Mütter angesprochen, die die Angebote zur Elternbildung und zur Erziehungskompetenz wahrnehmen und dort umfassend aufgeklärt werden. Die schulische Integration der Kinder konnte dadurch erheblich verbessert werden.

In Thüringen leben 35.000 Ausländer/innen. Das sind 2% der Bevölkerung, für die wir verantwortlich sind und Engagement zeigen müssen. Die Spätaussiedler/innen sind aus dieser Statistik herausgenommen. Aber gerade die Spätaussiedler/innen haben im Bereich Bildung einen enormen Integrationsbedarf. Die Trennung zwischen Ausländerbeauftragte und Integrationsminister ist für meine Verantwortlichkeit ein Problem. Hier muss sich ein besseres Miteinander entwickeln. Als Ausländerbeauftragte muss ich mich für Ausländer/innen und Spätaussiedler/innen engagieren dürfen und können. Hinzu kommt, dass die Bereiche Migration und Integration auch aus meiner Funktion heraus begleitet und bearbeitet werden sollten. Die gesplitteten Zuständigkeiten im Innen- und Sozialministerium wirken da nicht immer positiv. Übrigens – in den Regionen mit ausländischen Studierenden sieht die Arbeit mit Migranten, insbesondere im Bildungsbereich, besser aus. Da liegt der Anteil der ausländischen Studierenden bei 7%. Es macht sich positiv bemerkbar, wenn man mit Fachhochschulen und Universitäten zusammen arbeitet und mit Studierenden langsam kleine Netzwerke aufbauen kann.

Wir sind gerade dabei, die Schulordnung zu verändern. Es wird neue Wege geben, die aber derzeit von einigen Lehrern sehr umstritten gesehen werden. Hier muss man noch viel informieren und entschlossene Mitstreiter suchen. Es stellt sich immer noch die Frage: Wie sollen wir das leisten, wenn wir in einer Schule mit 500 Kindern ganze zwei Kinder mit Migrationshintergrund haben? Da nützt uns die eine Stunde Sprachbildung pro Schüler/in nicht viel. Es macht viel Arbeit und ist schwierig, wenn man so wenige Ausländer/innen hat. Denn Thüringen ist nach wie vor für Menschen mit Migrationshintergrund kein interessantes, spannendes Land. Daran müssen wir vordringlichst arbeiten.

Ansgar Klein:

Es ist noch mal deutlich geworden, auch 20 Jahre nach der deutschen Einheit gibt es Unterschiede, die Beachtung verlangen und bei Vernetzungsfragen berücksichtigt werden müssen.

Berrin Alpbek:

Ich bedanke mich für die Einladung und Gestaltung dieser Tagung. Ich habe vorhin in der Arbeitsgruppe unsere Förderaktion und die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen detailliert beschrieben. Ich möchte kurz etwas zur Gründungsgeschichte sagen. Im Tagungsprogramm ist die Entwicklung und Vernetzung von Elternnetzwerken das Thema. Wir sind als Dachverband auch ein Elternnetzwerk, aber nur aus einer bestimmten Gruppe, den türkischstämmigen Eltern. Unser Elternverband ist 1995 in Berlin gegründet worden. Die ersten Vereine, die von türkischstämmigen Eltern gegründet wurden, gehen auf die 1980er Jahre zurück. Die Idee der Vernetzung kam erst nach 10 Jahren. Es brauchte seine Zeit. Warum haben sich diese Elternvereine unter einem Dachverband zusammengeschlossen? Der Bedarf an Zusammenarbeit war vorhanden. Obwohl Bildung eine Länderangelegenheit ist, haben damals die Elternvereine gesehen, dass sie auch länderübergreifend voneinander lernen können und ihre Forderungen leichter formulieren und durchsetzen können. Wir sind mittlerweile ziemlich eng vernetzt und haben über 60 Mitgliedsvereine. Einige Mitglieder sind selbst Förderaktionen.

Der Gedanke eines Netzwerks ist uns nicht fremd. Wir kennen die Vorteile, aber auch die Verbindlichkeiten. Die Nachteile kann man so definieren, dass die Ressourcen in den bereits bestehenden Elternnetzwerken oder Dachverbänden im ehrenamtlichen Bereich zwar sehr groß, aber im Professionalisierungsgrad eher klein sind. Die Anforderungen, die auf einen Verband zukommen, nehmen mit der Zeit zu. Auf dem Integrationsgipfel 2006 haben wir uns auf die Interessenvertretung konzentrieren müssen, weil es

von der Politik erwartet wurde. Davor hatten wir die Aufgabe, unsere Mitgliedsvereine untereinander zu vernetzen. Unser Aufgabenschwerpunkt hat sich also ein wenig geändert. Es sind zwei Bereiche: Wir müssen mit der Basis zusammenarbeiten und uns für ihre Belange einsetzen, aber ihnen auch strukturelle Hilfe anbieten. Daneben müssen wir als Lobbyisten noch für die Politik einige Dienstleistungen erbringen. Mit den derzeitigen Ressourcen alles zusammen zu bringen, ist sehr schwer. Die Synergieeffekte in einem Netzwerk sind natürlich groß und davon werden wir etwas haben. Davon bin ich überzeugt.

Ansgar Klein:

Einen Hinweis. Es gibt bei der „Aktion zusammen wachsen“ Chancen auf Service, den man abrufen kann. Ein Netzwerk könnte ja neben der Lobbyfunktion im Erfahrungsaustausch auch die Servicefunktion in den Blick nehmen und damit einen Mehrwert für die Mitglieder schaffen? Wie sieht es damit beim Bundeselternrat aus?

Ralf Klutsch:

Der Bundeselternrat hat den Vorteil, dass er ein Netzwerk ist und sogar noch auf gesetzlicher Basis. Wir sind Elternvertreter von Schülern, die zur Schule gehen. In allen Schulgesetzen ist eine Elternmitwirkung vorgesehen, teilweise gesetzlich vorgeschrieben, die sich dann von der Klasse über die Schule über die Kreise in die Länder fortsetzt. Man kann sich dort auf gesetzlicher Basis und damit legal bewegen. Der einzige Nachteil ist, dass beim Land dann Schluss ist. Bildung ist Ländersache. Was kann man mehr daraus machen? Vor fast 60 Jahren hat sich der Bundeselternrat gegründet mit dem Ziel in der Satzung, den Erfahrungsaustausch der Eltern untereinander zu unterstützen. Wir können nicht fördern, wir können nur fordern. Wir können keine Mittel bereitstellen, aber Hinweise geben, wo man welche Förderungen her bekommt. Das ist der Bundeselternrat mit seinem Netzwerk bis herunter in die Schulen. Ich finde es gut, dass über Netzwerke diskutiert wird. Wir haben erst gestern gehört, dass sich frisch gegründete Elternvereine am besten EU-weit organisieren sollten. Wir dürfen nicht, wie in manchen Ländern, einen Elternrat für Realschulen und einen für Gymnasien haben, sondern einen für alle Schuleltern. Man sollte auch nicht einen Förderverein nur für vietnamesisch- oder türkischstämmige Eltern bilden, sondern zumindest Verbindungen untereinander knüpfen. Ich möchte noch mal den Ball nach NRW spielen. Es gab vor ein paar Jahren eine Veranstaltung in Essen, auf der hat die Kultusministerin gesagt: „Die Jugend ist unsere Zukunft, aber wir müssen sie heute mit einbeziehen und dürfen sie nicht auf morgen vertragen“. Wir müssen schnell und sofort handeln.

Nguyen Quoc Hung:

Ich bin ein ehemaliger Vertragsarbeitnehmer. Seit 1987 lebe ich in Deutschland. Ich bin Vater von drei Schülern, die das Gymnasium besuchen. Meine Frau hat einen vietnamesischen Hochschulabschluss. In Deutschland hat sie zur Damenschneiderin umgeschult. Ich arbeite seit 1992 in einer Beratungsstelle für ausländische Mitbürger und wechsel auch zeitweise in verschiedene Projekte. Zurzeit bin ich in einem Projekt als Netzwerkmanager und Koordinator für Unternehmen mit Migrationshintergrund tätig. In der Freizeit arbeite ich viel mit Kindern und Eltern in der Schule. 2008 wurde ich in die Elternvertretung eines Gymnasiums gewählt. Der Schuldirektor hat mich darum gebeten. Das bedeutet viel Arbeit, weil der Anteil der Vietnamesen an dem Gymnasium sehr hoch ist. Manche Klasse hat 30% vietnamesische Schüler. Ich habe engen Kontakt mit der Schulleitung. Wir haben Veranstaltungen gemeinsam organisiert, u.a. auch Elternabende für vietnamesische Eltern. Wir organisieren auch Frauenabende und weitere niedrigschwellige Angebote. Mittlerweile haben wir etliche Sprachkurse für Vietnamesen an Schulen in Ostdeutschland organisiert. Es wird noch debattiert, ob wir bundesweit ein vietnamesisches Netzwerk gründen. Die Vereine gibt es schon sehr lange.

Ansgar Klein:

Wir haben registriert, dass Vernetzungsanforderungen in Ostdeutschland größtenteils anders aussehen. Was wäre bei einer bundesweiten Vernetzung aus Sicht der Besonderheiten ostdeutscher Länder zu beachten, mit einzubringen?

Petra Heß:

Um eine bundesweite Vernetzung zu erreichen, müssten wir erst einmal eine thüringische Vernetzung realisieren. Da scheitert es momentan schon. Wir haben sehr wenige Elternvereine. Wir haben in Thüringen einen vietnamesischen Elternverein, der sich insbesondere der Bildungspolitik widmet. Das funktioniert hervorragend. In dem Verein wird nicht nur „deutsche“ Kompetenz erworben, sondern die Kinder erfahren viel über das eigene oder das Herkunftsland ihrer Eltern und lernen auch beide Sprachen. Wir haben etwa 3000 vietnamesische Bürger in Thüringen, die stärkste Gruppe mit Migrationshintergrund. Vor kurzem wurde die Gruppe zahlenmäßig durch die russische Föderation eingeholt. Wichtig ist die Information über bundesweite Angebote. Davon kann man viel lernen. Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hat eine Broschüre „Schule+ Eltern stärken, Kinder fördern Materialien für die Elternbildung“ heraus gebracht. Man sollte nicht so trennen zwischen deutschen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund. Bildung haben alle nötiger denn je.

Ansgar Klein:

Gibt es aus den bisherigen Impulsen und Überlegungen schon Anknüpfungspunkte für die Hauptthesen aus den Arbeitsgruppen?

Marissa Turac (Gesprächsbeitrag aus der AG 5 „Elternarbeit mit Flüchtlingen“):

Ich war Moderatorin der AG 5 „Elternarbeit mit Flüchtlingen“. Ich knüpfe an dem Punkt an, über den Tellerand hinaus zu schauen, also von der kommunalen Ebene über die Bundesebene auf die europäische Ebene zu schauen. Es ist schwierig, die Ergebnisse der AG zusammen zu fassen. Wir haben eine Position erarbeitet, die sagt, Elternarbeit ohne festen Status ist nicht leistbar. Es gibt eine Palette von Hemmnissen wie Sprachdefizite, unterschiedliche Erziehungswerte, wenig Information über das deutsche Bildungssystem und aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten. Auf der anderen Seite werden aber auch Unterstützungsleistungen angeboten wie Hausaufgabenbetreuung, Deutschkurse für Eltern und Einzelfallhilfe. Man hat schon gewisse Rahmenbedingungen geschaffen, um Eltern zu entlasten. Sie sind mit ihrer Situation so befasst, dass für die Kinder wenig Zeit bleibt. Wir könnten ihnen feste Strukturen anbieten, z.B. feste Zeiten für die Hausaufgabenhilfe. Der dritte Punkt ist europaweit gedacht. In den Niederlanden und Schweden wurden Sprachkurse verpflichtend gemacht. Das könnte man in Deutschland für Flüchtlinge mit unsicherem Aufenthaltsstatus übernehmen. Jede Bildung, die diesen Eltern und Kindern zukommt, ist auch ein Gewinn für Europa.

Petra Heß:

Da kam gerade der Hinweis, dass wir das nie hinbekommen. Das muss politisch gewollt sein. Den Willen kann ich oftmals nicht erkennen. Ich bin dankbar für jeden Landrat, der eine Gemeinschaftsunterkunft betreibt und diese Sprachkurse aus seinem Haushalt finanziert, weil das Land derartige Kurse in GU's nicht finanziert. Sicher, es ist schon ein Erfolg, wenn nun auch Kinder von Flüchtlingen vom ersten Tag an die Schule besuchen können und dass es jetzt für sie eine Schulpflicht gibt. Ein Effekt ist: Die Kleinen unterhalten sich in deutscher Sprache, weil sie aus unterschiedlichen Nationen kommen. Oft auf spielerische Art lernen sie die Sprache viel schneller. Nicht selten nehmen sie vermittelnde Positionen zwischen den Eltern und der neuen Umgebung ein und übernehmen Dolmetscherfunktionen. Das ist auch für die Eltern oftmals mental schwierig. Es gibt Autoritätsprobleme, wenn sie auf die Mithilfe ihrer Kinder angewiesen sind. Selbst wenn Flüchtlinge kein Bleiberecht bekommen und in die Herkunftsländer zurück geschickt werden, ist die Investition in Bildung kein verlorenes Geld. Sie bringen die Bildung auch in ihre Herkunftsländer.

Agnes Heuvelmann:

Bürgerschaftliches Engagement kommt dort aber an seine Grenzen. Genau die Gruppen mit schwierigem Aufenthaltsstatus haben die größten Bedenken, sich öffentlich zu äußern. Es gibt in NRW eine Art Gastmitgliedschaft, das funktioniert einigermaßen. So wollten z.B. auch die organisierten Roma eine Gastmitgliedschaft haben. Sie sind nicht die ersten, die ein Sprachrohr für die Verbesserung der Bildungssituation bilden. Bei ihnen stehen jedoch auch ganz andere Probleme im Mittelpunkt, weil sie durch ihre Situation sehr belastet sind. Zum Anderen handeln sie aus der Sorge heraus, was mit ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation passiert, wenn sie in die Öffentlichkeit gehen. Beides muss man in die Elternarbeit sehr sorgfältig mit einbeziehen.

Mamad Mohamad, Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (Gesprächsbeitrag aus der AG 4 „Welche Anforderungen stellt eine interkulturelle Elternarbeit an die Schulen“):

Ich versuche einmal die Gedanken der AG 4 zusammen zu fassen. Es war ein wichtiger Ansatz zu sagen, bezüglich der Zusammenarbeit mit MO und Elternvereinen einmal über den Tellerrand zu blicken. Sind die jetzt rechts, links oder ... Die ganze Palette des Misstrauens, das dahinter steckt, sollte man im Blick haben und es sollten weitere Möglichkeiten eröffnet werden, um die Zusammenarbeit zu verbessern. Über die Ressourcen von Menschen mit Migrationshintergrund wird immer gesagt, dass sie zuwenig genutzt werden und zuwenig darauf zugegriffen wird. Das sollte in einem stärkeren Maß geschehen. Das ist ein langer Prozess, der perspektivisch gedacht werden muss. Als Grundsatz will ich sagen, alle Kinder die kommen, sind willkommen. Auch bei Schulsystemänderungen hört die Elternarbeit nicht auf. Elternarbeit ist eine langfristige Aufgabe für alle Eltern. Wie ist der Stand der Gründung des neuen Elternnetzwerkes und wo sehen Sie die Handlungsmöglichkeiten?

Ralf Kletsch:

Eltern müssen in die Schule hinein gehen und nicht warten, bis die Schule kommt. Das ist einer der wichtigsten Kernpunkte, die wir herausgearbeitet haben. Sie sagen, das Schulsystem, das Bildungssystem muss sich ändern, aber das ist eigentlich ganz gut bei der Einbeziehung der Migranten. Nicht das System muss sich ändern, sondern wir müssen die Eltern bilden. Jedes Elternteil sollte erstmal zur Schule gehen, bevor es sein Kind zur Schule schickt, um zu erfahren, wie das deutsche Schulsystem funktioniert. Welche Rechte habe ich, wie kommt mein Kind zum Abitur oder zu einer Berufsausbildung? Das muss man einfach mal in Deutschland erfahren haben. In Deutschland ist der Lehrer nicht der liebe Gott. Er kann auch

kritisiert werden. Wie kann man Eltern einbeziehen? Ich habe mich als Elternvertreter wählen lassen, bin dann in den Kreis gegangen und von dort ins Land, um schließlich im Bundeselternrat zu landen. Dort kann man dann auch was verändern. Deswegen ist es wichtig, sich in die Elternarbeit einzubringen. Wir würden es auch begrüßen, wenn Sie im Bundeselternrat mitmachen. Nicht als eigenständige Organisation, sondern als mitarbeitendes Elternteil. Wir brauchen Sie!

Ansgar Klein:

Welche Organisationen müssten einen Startschuss geben, um eine Vernetzung von MO praktisch voran zu treiben? Wie könnten Sie sich solch einen Prozess vorstellen?

Berrin Alpbe:

Praktisch wäre, dass sich Organisationen zusammen finden, die schon über Erfahrungen in der Zusammenarbeit und mit eigenen Netzwerkstrukturen oder Dachverbänden verfügen. Davon gibt es einige. Diese Organisationen müssen auf jeden Fall zusammen kommen, um die Ziele dieses Elternnetzwerkes zu erörtern. Dann wird man sehen, ob die Voraussetzungen innerhalb kurzer Zeit gegeben sind, oder ob man mehr Zeit braucht. Wir sind Dachverbände. Wir müssen uns auch mit unseren Mitgliedsorganisationen abstimmen. Das dauert seine Zeit und es muss von den MO selber ausgehen. Wir sind schon sehr weit. Wir sind volljährig. Wir lernen voneinander. Die Synergieeffekte sind da. Das Netzwerk wird unsere Arbeit erleichtern. Noch ein Satz zum Bildungssystem. Viele Untersuchungen gehen davon aus, dass das Bildungssystem dringend reformiert werden muss. Die Bedürfnisse der sich verändernden Schülerschaft müssen besser in das Bildungssystem integriert werden. Unsere Aufgabe ist es, Eltern zu einem stärkeren Engagement zu ermutigen.

Ralf Kletsch:

Das Bildungssystem als solches. Da bin ich dabei. Über die Umsetzung müssen wir diskutieren. Der Bundeselternrat hat auch andere Vorstellungen über ein gegliedertes Schulsystem und über die weiterführenden Schulen. Kein Mensch in Europa versteht, warum wir in der vierten Klasse Kinder voneinander trennen. Das ist nicht der Inhalt, sondern die Organisation des Bildungssystems. Bei der Bildung geht es um die Vermittlung von Wissen. Das organisiert in Deutschland jedes Bundesland anders. Selbst die gleichen Schulformen heißen in jedem Bundesland anders. Das muss nicht sein. Ich möchte noch mal eine Frage an Thüringen stellen. Sie haben gesagt, dass sie erst einmal in Thüringen das Netzwerk organisieren müssen. Warum braucht man Untergruppen und kann sich nicht gleich bundesweit organisieren?

Petra Heß:

Die Migranten in Thüringen müssen sich erst einmal selbst organisieren. Es kann doch nicht jeder „vor sich hin wurschteln“, damit kommt man nicht zum Ziel. Man muss versuchen sich zu bündeln und zu vernetzen, um weiter zu kommen.

Mahmoud El Hussein, Arabische Elternunion e.V. (Gesprächsbeitrag aus der AG 2 „Wie kann Elternarbeit gefördert werden“):

Ich war in der AG 2, es ging um die Zusammenarbeit von Elternvereinen und Schulen. Wir haben z.B. mit einer Berliner Grundschule eine Erziehungsvereinbarung getroffen zwischen Eltern, Pädagogen und der Schulleitung. Wir haben versucht, diese Erziehungsvereinbarung auf andere Schulen auszuweiten.

Cemalettin Özer, MOZAIK gGmbH (Gesprächsbeitrag aus der AG 1 „Interkulturelle Öffnung von Elternvereinen“):

In der AG 1 wurde bemerkt, dass es viele Projekte gibt, in denen die Ziele umgesetzt wurden. Es gibt noch viel Potenzial für Kooperationen und für Öffnungsprozesse in den Organisationen, aber auch viele Hindernisse, u.a. Diskriminierung. Wie können Eltern in die Elternpflegschaften gewählt werden, wenn die Mehrheit aus einheimischen Eltern besteht? Die Migranten kandidieren zwar, werden aber nicht gewählt und können sich somit nicht vertreten. Wir sollten versuchen, ein Netzwerk auf Bundesebene umzusetzen, wie den Bundeselternrat. Die Vernetzung zwischen MO und dem Bundeselternrat sollte gleich von Anfang an geschehen. Wie kann man die Sichtweisen von MO in den Bundeselternrat hinein bringen, damit sie über diese Schiene die Bundes- und Landespolitik erreichen können. Es gibt eine Bundespartei, die von Quoten spricht. Wir quotieren jetzt Vertreter/innen von MO in den Bundesvorständen. Das könnte auch ein Modell für deutsche Organisationen sein. Diese Gruppe wird aufgrund der demografischen Entwicklung immer wichtiger.

Nguyen Tien Duc, Beirat für Migration und Integration Magdeburg (Gesprächsbeitrag aus der AG 6 „Interkulturelle Elternarbeit im ländlichen Raum und in der Stadt“): Das Thema der AG 6 war interkulturelle Arbeit im ländlichen Raum und in der Stadt, Konzepte und Methoden. Unsere These aus der AG 6 lautet: Elternarbeit ist eine komplexe Arbeit. Angefangen dabei, das Vertrauen von Eltern zu gewinnen, dann die Anerkennung der Handlungsbedarfe Information bis hin zur Finanzierung und Vernetzung. Unterstützen Sie die These oder meinen Sie, dass es einen anderen Schwerpunkt gibt?

Ines Gast, Jugendsozialwerk Nordhausen (Gesprächsbeitrag aus der AG 2 „Wie kann Elternarbeit gefördert werden“):

Für mich ergibt sich eine Frage aufgrund dessen, was wir in der AG 2 erörtert haben und was auch bei der Talkrunde zu hören war. Es wurde schon mehrfach betont, dass die Initiativen, die Themen, die Ideen von den betroffenen Eltern selbst ausgehen müssen. Es wurde betont, dass die Bedingungen für die Behandlung der Themen und für die Umsetzung mit den Initiativen in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich sind. Gibt es Möglichkeiten, auf Bundesebene Rahmenbedingungen zu schaffen, die wiederum die Länder unter Druck setzen, Rahmenbedingungen vorzugeben, um solche Prozesse auch im Land besser zu unterstützen? Die andere Blickrichtung wäre die auf ein gewünschtes Bundesnetzwerk. Welche Möglichkeiten sehen Sie aus einem Bundesnetzwerk heraus, den Ländern bei Bedarf zur Seite zu stehen?

Memis Alici, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (Gesprächsbeitrag):

Wir reden über Fördermittel, über finanzielle Unterstützung. Alles was funktioniert, funktioniert nur monetär. Geld ist immer wieder gefragt. Wie ist die Planung, wenn ein Netzwerk entstehen sollte, wie kann das finanziert oder unterstützt werden? Sollte alles, wirklich alles ehrenamtlich gemacht werden? Gibt es eine hauptamtliche Struktur? Diese Punkte müssten auch abgesprochen werden.

Ansgar Klein:

Am Ende bleibt immer die wichtige Frage nach Ressourcen. Einen Hinweis möchte ich geben. Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat ist eine Struktur mit einer gewissen Repräsentativität für Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Er könnte ebenso wie der Bundeselternrat in einer Vernetzung eine wichtige Rolle spielen. Den Prozess der Vernetzung kann man nicht vorweg nehmen. Man kann aber einige Eckpunkte darstellen und die Ressourcenfrage stellen.

Agnes Heuvelmann:

Wichtig ist, dass sich der Ansatz, von den MO auszugehen, durchgesetzt hat, weil hinter ihm unglaublich viel Power und Energie steckt. Das sind oft kleine Initiativen, aber Eltern werden aktiv, weil sie in ihrer Rolle angesprochen werden, sich zu beteiligen. Ich gebe die Empfehlung, bzgl. des Bundesnetzwerks darauf zu achten, diese Power auch mitzunehmen. Man braucht eine hohe Sensibilität dafür, auch kleinere Initiativen zu beteiligen und Formen zu finden, sie auch am Service zu beteiligen. Neben der notwendigen

Interessenvertretung sollten auch die vielen guten Beispiele auf der Bundesebene vernetzt werden können. Dies sind wichtige Voraussetzungen.

Die Ressourcenfrage ist ebenfalls wichtig. In NRW können wir ein wenig zufrieden sein. Wir hatten aber auch lange Zeit einen riesigen Nachholbedarf. Es ist nicht einfach, Ressourcen zur Verfügung gestellt zu bekommen. Wir haben jetzt erstmalig diesen Haushaltsansatz. Die Notwendigkeit ist deutlich geworden, als das Elternnetzwerk z.B. zu den Schulgesetzen im Land oder zum Kinderbildungsgesetz Stellung beziehen sollte. Da kam es darauf an, den politischen und öffentlichen Auftrag als offizielle Stimme der Eltern mit Migrationshintergrund professionell wahrzunehmen. Das geht nur, wenn auf bestimmte Fachlichkeiten zurückgegriffen werden kann. Dazu sind Ressourcen unbedingt notwendig, für die Vernetzung und die Wahrnehmung des öffentlichen Auftrags.

Wenn Migrantenorganisationen einen Antrag von einer halben Seite schreiben, der nicht professionell aufgearbeitet worden ist, wenn sie nicht mit Richtlinien umgehen können und wenn sie Verwendungsnachweise nicht richtig ausfüllen können, dann haben sie ein Problem. Der dritte wichtige Punkt ist der Hinweis, dass die Eltern auch etwas für ihre Kinder tun wollen, dass sie sich selber einsetzen wollen. In der öffentlichen Debatte entsteht häufig der Eindruck, sie hätten keine Kompetenzen und interessierten sich auch nicht wirklich für die Belange ihrer Kinder. Wie gelingt es, in der Öffentlichkeit richtig zu stellen, dass sich Migranteneltern sehr wohl für die Belange ihrer Kinder interessieren und sich beteiligen möchten?

Frank Brunhorn:

Ich möchte darauf fokussieren, dass Elternengagement eine stärkere öffentliche Wahrnehmung und auch im politischen Diskurs eine größere Wahrnehmung braucht. So sind beispielsweise zur Entwicklung des Nationalen Aktionsplans für Integration verschiedene Elternverbände eingeladen worden, aber die Einladung erfolgte doch eher zufällig, so wie man gerade im Kontakt steht. Hier wäre es doch sinnvoll gewesen, wenn es eine Art bundesweite Vernetzung gäbe, über die dann so eine Ansprache hätte laufen können. Dann möchte ich noch auf die Ressourcenfrage eingehen. Es ist sehr schwierig, an Ressourcen zu kommen. Dazu muss zuerst die Frage beantwortet werden, ob ein bundesweites Elternnetzwerk überhaupt gewollt ist. Hier ist nicht so forciert oder fokussiert in diese Richtung diskutiert worden, als dass man gemeinsame Ziele angeben könnte. Momentan ist unklar, was finanziert werden soll. Es braucht noch eine längere, moderierte Begleitung, um herauszuarbeiten, wie eine

bundesweite Vernetzung aussehen sollte und ob es sie überhaupt geben soll. Welche Ziele sollen verfolgt, welche Aufgaben sollen dann übernommen werden? Ich kann aus Bundessicht sagen, dass es helfen würde, ein starkes Sprachrohr zu schaffen.

Ansgar Klein:

Gesetz den Fall, die großen Organisationen der Elternarbeit mit ihrer Vernetzung nach unten haben sich verständigt, haben eine gemeinsame Agenda und einen professionellen Antrag, von wem gibt es dann das Geld?

Frank Brunhorn:

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich beteilige mich gerne weiterhin an einem Vernetzungsprozess, aber die Beauftragte kann mit eigenen Haushaltsmitteln keine Organisation dauerhaft fördern.

Petra Heß:

Es ist noch mal gefragt worden, wie es sich mit den Migrantenorganisationen in Thüringen darstellt. Es gibt sie in der Form, wie sie in anderen Bundesländern existieren, in Thüringen nicht. Es gibt aber viele gute engagierte Vereine, die oftmals anderen Ursprungs sind, wie die Diakonie oder „Fremde werden Freunde“, ein Verein für ausländische Studierende, der demokratische Frauenbund etc.. Es gibt gute Projekte und gute Modelle. Aber es fehlt der Ansatz der Vernetzung, mehr voneinander erfahren und lernen zu wollen. Aus diesem Grund habe ich in diesem Jahr zum ersten Mal den Thüringer Integrationspreis ausgelobt. Das ist eine Möglichkeit, sich kennenzulernen und zusammen zu kommen. Die Preisträger haben die Möglichkeit, sich vorzustellen. Man kann manche Projekte vielleicht auf andere Regionen übertragen. Die „Aktion zusammen wachsen“ startet am 25. Mai und ist von der Bundesbeauftragten gemeinsam mit Bundesministerin Schröder initiiert worden. Diese Aktion beschäftigt sich hauptsächlich mit Bildungspatenschaften. Wir sind als Ausländerbeauftragte aufgerufen worden, unsere Vereine und Verbände, die sich in der Bildungsarbeit auskennen, zur Beteiligung aufzufordern. Sie können sich dort verlinken und auf der zentralen Seite präsentieren. Davon sollten möglichst viele Gebrauch machen.

Ansgar Klein:

Vernetzung und gemeinsames Vorgehen braucht auch Vertrauen. Die Zeit ist reif. Ist das auch Ihre Einschätzung?

Berrin Alpbek:

Natürlich brauchen wir Vertrauen. Mittlerweile kennen sich die Elternverbände ziemlich gut von anderen Anlässen und anderen Gremien, bei denen alle mit-

machen. Da sehe ich keine Schwierigkeiten. Wenn es zu einer Struktur kommen soll, muss man sich Modelle ausdenken, wie das dann reibungslos mit den Verbänden gestaltet werden kann. Es sind verschiedene Kulturen und es kann Probleme geben, obwohl wir uns über die Hauptziele wie Chancengleichheit, Partizipation und Mehrsprachigkeit einig sind. Wir müssen uns ein Modell ausdenken, bei dem wir paritätisch vertreten sind. Das sind zwar Kleinigkeiten, die aber gemeinsam überlegt werden müssen. Diese Phase durchläuft momentan das Elternnetzwerk NRW, weil sie auch eine feste Form annehmen möchten. Diese ganzen Fragen brauchen Ohren, Zeit und Geld. Ich will noch etwas zur Elternvertretung sagen. Die Rolle der Elternvertreter in den Schulen wird überschätzt. Der Entscheidungsspielraum ist nicht so groß. Das sehen die Schulgesetze vor. Wir sollten uns mit dem Bundeselternrat gemeinsam über die Wirkung der Elternvertretung in der Schule unterhalten und wie sie effektiver gestaltet werden kann. Wir sind als Föderation türkischer Elternvereine durch die Gremienarbeit für den Integrationsgipfel jetzt schon an unsere Grenzen gestoßen. Jedes zusätzliche Gremium bedeutet für uns mehr ehrenamtliche Arbeit. Wir müssten zumindest in den eigenen Strukturen entlastet werden, damit wir in einen Dachverband oder eine Arbeitsgemeinschaft Ressourcen eingeben können.

Ralf Klutsch:

Ich habe andere Erfahrungen mit der Elternarbeit und der Schule gemacht. Man kann auf die Schulleitung und die Lehrer zugehen, man wird gehört und es wird geändert. Vor 15 Jahren waren die Eltern noch die natürlichen Feinde der Lehrer. Dieses Erscheinungsbild hat sich in den letzten Jahren zumindest in Ostdeutschland sehr stark geändert. Meine Erfahrung ist, dass sich der Erfolg nur einstellt, wenn man aktiv ist. Von alleine passiert nichts. Ich kann als Schulleiter oder Lehrer nicht den demokratischen Willen der Eltern ignorieren. Dieser demokratische Wille heißt Wahl. Die Elternvertreter werden von allen Eltern einer Klasse gewählt und sie vertreten alle Eltern. Genauso geht es hoch in die Kreise. Auf der Länderebene ist dann häufig Schluss mit der Elterndemokratie, es gibt dort ausgeprägt verschiedene Varianten zur Elternbeteiligung. In Rheinland Pfalz besteht ein Vetorecht der Landeselternvertretung bei Schulgesetzänderungen, während es in anderen Ländern nur ein Mitspracherecht gibt. Auf schulischer Ebene haben wir gar keinen Einfluss. Da darf der Bund sich nicht einmischen. Bildung ist Ländersache und das bleibt momentan auch so. Wir hingegen möchten ein bundesweit einheitliches System. Zweite Frage: Bundeselternrat und Mitgliedschaft von MO geht nicht. Wir haben keine Öffnung in unserer Satzung, keine

Bestimmung für andere Vereine. Unsere Mitglieder sind die gewählten Landeselternvertreter auf Schulgesetzbasis und nur von dort bekommen wir unsere Mitglieder. Trotzdem können wir natürlich zusammenarbeiten. Wir vertreten theoretisch natürlich auch die Migranteneltern. Zur Schulsystemänderung gibt es so viele Möglichkeiten und Forderungen, dass wir gar nicht wissen, wo wir zuerst anfangen sollen. Deswegen danke ich auch den Organisatoren für die Möglichkeit, hier zu sein und ihre Probleme aus ihrer Sicht kennen zu lernen. Ich habe noch 9 Millionen Kinder ohne Migrationshintergrund, die ich auch vertreten muss. Ich habe hier persönlich viel gelernt.

Nguyen Quoc Hung:

Ich würde mich einerseits freuen, wenn es auf der Landes- und Bundesebene zu einer Initiative kommt, ein Elternnetzwerk aufzubauen, aber andererseits können wir nicht warten, bis sich mal ein Schulgesetz geändert hat. Die Eltern müssen selbst die Initiative ergreifen. Ich begrüße die Initiative heute hier. In der Praxis müssen aber die Eltern mitmachen.

Ansgar Klein:

Eltern- und Bildungsarbeit ist gleich dem Bohren dicker Bretter. Bildungs- und Kultusministerien sind nahezu eine uneinnehmbare Festung. So ähnlich wurde es gerade formuliert. Das Gefüge im Bildungssystem braucht dringend Änderung. Aktivitäten bei drängenden Problemen und Strukturthemen muss man mit den jeweils eigenen Tempi oder Zeiten bespielen. Ich möchte eine kleine Perspektive in wenigen Worten zusammenfassen.

Das BBE ist ein relativ junges Netzwerk. Wir hatten einen wirklich komplizierten Gründungsprozess, aber wir hatten einen politischen Willen, der uns unterstützt hat und haben die Ressourcen auch bekommen. Im Vorfeld der Veranstaltung haben uns Mitglieder unseres Netzwerks signalisiert, dass sie Interesse hätten, einen Vernetzungsprozess mit Ressourcen auszustatten. Wir werden im Nachgang zu dieser Veranstaltung mit Organisationen, die wir noch komplettieren werden, als eine Startgruppe ins Gespräch kommen wollen, um ein Verfahren, vielleicht einen Förderantrag für die Gründung eines Netzwerks zu beraten. Folgende Stichworte ständen bei solch einer Gruppe auf der Tagesordnung: Leitbilder, eine Agenda und wer sollte bei einer Startaufstellung dazu gehören. Man braucht auch ein kleines Regelwerk. Als BBE haben wir die Erfahrung gemacht, relativ lang an einem Regelwerk gearbeitet zu haben. Netzwerke sind sehr komplizierte Gebilde, die in einem Spannungsverhältnis stehen, wo es auch Konkurrenzen, Misstrauen und Machtspiele gibt. So ist das

in der Politik. Netzwerke brauchen ein Regelwerk, das man gemeinsam aufstellt, das Vertrauen schafft. Das ist viel Arbeit. Man braucht auch Medien wie Newsletter, Homepage etc. Dies alles muss man als Programm zusammenfassen und dann einen Antrag schreiben. Wir brauchen eine Startphase von mindestens drei Jahren. Für die Gründung und den Betrieb eines solchen Netzwerks brauchen wir Fördermittel und Ressourcen. Die Vorbereitung des Antrags dauert bestimmt ein paar Monate, aber dann hätten wir am Ende einen Förderantrag und eventuell eine Förderung und somit die Gründung. Diese Perspektive unterstützt und entwickelt das BBE gerne mit, nicht mehr. Es ist ein Prozess der beteiligten Organisationen selber. Das BBE hat mit seiner Erfahrung die Chance und das Privileg, unterstützen zu dürfen.

Mein Dank gilt nun dem Podium für die interessanten Gespräche und den Teilnehmenden, die ihre Kompetenzen, ihre Erfahrungen und ihre Perspektiven eingebracht haben. Auch einen Dank an die Förderer, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Robert-Bosch-Stiftung, die diese Veranstaltung ermöglicht haben.



Arbeitsgruppe Migration/Intergration des BBE

Selbstverständnis

Zum freiwilligen bzw. bürgerschaftlichen Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund liegen bisher nur wenige empirisch gesicherte Erkenntnisse vor. Dieses Engagement ist jedoch zweifellos vorhanden und stellt einen besonders wichtigen Zugang zu sozialer und politischer Partizipation und Integration dar. Vor diesem Hintergrund ist der Abbau von Zugangsbarrieren in traditionellen Engagementbereichen und -strukturen wünschenswert, um eine höhere Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zu ermöglichen. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass Migrantenorganisationen große Teile der Zielgruppe direkt ansprechen und daher als Träger des Engagements zu stärken und zu fördern sind.

Die Arbeitsgruppe stellt ein relevantes Forum für den intensiven Erfahrungsaustausch zu neuen Projekt- und Forschungsvorhaben rund um das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund dar. Sie ist zudem der zugangsoffene Ort auch für Migrantenorganisationen, um sich jenseits der Fachtagungen im BBE zu vernetzen – dieses Angebot wird im Gefolge der Fachtagungen, die seit 2006 nahezu jährlich stattfinden, zunehmend genutzt. Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurden ferner die interkulturelle Öffnung von bestehenden Vereinsstrukturen sowie Förderbedarfe von Migrantenorganisationen anhand zweier Expertisen der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration diskutiert. Vertreter der Arbeitsgruppe haben sich zudem intensiv an den Diskussionen des Nationalen Integrations- und Aktionsplans sowie an der Beratung eines neuen Förderprogramms des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beteiligt. Darüber hinaus war die Arbeitsgruppe Beirat im europäischen Projekt INVOLVE (www.involve-europe.eu) und im nationalen Projekte EMPA (www.projekt-empa.de).

Themen der Arbeitsgruppe sind:

- Strukturentwicklung und Stärkung von Migrantenorganisationen als Träger bürgerschaftlichen Engagements
- Interkulturelle Öffnung von Organisationen und Einrichtungen
- Engagement von und für Flüchtlinge
- Vernetzung von Migrantenorganisationen

Ansprechpartner/innen

Sprecherin:

Susanne Huth, INBAS-Sozialforschung GmbH
E-Mail: huth@inbas-sozialforschung.de

Stellvertretende Sprecherin:

Prof. Dr. Siglinde Naumann, Fachhochschule Nordhausen
E-Mail: naumann@fh-nordhausen

Stellvertretender Sprecher:

Sebastian Beck, vhw-Bundesverband für Wohn- und Stadtentwicklung e. V.
E-Mail: sbeck@vhw.de



Weitere Materialien

MO-TAGUNGSREIHE (BBE-Dokumentationen)



Integrationsförderung durch Migrantenorganisationen. Zur Vernetzung von Kompetenzen, Ressourcen und Potentialen (Erschienen 2010), Dokumentation einer Fachtagung am 28. und 29. November in Mainz 2009

Für die gesellschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten ist die Netzwerkbildung besonders bedeutsam. Mit Vernetzung verbinden sich jedoch unterschiedliche Perspektiven und Anforderungen. Die Dokumentation informiert über Vernetzungsmodelle, -strategien und -potentiale.



Integrationsförderung durch Migrantenorganisationen: Kompetenzen – Ressourcen – Potentiale und Förderkonzepte in Ost und West (Erschienen 2009), Dokumentation einer Fachtagung am 11. und 12. Oktober 2008 in Potsdam

Die dritte Fachtagung des BBE behandelte die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Ausgangslagen von MO in West- und Ostdeutschland und die sich daran anschließenden Bereiche für die Förderung.



Migrantenorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft: Integrationsförderung durch Weiterbildung (Erschienen 2008), Dokumentation einer Fachtagung am 14. und 15. Dezember 2007 in Nürnberg

Für das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten sind Migrantenorganisationen (MO) von erheblicher Bedeutung. Wie können MO besser in die Lage versetzt werden, dieses Engagement zu entwickeln und zu fördern? Die Dokumentation einer Fachtagung des BBE zusammen mit Partnerorganisationen gibt Auskünfte. (nur zum Download)



Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarfe von Migrantenselbstorganisationen (Erschienen 2007), Dokumentation eines Fachworkshop am 2. Dezember 2006 in Oberhausen

Wie können die Weiterbildungsbedarfe von Migrantenselbstorganisationen (MO) gelöst werden, um ihre Rolle als Trägerstrukturen für das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten zu stärken? Die Dokumentation der BBE-Fachveranstaltung führt in die Diskussion ein und gibt Handlungsempfehlungen. (nur zum Download)

SCHULTAGUNGEN (BBE-Dokumentationen)

Schule und Bürgerengagement – Bildung gemeinsam gestalten (Erschienen 2010), Dokumentation der Fachtagung am 24. und 25. Oktober 2008 in Dillingen. (nur zum Download)

Engagierte Bildung – Bildung mit Engagement? Bildung, Schule und Bürgerengagement in Ostdeutschland (Erschienen 2007), Dokumentation der Fachtagung am 4. und 5. Mai 2007 in Halle/Saale. (nur zum Download)

Schule und Bürgergesellschaft. Wege zu einer partnerschaftlichen Gestaltung moderner Bildung und guter Schulen (Erschienen 2006), Dokumentation der Fachtagung am 19. und 20. Mai 2006 in Stuttgart. (nur zum Download)

Bildung, Schule und Bürgerengagement. Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen (Erschienen 2006), Dokumentation der Fachtagung am 9. und 10. September 2005 in Essen. (nur zum Download)

Bürgerschaftliches Engagement als Bildungsziel (in) der Schule (Erschienen 2005), Dokumentation der Fachtagung am 29. und 30. Oktober 2004 in Mainz. (nur zum Download)

SONSTIGE BBE-MATERIALIEN

Zukunftstrends der Bürgergesellschaft (Erschienen 2008) Wohin entwickelt sich das bürgerschaftliche Engagement im gesellschaftlichen Wandel? Das im Koordinierungsausschuss des BBE verabschiedete Papier analysiert wichtige Zukunftstrends des Engagements.

Netzwerk-Statuten und Geschäftsordnungen (Erschienen 2008): Informationen über die rechtlichen Grundlagen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.

Die Materialien können als PDF-Datei im Internet unter www.b-b-e.de abgerufen werden. Als Printversion sind die Materialien, solange der Vorrat reicht, auch über die Geschäftsstelle des BBE erhältlich:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Michaelkirchstr. 17/18
10179 Berlin

WEITERE MATERIALIEN ZUM THEMA

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband (2010): **Gemeinsam stark. Perspektiven der partizipativen Elternarbeit von Migrantenorganisationen**. Abrufbar unter: <http://www.migration.paritaet.org/index.php?id=1966>

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2010): **Schuleplus. Eltern stärken - Kinder fördern. Materialien für die Elternbildung**. Abrufbar unter: http://www.lpb-bw.de/index.php?id=995&backPID=993&swords=eltern&tt_products=931

Phineo gAG (2010): **Brücken bauen. Integration junger Migranten. 5 Themenreport: Integration**
Bestellung unter: <http://www.phineo.org/themenreports/veroeffentlichte-reports/integrationsreport/>

Forschungsjournal Soziale Bewegungen/ Heft 2 – Juni 2011: **Engagierte Einwanderer. Chancen und Probleme der Partizipation. Weitere Informationen unter:** <http://www.forschungsjournal.de>



ISBN 978-3-9814731-0-0